

wird. Ein ruinöser – und ich habe das gestern auch im steirischen Rundfunk gesagt – Wettbewerb, wie er derzeit stattfindet, zumindestens in meiner Branche, verleitet manche oder viele zu unlauteren Verhaltensweisen. Wie soll das zum Beispiel funktionieren? Ein italienisches Bauunternehmen hat vor kurzem für ein Wohnbauschekvorhaben in Graz ein Anbot in der Höhe von 34 Millionen Schilling gelegt, der zweitbilligste Anbieter – ein Grazer Unternehmen – hat ein Anbot von 41 Millionen Schilling gelegt beziehungsweise abgegeben. Alle anderen Anbieter lagen knapp darüber. Wir werden natürlich, und wenn ich mir sage meine ich die Gewerkschaft, dieses Bauvorhaben beziehungsweise die ausführende Baufirma, wenn es bei der italienischen bleibt, genau beobachten. Ob unsere rechtlichen Möglichkeiten ausreichen, entsprechende Kontrollen durchzuführen, über Einhaltung der Auflagen, über Einhaltung der Gesetze, bezweifle ich.

Das Subunternehmerunwesen, meine Damen und Herren, ist auch in unserem Bundesland und in allen anderen Bundesländern natürlich auch voll im Gang. Auftragnehmer vergeben die Arbeit an Unterauftragnehmer, die wiederum vergeben den Auftrag an weitere Subunternehmer und so weiter. Und für die letzten oder für den letzten bleibt meistens finanziell wenig übrig, weil die vorhergehenden schon abkassiert haben. Das letztendlich ausführende Unternehmen muß sehr oft auf das Geld, das ihm der Auftraggeber schuldet, warten. Sie sind in Wirklichkeit das schwächste Glied in dieser Serie und sind letztendlich in den meisten Fällen jene, die zur illegalen Beschäftigung greifen.

Es geht soweit, daß es Auftragnehmer gibt, die keinen einzigen Arbeitnehmer mehr beschäftigen, sondern sich nur mehr über Unterauftragnehmer oder Subunternehmer, wie immer man sagt, bedienen.

Vor kurzem hat ein burgenländischer Bürgermeister einen Bauauftrag vergeben, wo er in den Vertragsbedingungen die Beschäftigung von Subunternehmern verboten hat. Ob dieser Vertrag auch vorm Gericht standhält, das weiß ich nicht – jedenfalls ein mutiger Bürgermeister.

Meine Damen und Herren, in Italien – ist zwar kein besonderes Vorbild für uns – war es aber zumindest bis 1993 Gesetz, daß ein Auftragnehmer bis höchstens 40 Prozent als maximaler Anteil an Unterauftragnehmer vergeben durfte.

Das Bundesland Oberösterreich macht sich derzeit Gedanken und überprüft das Schweizer Vergabemodell, wo der billigste und der teuerste Bieter sofort ausgeschieden werden, und dann wird der Bestbieter herausgefiltert. Oberösterreich macht sich genauso derzeit Gedanken über das Schwedische Vergabemodell, sogenannte Funktionsbauverträge, wo eine Firma, wenn sie von mir aus eine 20 Kilometer lange Straße baut, auch für zehn Jahre dann für die Erhaltung verantwortlich ist. Das wird derzeit in Oberösterreich überprüft, ob das sinnvolle Vorgangsweisen sind.

Meine Damen und Herren, das sind, wie gesagt, alles überlegenswerte Maßnahmen, um den ruinösen Wettbewerb in unserem Lande zu unterbinden und die illegale Beschäftigung in den Griff zu bekommen.

Und jetzt noch zu meinen Vorrednern ein paar Worte. Wir sollten jene, die am Wochenende vielleicht einmal eine Schicht einlegen, am Samstag oder am Sonntag – und gar so lustig ist das nicht, meine Damen und Herren, wenn die anderen im Bad liegen und sie müssen arbeiten –, der seinen ganzen Lohn schon versteuert und versichert hat, nicht so verteufeln.

Es sollen nur jene davon reden, von dieser sogenannten Wochenendarbeit, die nie davon Gebrauch gemacht haben. Ich könnte Ihnen sehr prominente Namen hier nennen – werde es natürlich nicht tun –, wer sich alles dieser Samstags- oder Sonntagsarbeit in unserem Lande bedient hat. Ich bitte um Verständnis und danke fürs Zuhören. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 15.25 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile es ihr.

**Abg. Keshmiri (15.25 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Es wird mir im Zusammenhang mit Pfusch und Schwarzarbeit immer zuviel über die Folgen gesprochen. Meine Vorredner haben das gemacht. Auch in der Regierungsvorlage sind vier Punkte drinnen, ich lese sie nur kurz vor:

Erstens: Die illegale Beschäftigung den Ausländern gegenüber ist inhuman.

Zweitens: Es kommt zum Sozialdumping.

Drittens: Es führt die illegale Beschäftigung zu einer Verzerrung des Wettbewerbs.

Viertens: Es bedeutet die illegale Beschäftigung auch ein Hintergehen des Steuerzahlers.

Das sind alles Fakten, die kennen wir schon. Mir fehlen dazu Reformen, und zwar sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene. Es muß hinterfragt werden, warum gibt es Schwarzarbeit, warum gibt es Pfusch, warum hat die Schwarzarbeit in den letzten Jahren um ein Fünftel, das sind 20 Prozent, zugenommen?

Ich möchte hier nur ein paar kurze Beispiele anführen – der Herr Kollege Wiedner hat das vorhin schon gesagt –, die hohen Lohnnebenkosten, die vierthöchsten in Europa. Die Firmen können es sich nicht leisten, zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen.

Arbeitslose, die über 3700 Schilling verdienen, verlieren das Gehalt von der geringfügigen Beschäftigung und überlegen sich natürlich, gehe ich pfuschen oder gehe ich lieber arbeiten.

Und zum Dritten, das Problem mit der Teilzeitbeschäftigung. Es ist im Falle einer bestehenden Arbeitslosigkeit unattraktiv, einen Teilzeitjob anzunehmen, da eine Entlohnung aus einer Teilzeitbeschäftigung meist geringer ist als das zustehende Arbeitslosengeld. Die Regelung von Teilarbeitslosigkeit, so wie es in der Schweiz schon praktiziert wird, wird daher in der nächsten Zeit für uns immer dringender werden. Die Einführung eines Modells, ähnlich dem des Schweizer Arbeitslosenversicherungsrechtes, erscheint daher auch in Österreich oberstes Gebot.

Nach dem Schweizer Arbeitslosenversicherungsrecht gibt es die Möglichkeit der Teilarbeitslosigkeit, wenn man eine Teilzeitbeschäftigung hat, aber eine

Vollzeit- oder eine weitere Teilzeitbeschäftigung sucht. Wer eine in der Terminologie des Arbeitslosenversicherungsrechtes nicht zumutbare Beschäftigung annimmt, kann einen Zwischenverdienst beziehen, ohne den Anspruch auf Arbeitslosengeld zu verlieren. Gleichzeitig muß aber der Arbeitslose weiterhin seine Bemühungen, eine zumutbare Beschäftigung zu finden, nachweisen.

Die Vorteile liegen natürlich auf der Hand. Die Arbeitslosen können sich über die Zwischenverdienstmöglichkeit ohne finanzielle Risiken, einfacher als bisher, Kontakte mit potentiellen Arbeitgebern suchen.

Wir haben auch diesbezüglich auf Bundesebene so eine Initiative gestartet, und ich hoffe, daß das auch demnächst, gerade im Hinblick auf Teilzeitbeschäftigung, auch für Frauen, umgesetzt werden wird.

Die Liste über die Reformmöglichkeiten ließe sich noch lange fortsetzen, aber wir sind der Meinung, daß solche Maßnahmen langfristig positive Beschäftigungseffekte als auch eine Entlastung der Arbeitslosenversicherung bewirken würde, und auch der Schwarzarbeit und dem Pfluschen entgegenwirken. Danke! (Beifall beim LIF und der ÖVP. – 15.29 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

**Abg. Gennaro (15.29 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube, an dieser Stelle sagen zu müssen, wir sitzen alle in einem Boot – Wirtschaft, Arbeitnehmer und die Politik. Ich glaube aber, daß es nicht an den Gesetzen liegt und ich bin mir sicherlich im privaten Gespräch mit dem Abgeordneten Schreiner, der auch einem Unternehmen vorsteht, einig, daß wir die Auswirkungen in den Griff kriegen müssen. Die Auswirkungen und den Vollzug der Strafen – die Gesetze sind vorhanden. Die Bezirkshauptmannschaften sind nach wie vor sehr nachlässig, sonst könnte es nicht passieren, daß teilweise Anzeigen verjähren oder, wie der Kollege Wiedner selber bestätigen kann, sogar verlorengehen in manchen Situationen, wenn es gerade hineinpaßt.

Ich glaube, wir sollten uns über diese Auswirkungen im klaren sein, der illegalen Schwarzbeschäftiger – nicht der Schwarzarbeiter –, denn es bedienen sich ja letztendlich die Unternehmen, die Firmen, teilweise im unlauteren Wettbewerb.

Ich glaube, gerade zum Schutz der heimischen Wirtschaft, der heimischen Unternehmen und der dort beschäftigten Arbeitnehmer muß es für uns erste Aufgabe sein, die zu schützen, die ihre Arbeitnehmer ordnungsgemäß anmelden, die ihre Sozialversicherungsbeiträge dafür zahlen, die ordnungsgemäße Löhne und Gehälter bezahlen, die dann natürlich das Problem haben durch das Preisdumping, wenn jemand um 20, 30 Schilling mit dem Autobus aus dem Osten oder von sonstwo illegal Ausländer hereinholt, beschäftigt und am Abend schnell schaut, daß sie wegkommen und wenn dann, nachdem das AMS jetzt abgeben mußte und die Kontrollen jetzt über das Arbeitsinspektorat stattfinden, das maßlos überfordert ist, weil

die erstens einmal zu wenig Beschäftigte haben im Arbeitsinspektorat und teilweise nicht mobil sind, so glaube ich, müssen wir da ansetzen, daß der, der sich dieses unlauteren Wettbewerbs bedient, daß der solche Strafen oder Ordnungsbeiträge zu zahlen hat, daß er es sich überlegt. (Beifall bei der SPÖ.)

Weil wenn ich nur mit ein paar 1000 Schilling Strafe zu rechnen habe, habe ich das als Risiko kalkuliert. Ich sage noch etwas, und es wurde bereits angeführt, ich möchte es nur noch erläutern, was die Sozialversicherung betrifft. Drei Tage zurück, wenn ich halt gerade das Pech habe, daß ich jetzt jemanden wochenlang illegal beschäftigt habe und plötzlich bin ich bei einer Kontrolle aufgefallen, habe ich die Situation, ich kann drei Tage zurück anmelden, und sollte irgend etwas passiert sein, dann hat der bitte überhaupt nie Beiträge zur Sozialversicherung bezahlt und kann, wenn es ein bedauerlicher Extremfall ist, zum Beispiel durch einen Unfall, ein Leben lang Leistungen aus dieser Sozialversicherung beziehen und bitte Arbeitgeber und Arbeitnehmer, also Schwarzarbeiter, haben sich aus dieser Situation befreit und haben keine Beiträge bezahlt. Ich sage Ihnen ein Beispiel, wie weit das geht. Es wachsen ja die Leihfirmen immer mehr heraus, da gibt es ja organisierte Vertreter, die Firmen anrufen und anbieten und sagen: „Wenn Sie ein paar Leute brauchen, können Sie sie von mir haben. Sie haben zwei Möglichkeiten, entweder offiziell mit Anmeldung oder Sie beschäftigen den schwarz.“ Daraufhin hat mich ein Unternehmer angerufen und gesagt: „Spielen Sie mit mir mit, Sie sind mein Personalchef, bitte kommen Sie zu uns, und es hat mir jemand angeboten, Leute zu vermitteln, der bitte schwarz beschäftigen will.“ Natürlich habe ich das Spiel mitgemacht, und dann habe ich meinen Augen nicht getraut, daß der nachweislich die Frechheit besessen hat und gesagt hat „und wenn Sie den schwarz arbeiten lassen, kommt er Ihnen billiger“, zu einem Preis bitte, wo kein Unternehmer nicht einmal einen Handstrich anmelden kann, weil er die Mehrfachkosten hat. Das ist ein unlauterer Wettbewerb, und denen muß man auch das Handwerk legen, denn diese Leiharbeiterfirmen sind meistens mit ausländischer Beteiligung, die vom Ausland die Leute hereinholen.

Nachbarschaftshilfe will ich ausgrenzen und Samstag und Sonntag. Das ist schon völlig klar, und wenn man die Baumärkte anschneidet, Kollege Wiedner, dann sage ich dir, natürlich sind heute auf Grund teilweise überhöhter Preisgestaltungen viele gezwungen, weil ihr müßt euch einmal vor Augen halten, wie viele ein Häusl bauen, wenn sie am Land das Glück haben, von den Eltern das Grundstück geschenkt zu bekommen und natürlich mit Nachbarschaftshilfe Wohnraum zu schaffen, weil die Gemeinden und die Wohnbauträger gar nicht in der Lage wären, für alle die Wohnversorgung aufrechtzuerhalten, und wenn ich mir dann noch das Durchschnittsgehalt anschau, wie bei Philips Lebring unten, wo die Leute dreimal Samstag, Sonntag in einem Monat arbeiten müssen und unterm Strich 15.000 Schilling netto herauskriegen und der baut sich ein Haus, dann schau ich mir an, ob der jetzt offiziell eine Baufirma beauftragen kann, das durchzuführen, der hat sicher Probleme und versucht natürlich, alles anderweitig zu regeln.

Und wenn immer wieder, Frau Kollegin Keshmiri, Sie gesagt haben, es fehlen die Reformen dazu, dann sage ich Ihnen die Ansätze schon. Die Reformen sind sicherlich nur umzusetzen, nicht bei den Lohnnebenkosten, weil der Vergleich hinkt, den Sie bringen, das ist das, was man täglich hört. Es gibt im Vergleich der Lohnnebenkosten, und so ehrlich müssen wir einmal sein, wir sollten uns einmal einigen, was sind Lohnnebenkosten, das muß man auch sagen, weil wenn einer sagt, Senkung der Lohnnebenkosten, dann nehme ich jetzt nur rein was den Dienstnehmer betrifft, da gehört Krankenstand, sicher Urlaubszuschuß, Weihnachtsremuneration und, und hinein. Wenn Sie das senken wollen, bedeutet das unterm Strich, daß Sie das reduzieren wollen. Dann müssen Sie das einmal klar aussprechen, denn die Vergleiche, so wie wir sie führen international, sind nicht möglich, weil bei uns Dinge zugerechnet werden, die den Dienstnehmer nicht treffen, das Kommunalsteuerabgaben und so weiter sind. Das muß man differenzieren. Und gerade weil Sie gesagt haben, die Geringfügigkeitsgrenze. Das ist ja das, was man in der Öffentlichkeit diskutiert. Die Gewerkschaften werden an den Pranger gestellt, daß es immer heißt, ja, in der Frage der Arbeitszeit sind die Gewerkschaften die Betonschädeln, verhindern alles, kann man tagtäglich lesen. Selbst der Herr Wimmer von der „Kleinen Zeitung“ hat sich dieses Tones bedient und hat geschrieben, die Gewerkschaften sind Betonschädeln. Alle rühmen sich, daß durch die längeren Öffnungszeiten Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Ja, heute wissen wir, welche Arbeitsplätze das sind. Geringfügigkeitsgrenze habe ich schon einmal im Hause gesagt. 3400 Schilling, keine Versicherung und, und. (Abg. Purr: „Das stimmt ja nicht!“)

Teilzeitjobs, die gleiche Problematik. Es gibt zwei Gruppen, die einen Frauen, die sagen, ich brauche die Teilzeit oder ich will es, der muß man es auch genehmigen und der muß man die Teilzeitmöglichkeit geben. Nur, wenn jemand überlebt und von der Teilzeitbeschäftigung bis zu seiner Pensionierung 20 Stunden in der Woche nur gearbeitet hat, dann muß erst einmal ein Modell gefunden werden, daß man das ausgleichen kann in Form einer Pensionszahlung, sonst züchten wir heute mit der propagierten Teilzeitbeschäftigung die nächsten Ausgleichszulagenempfänger, weil sie aus eigenem Ermessen das nicht mehr erreichen können. (Beifall bei der SPÖ.)

Das ist einmal diese Situation. Und daher darf ich, sehr verehrte Damen und Herren, einen Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages einbringen, der Abgeordneten Gennaro, Dr. Flecker, Dr. Bachmaier-Geltewa und Günther Prutsch, betreffend Sanktionen gegen Unternehmer, die illegal beschäftigen.

Die Vorlage der Landesregierung zum Antrag der SPÖ-Landtagsfraktion vom 6. Feber 1996, Einl.-Zahl 14/1, zeigt, daß nicht zuletzt auf Grund dieses Antrages im Land Steiermark bereits einige Maßnahmen gegen die illegale Beschäftigung von In- und AusländerInnen durch UnternehmerInnen gesetzt worden sind. Offen bleibt aber auf Grund dieser Vorlage, wie oft die angeführten Bestimmungen tatsächlich zur Anwendung kommen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag binnen drei Monaten über folgende Punkte zu berichten:

Erstens: Wann, wie oft und aus welchen Gründen ist es bisher vorgekommen, daß FörderungsnehmerInnen nach den „Allgemeinen Richtlinien für die Gewährung von Förderungen nach dem Steiermärkischen Wirtschaftsförderungsgesetz“ wegen Verstößen gegen arbeits- und sozialrechtliche Bestimmungen, insbesondere in den Bereichen Gleichberechtigung und Schwarzarbeit, Förderungen verzinst zurückerstatten mußten? Dabei ist anzugeben, aus welchen Gründen im einzelnen die Förderungen zurückzahlen waren und in welcher Höhe diese Rückzahlungen im einzelnen erfolgten.

Zweitens: Wann und wie oft wurden Angebote von BieterInnen, die keine Bescheinigung gemäß Paragraph 28 b Ausländerbeschäftigungsgesetz vorlegen konnten, im Sinne der Durchführungsverordnung zum Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetz ausgeschrieben?

Drittens: Wie oft wurden bisher gemäß Paragraph 14 Absatz 1 Steiermärkisches Vergabegesetz vom Land – und wenn möglich auch von Gemeinden – UnternehmerInnen aufgefordert, entsprechende Nachweise der Nichtbeschäftigung von SchwarzarbeiterInnen vorzulegen?

Viertens: Wie oft wurden bisher Angebote von Unternehmern gemäß Paragraph 38 Steiermärkisches Vergabegesetz wegen Verletzung wesentlicher Bestimmungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes nicht berücksichtigt?

Fünftens: Wie oft werden durchschnittlich pro Monat beziehungsweise pro Jahr Bescheinigungen vom Bundesminister für Arbeit und Soziales von UnternehmerInnen darüber verlangt, daß sie nicht wegen einer wesentlichen Verletzung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes bestraft worden sind?

Sechstens: Eine nach Bezirksverwaltungsbehörden getrennt geführte Statistik darüber, wie weit die tatsächlichen Einnahmen an Strafgeldern, betreffend illegale Beschäftigung, den Beträgen aus den rechtskräftig verhängten Strafbescheiden entsprechen, ist zu übermitteln.

Ich ersuche Sie, sehr geehrte Damen und Herren, diesem Beschlußantrag Ihre Zustimmung zu erteilen. (Beifall bei der SPÖ. – 15.39 Uhr.)

**Präsident:** Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Brünner zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Brünner (15.39 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist heute schon ein paarmal gesagt worden, daß Pusch kein Kavaliersdelikt ist, und ich stimme dieser Aussage zu. Schwarzarbeit oder Pusch hat zahlreiche negative Auswirkungen, auch über diese ist schon gesprochen worden.

Schwarzarbeit untergräbt die Steuermoral. Wie kommt der eine, der offiziell arbeitet, dazu, Steuer zu zahlen, und der andere, der inoffiziell arbeitet, keine Steuer zu zahlen. Es entgehen dem Staat ganz gewichtige Summen an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Auch das ist schon gesagt worden. Schwarzarbeit hindert auch den notwendigen Strukturwandel in einigen Bereichen. Die Bauwirtschaft ist jener Bereich der Wirtschaft, wo die Schwarzarbeitsquote am höchsten ist, nämlich 40 Prozent. Gerade die Bauwirtschaft ist ein Bereich, der strukturell umorganisiert gehört. Und die Schwarzarbeit gerade in diesem Bereich ist ein Faktor, der diese Umstrukturierung - Stichwort: Kostenwahrheit - zum Beispiel verhindert. Ich bin aber dagegen, Herr Kollege Gennaro - er ist nicht da (Abg. Gennaro: „Da bin ich!“) -, daß dieses Thema „Schwarzarbeit“ immer wieder auch ein Feld klassenkämpferischer Auseinandersetzungen ist. Schwarzarbeit bleibt Schwarzarbeit, und die negativen Folgen bleiben negative Folgen von Schwarzarbeit, ganz gleich, ob es sich um den Unternehmer handelt, der Schwarzarbeiter beschäftigt, oder ob es sich um einen Erwerbstätigen handelt, der eben gegen Entgelt pfuscht. Ich meine mit meinen Ausführungen, Herr Kollege Gennaro, auch nicht die Nachbarschaftshilfe, die unentgeltlich betrieben wird. Aber so zu tun, als ob es hier nur um die Schwarzbeschäftigten ginge, und nicht auch um die Frage, warum so viele Arbeitnehmer im Pfusch tätig sind, und zwar entgeltlich im Pfusch tätig sind, und daß das ebenfalls kein Kavaliersdelikt ist, sondern daß die Frage nach den Ursachen für diesen Sachverhalt zu stellen ist, das müssen Sie, Herr Kollege Gennaro, auch akzeptieren.

Die Reaktion, die bei uns auf Pfusch und Schwarzarbeit so quasi eine Art Reflex ist, ist die des Rufes nach Sanktionen, nach Strafen im Falle der Beschäftigung von Schwarzarbeitern, wobei man wiederum primär nur die Unternehmer meint, und diejenigen, die entgeltlich pfuschen, so quasi davonkommen läßt. Jetzt bin ich nicht dagegen, daß man Sanktionen verhängt für den Verstoß gegen Gesetze. Ich bin jedoch zutiefst überzeugt davon, daß man mit Sanktionen allein das Problem nicht in den Griff kriegen wird. Im Jahre 1970 hat die Schattenwirtschaft 1,89 Prozent am Bruttoinlandsprodukt betragen, 1996 8,2 Prozent. Also eine gewaltige Steigerung in 26 Jahren, dies obwohl in diesen 26 Jahren von 1970 bis 1996 zahlreiche Rechtsvorschriften erlassen worden sind, mit deren Hilfe man versucht hat, das Problem in den Griff zu bekommen. Zahlreiche Rechtsvorschriften mit unzähligen Sanktionen für diejenigen, die Schwarzarbeiter beschäftigen. Alle Prognosen der Volkswirtschaftler, zuletzt Prof. Schneider von der Universität Linz, gehen dahin, daß man sagt, wenn nicht die Rahmenbedingungen verändert werden, wenn nicht jene Faktoren verändert werden, die zur Schwarzarbeit geradezu einladen und manche Branchen geradezu dazu zwingen, Schwarzarbeiter zu beschäftigen, dann können wir uns hier in den Landtagen und im Parlament die Lippen wund reden, es wird auch in den nächsten Jahren einen Anstieg der Schwarzarbeit geben.

Noch ein kleiner Ausflug zu den ausländischen Schwarzarbeitern, zu den illegal arbeitenden Ausländerinnen und Ausländern. Wenn man sich hier die Faktoren anschaut, die mit Ursache dafür sind, daß

Ausländerinnen und Ausländer schwarz arbeiten, dann sieht man bereits, wo anzusetzen wäre. Familienmitglieder dürfen auf Grund des Ausländerbeschäftigungsgesetzes zum Beispiel nicht arbeiten. 60.000 legal in Österreich lebende Ausländerinnen und Ausländer dürfen nicht arbeiten. Das durchschnittliche Bruttojahreseinkommen für männliche Zuwanderer liegt bei 216.000 Schilling. Das ist ungefähr so hoch wie die ähnlich schlechten Bedingungen für die inländischen Frauen. Das sind alles Faktoren, die mitzuberücksichtigen sind, wenn man die Schwarzarbeit zum Beispiel bei den Ausländerinnen und Ausländern bekämpfen möchte.

Die Untersuchung von Herrn Prof. Schneider von der Uni Linz zeigt weiters, daß zwei Drittel der in der Schattenwirtschaft erbrachten Wertschöpfung von beschäftigten Österreicherinnen und Österreichern erwirtschaftet werden. Daraus schließe ich, daß man nicht das ganze Problem den Ausländerinnen und Ausländern in die Schuhe schieben kann. Daraus schließe ich, da es sich um beschäftigte Österreicherinnen und Österreicher handelt, daß die ganzen Ausführungen, betreffend Schattenwirtschaft, im Zusammenhang mit der Arbeitslosenquote falsch sind. Daß die Arbeitslosenquote nicht drastisch reduziert werden kann, wenn die Schattenwirtschaft bekämpft wird. Es geht darum - und hier möchte ich das noch einmal unterstreichen, was Frau Kollegin Keshmiri gesagt hat -, daß die Faktoren, die mitverursachend für die Hohe Quote der Schattenwirtschaft in Österreich sind, angegangen werden.

Herr Kollege Gennaro, wir können darüber diskutieren, was alles zu den Lohnnebenkosten zählt. Aber Faktum ist, daß die zu hohen offiziellen Arbeitskosten mit ein Faktor sind, warum die Leute Schwarzarbeiter beschäftigen beziehungsweise in die Schwarzarbeit gehen. Faktum ist auch, daß die flächendeckenden Lohnabschlüsse, die nicht an der gesamtwirtschaftlichen Produktivität orientiert sind, die nicht auf die Probleme der einzelnen Branchen Rücksicht nehmen, Branchen, die Wettbewerbsprobleme haben, fast in den Ruin treiben. Der Tourismus ist ein solches Problem. Und es kommt nicht von ungefähr, daß gerade im Tourismus wieder sehr hohe Prozentsätze von Schattenwirtschaft festzustellen sind. Das alles, meine Damen und Herren, gehörte unseres Erachtens angegangen, auch angegangen, und nicht nur Sanktionen, damit das Problem der Schwarzarbeit bekämpft werden kann.

Es wird auch sehr viel Phantasie notwendig sein, damit wir Anreize schaffen und nicht nur Sanktionen verhängen, Anreize schaffen, damit Schwarzarbeit zurückgeht. Herr Kollege Wiedner hat ein ausländisches Modell, das Luxemburg-Modell, schon genannt, von dem ich meine, daß hier sehr viel Phantasie drinnensteckt und sehr viele Möglichkeiten drinnenstecken, jenen Bereich, wo sehr viel Schwarzarbeit stattfindet, nämlich beim Häuslbauen, unter Umständen in den Griff zu bekommen. Oder die Belgier und die Franzosen praktizieren *Dai-cheque-des-service*-System. Für Hausarbeit, für Gartenarbeit et cetera kann man bei Versicherungen und bei Banken Schecks kaufen und mit diesen Schecks bezahlen, und in den Schecks ist auch eine gewisse Sozialabgabe drinnen. Frau Brigitte Ederer ist nach Belgien gefahren

vor einiger Zeit, als sie noch Geschäftsführerin der SPÖ war, und hat sich das System dort angeschaut, ist nach Hause gekommen, hat das für Österreich vorgeschlagen und ist gleich von der Gewerkschaft und von der Frauenbewegung der SPÖ geschlagen worden dafür. Und Frau Kollegin Keshmiri hat schon das Schweizer Modell der Teilarbeitslosigkeit genannt. Herr Kollege Gennaro, wir kommen um den Sachverhalt nicht herum, daß der Sachverhalt, daß dann, wenn die Geringfügigkeitsgrenze überschritten ist, die Arbeitslosenzahlung eingestellt wird, sehr viele ermuntert, in der Arbeitslosigkeit zu bleiben und sich etwas mit Pfusch dazuzuverdienen. Ich verstehe überhaupt nicht, wieso es nicht möglich ist, innerhalb einer bestimmten Spanne zu sagen, es bleibt der Arbeitslosenschutz aufrecht, und ich kann bis zu einem bestimmten Grad etwas dazuverdienen, und dann schleift sich die Arbeitslosenunterstützung ein. Ich habe Sie so verstanden, daß Sie da etwas Frau Kollegin Keshmiri entgegengesetzt haben. Was ich sagen möchte ist, erstens wir werden mit den Sanktionen allein nicht das Auslangen finden. Das zeigt die über 20jährige Darstellung der Entwicklung der Schattenwirtschaft in Österreich. Zweitens, wir werden sehr viel Phantasie aufwenden müssen, um das Problem in den Griff zu kriegen, sehr viel Phantasie, und dabei sehr viel zulassen müssen, was bisherigen offiziellen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten widerspricht.

Was den Antrag, Herr Kollege Gennaro, anbelangt, den die SPÖ eingebracht hat, so habe ich gegen die einzelnen Punkte nichts einzuwenden. Er ist mir nur wieder zu einseitig. Es ist ein Antrag, der sich gegen die Unternehmer richtet, ob zu Recht oder zu Unrecht, sei hier dahingestellt. Und es ist ein Antrag, der einzig und allein auf das Sanktionensystem abstellt. Die Kontrollen bei den Bezirksverwaltungsbehörden müssen verschärft werden, Unternehmerinnen und Unternehmer werden ausgeschlossen von Förderungen und von Aufträgen. Okay, ich bin ja auch dafür, daß Gesetzesverletzung nicht honoriert wird. Aber wenn ich nicht gleichzeitig dort ansetze, wo unter Umständen manche Unternehmerinnen und Unternehmer gezwungen sind, Schwarzarbeiter zu beschäftigen, um überhaupt am Markt bestehen zu können (Abg. Gennaro: „Bis jetzt wissen wir es nicht!“), ich habe den Tourismusbereich schon genannt, dann ist das – Herr Kollege Gennaro – noch keine Entschuldigung. (Abg. Gennaro: „Wir wollen wissen, was da wirklich passiert ist, dann können wir einschreiten!“) Aber es ist mir einfach zuwenig, dann nur das Sanktionensystem aufmarschieren zu lassen, ohne daß ich mich um die Probleme der Betroffenen kümmere. Ich muß auch die Frage stellen, wieso unter Umständen ein Privater Schwarzarbeiter beschäftigt. Weil die Stunde Arbeit um die 1000 Schilling in den verschiedenen handwerklichen und gewerblichen Bereichen kostet. Und das können sich auch Private schlicht und einfach nicht mehr leisten und weichen daher als Nachfrager auf den Schwarzmarkt aus. Das sind alles Dinge, die ich mir wünschen würde, daß die auch in einem solchen Antrag, Herr Kollege Gennaro, mit aufgenommen werden, weil sonst habe ich den Eindruck, daß es da hier halt doch auch wieder um klassenkämpferische Gesichtspunkte geht, mit denen wir das Problem überhaupt nicht lösen werden können. (15.50 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Zitz.

**Abg. Mag. Zitz (15.50 Uhr):** Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Landesrätin, Frau Dr. Rieder, die auch zuständig ist für einen Teil der Sozialpolitik und auch zuständig ist für die AusländerInnenpolitik. Nochmals zur Thematik, die diese Regierungsvorlage befaßt. Es ist von einigen Vorrednern angeklungen, der ursprüngliche Titel der Regierungsvorlage war „illegale Beschäftigung von Ausländern und Ausländerinnen“. Und das, was da zurückgekommen ist sozusagen als Antwort auf einen freiheitlichen Antrag mit seiner Intention und einen SPÖ-Antrag mit seiner Intention ist etwas, was wir von grüner Seite aus auf jeden Fall unterstützen werden. Ich möchte in meiner Wortmeldung jetzt auf einen Subbereich eingehen, nämlich die Situation von AusländerInnen und Arbeitsmarkt, der bis jetzt noch nicht angeklungen ist, der sich in den nächsten Jahren aber relativ dynamisch entwickeln wird, und zwar ist das die Situation von ausländischen Jugendlichen, speziell lehrstellensuchenden Jugendlichen in Österreich. Bevor ich dazu komme, möchte ich noch ein paar Worte zu dem, was der Kollege Brünner bereits angeführt hat, sagen, bezogen auf die AusländerInnenpolitik in Österreich. Es gibt keine Versuche von beiden großen Parteien im Parlament, eine Koordination zwischen Aufenthaltsgesetz und Beschäftigungsgesetz herbeizuführen oder auch beim Asylgesetz, das vor kurzem auch von der evangelischen Superintendentin Knoll massiv kritisiert worden ist, weil es Menschenrechte zutiefst verletzt. Es gibt auch vom UNHCR immer wieder Kritik an der Durchführung der Asyl- und Flüchtlingspolitik in Österreich, es gibt aber für andere Ausländer keine Abgleichung zwischen dem Aufenthaltsgesetz und dem Ausländerbeschäftigungsgesetz. Was die Familienzusammenführung derzeit betrifft, da schaut es so aus, daß zwar immer wieder betont wird, wie wichtig eine heile, intakte Familie ist in einer Form, wie wir sie in Österreich zunehmend weniger haben, in traditionellem Sinn zunehmend weniger haben, aber gleichzeitig verhindert man Familienzusammenführungen oder man bringt die Nachreisenden, das sind sehr oft Frauen und Kinder aus dem Ausland, in eine österreichische Situation, wo sie in Apartheid vom Arbeitsmarkt leben, wo sie keine Möglichkeit haben, auf dem Arbeitsmarkt Beschäftigung zu finden, auch wenn sie mit ihren Qualifikationen Potentiale anbieten, die wir in Österreich nicht haben. Ich denke zum Beispiel speziell an Kindergärtnerinnen, an Streetworkerinnen, an Sozialarbeiterinnen, weiters durchaus auch an Personen im pflegenden Bereich, im sozialen Bereich, im Bildungsbereich, im kulturvermittelnden Bereich, die aus anderen Kulturen kommen und die da Angebote machen können als Arbeitskräfte, die Österreicher und Österreicherinnen in dieser Qualität einfach nicht machen können. Was jetzt die Situation von ausländischen Lehrlingen betrifft, so ist es so, daß es derzeit mehrere Anträge zur Lehrlingssituation in der Steiermark gibt beziehungsweise auch Versuche, den Bund aufzufordern, daß strukturelle Maßnahmen zu machen sind. Ich habe mir jetzt die Situation für ausländische Jugendliche in der Steiermark näher angeschaut, und da ist die Situation so, daß in Österreich insgesamt zirka 100.000 aus-

ländische Jugendliche leben – eine extrem inhomogene Gruppe von schwedischen Diplomatenkindern bis zu nigerianischen Flüchtlingen, die unbegleitet in der Steiermark unterwegs sind, die keine Art von Rechtsberatung haben, die keine Art von offizieller Unterstützung haben und dann irgendwo bei Organisationen landen, die auf caritativem Wege das anbieten, was eigentlich im Sinne der UNO-Kinderrechtskonvention von Österreich angeboten werden sollte. Wie schon gesagt, es gibt in Österreich 100.000 ausländische Jugendliche mit sehr unterschiedlichen sozialen Profilen, wenn man so möchte. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Frau Kollegin, können Sie dann wieder zum Thema zurückfinden!“) In Graz schaut es so aus, daß 1300 Kinder nicht deutscher Muttersprache in den Grazer Pflichtschulen sind, Herr Präsident, und interessant ist, daß von diesen 1300 Kindern nicht einmal 60 Kinder in einem Jahr, nämlich im Jahr 1995, tatsächlich als Arbeitsuchende, als Lehrstellen-suchende beim Arbeitsamt, beim AMS, gemeldet waren. Das heißt, es gibt eine riesengroße Diskrepanz zwischen ausländischen Kindern, die in Pflichtschulen sind, und den ausländischen Jugendlichen, die nachher den Schritt zum Arbeitsamt schaffen. Und diese Diskrepanz, diese vielen, vielen 100 Prozent, die dazwischenliegen, genau die sind ein Nährboden, um sehr, sehr jugendliche Ausländer in den illegalen, in den irregulären Arbeitsmarkt hineinzuzwingen. Was die Situation von ausländischen Lehrlingen betrifft, so gibt es eine Zahl aus dem Jahr 1993, daß 50 Prozent ausländischer Jugendlicher im Reinigungsbereich in Ausbildung sind und daß der größte Teil der Jugendlichen in prekären Arbeitsverhältnissen sind – Leiharbeit, Arbeit auf Abruf, mit teilweisen sehr schwindlichen Werkvertrags- und Honorarregelungen. Und dieses Substrat an ausländischen Jugendlichen ist der Nährboden dafür, daß die vorher von allen Fraktionen zu Recht heftigst angegriffenen Firmen 20jährige, 18jährige, 22jährige Leute aus dem ehemaligen Jugoslawien, teilweise aus der Türkei, aber auch aus Nigeria und dem Sudan haben werden, die dort zu Konditionen ihre Arbeit anbieten, die einerseits Sozialdumping bedeuten und die andererseits auch für sie bedeuten, daß sie finanziell überhaupt nicht abgesichert sind – das dazu. (Beifall bei den Grünen. – Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Frau Kollegin, darf ich Sie bitten, zum Thema zu sprechen, zur Sache bitte!“) Herr Präsident, was jetzt die Situation der illegalen Beschäftigten im Rahmen dieses Baubereiches in der Steiermark betrifft: Mit ein Grund, warum diese Situation so ist und von allen Fraktionen im Haus auch so kritisiert wird, sind sehr, sehr ungerechte und sehr wenig nachvollziehbare Ausländergesetze und die Tatsache, daß Aufenthaltsgesetze und Ausländerbeschäftigungsgesetze in keiner Art und Weise abgeglichen werden. Den Bereich „Flüchtling und Asyl“ beziehungsweise die kritische Hinterfragung dessen habe ich vorher schon anklängen lassen, und wir werden dieser Regierungsvorlage zustimmen, gehen aber davon aus, daß das ein steiermarkspezifischer Schritt ist, der aber wenig bringen wird, wenn man auf Bundesebene diese Art von sehr, sehr restriktiver Ausländergesetzgebung nicht in die Richtung modifiziert, daß diese Ausbeutung von Menschen mit verbundenem Sozialdumping für inländische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, daß der einfach der

gesetzliche Boden entzogen wird. Dafür wäre es höchste Zeit. Danke. (Beifall bei den Grünen. – 15.58 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Mag. Hochegger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Mag. Hochegger (15.58 Uhr):** Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Vorausschicken möchte ich, daß wir von unserer Fraktion selbstverständlich auch gegen jede Art der illegalen Beschäftigung von Ausländern sind, weil letzten Endes diese Causa zu einer eklatanten Wettbewerbsverzerrung führt – das sei vorangestellt. Aber nichtsdestotrotz möchte ich auch festhalten und hier schon in Richtung Gewerkschaft, Herr Kollege Heibl, anführen, daß man hier, wenn es um Vergehen im Bereich der Unternehmer geht, nicht von Illegalität sprechen kann und im Gegenzug, wenn es im Bereich des Pfusches bei Arbeitnehmern der Fall ist, daß man dann sagt, das ist Nachbarschaftshilfe. Man sollte hier die Dinge schon gleich behandeln, und Schwarzarbeit bleibt Schwarzarbeit, und beides ist letzten Endes illegal. Auf was ich primär hinausmöchte, denke ich, daß die Lösungsansätze falsch sind. Wenn wir immer versuchen, mit schärferen Gesetzen, mit noch mehr Inspektoren, mit noch mehr Kontrollen und mit noch mehr Strafen das ganze in den Griff zu bekommen, das verteuert letzten Endes die Verwaltung, und wenn wir hinter jeden Bauarbeiter einen Arbeitsinspektor stellen, werden wir das auch nicht in den Griff bekommen, weil dann kann in Wirklichkeit ja niemand mehr arbeiten. Es wurde von meinen Vorrednern schon sehr viel gesagt, und ich glaube, im letzten Landtag hat es der Kollege Schreiner angeführt. Das Grundproblem – und das müssen wir zur Kenntnis nehmen –, wir haben es hier mit einem Systemfehler zu tun, letzten Endes geht es nur darum in allen Bereichen, die Arbeit ist zu teuer. Das Humankapital ist zu teuer. Und das ist im unternehmerischen Bereich wie im privaten Bereich das Ergebnis, ist dann die Flucht in die Schwarzarbeit und in den Pfusch. Und hier müssen wir gegensteuern. Und wenn es so ist, daß es bei einem Nettostundenlohn von 80 Schilling letzten Endes Bruttoarbeitsplatzkosten von 264 Schilling sind, dann ist einfach hier die Sache – ich sage das einmal von den Nebenkosten aus der Sicht des Arbeitnehmers –, dann sind wir hier bei 200 Prozent der Nebenkosten. Und das ist unser Problem. Und wenn wir uns dieser Problematik nicht offensiv stellen, daß wir hier die Arbeitskosten oder die Humankapitalkosten in den Griff bekommen, werden wir hier immer leere Kilometer verfahren. Das sei von meiner Seite hier festgehalten. Und wir sind aufgefordert, hier das System in die richtige Richtung zu bringen.

Und in aller Kürze zum Antrag der sozialdemokratischen Fraktion: Aus meiner Sicht kann dem zugestimmt werden, aber auch der ist ein bißchen einäugig. Ich habe ein bißchen das Gefühl, es sind hier die Wirtschaftsförderungsaktivitäten angezogen, weil es hier um den Herrn Landesrat Paierl geht, es ist der Wohnbau angezogen, weil es hier um den Herrn Landesrat Schmid geht (Abg. Gennaro: „Kollege Hochegger, gemeinsam haben wir das Gewerkschaftsförderungs-

gesetz beschlossen. Es geht um den Bericht!"), aber jene Bereiche von Herrn Landesrat Ressel sind nicht drinnen. Wenn es um den gesamten Bereich der Landesaufträge in dieser Causa geht, dann werden wir kein Problem haben. Das dazu von meiner Seite. Danke sehr! (Beifall bei der ÖVP. – 16.02 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als vorläufig Letzter zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Purr.

**Abg. Purr (16.02 Uhr):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist dies natürlich ein sehr, sehr aktuelles Thema, dem sich sehr viele Abgeordnete gewidmet haben, und ich habe mit großer Aufmerksamkeit den Vorrednern zugehört und auch die Lobesworte vernommen für die Nachbarschaftshilfe und das Entstehen schöner Häuser. Kollege Wiedner hat das angesprochen. So ist es auch zu sehen. Viele könnten sich das Haus nicht leisten, wenn es nicht unter dem Titel des „Kameraden“, des „Freundes“, des „Nachbarn“ die Möglichkeit gegeben hätte zuzugreifen. Und eines wollen wir ja nicht übersehen. Die Baumaterialien, die beschafft werden, enthalten alle Mehrwertsteuer, und die wurde entrichtet. So ist auch dieser Zweig damit angesprochen und bewegt sich in einem gewissen Raum, obwohl ich vollinhaltlich teile, natürlich, daß auch das in einem bestimmten Ausmaß als Schwarzarbeit zu sehen ist, aber ich verwehre mich dagegen, wenn wir natürlich von Radkersburg sprechen oder von solchen Bezirken, die eben an das Ausland grenzen, daß wir ständig vom Grenzland reden und ständig das Grenzland bejammern. Das ist keine Reklame, das ist kein Aushängeschild, das ist kein Ansporn, dort zu investieren, und dennoch wollen wir eines nicht übersehen bei aller Problematik jetzt, die nicht nur in der Verkehrseinbindung unseres Nachbarbezirkes Radkersburg liegt, daß natürlich auch dort wirkliche Fortschritte in der Vergangenheit zu verzeichnen waren. Und was wäre heute dieser Bezirk ohne diese Thermenlinie, die erfolgreich fortgeführt werden konnte? Soweit so gut, und ich will das nicht im Detail kommentieren. Nur bitte, das Erbarmen mit den Selbständigen, die Gewerbeanmeldungen haben und Nachteile hinnehmen müssen, das hält sich in Grenzen, denn mit jenen kleinen Selbständigen hat in den letzten 50 Jahren überhaupt niemand ein Mitleid gehabt. Und wenn, dann war es nur fadenscheinig! Das war die Tüchtigkeit der Leute, die sich bei viel Gegenwind immer wieder verstanden haben zu behaupten, sich durchzusetzen, und es gibt sie Gott sei Dank heute noch, die verlässlich ihre Steuern bezahlen, die verpflichtet sind, ihre Kredite rückzuerstatten, die mit Haut und Haar für aufgenommene Kredite haften und nicht wie andere Firmen in Millionenhöhe die Banken mitfahren lassen, sondern die dastehen und für alle Entschlüsse geradestehen müssen. Ich freue mich auch sehr, daß der Kollege Heibl eigentlich in seinen Ausführungen angezogen hat, Betriebe, die Sozialversicherungsbeiträge leisten, die ihre Leute anmelden, das ist bereits ein Argument, und da sind wir eigentlich schon dort, wo ich hin wollte. Denn, meine Damen und Herren, wenn wir hier von illegaler Beschäftigung sprechen von Ausländern, es gibt ja diese auch bei Inländern, dies ist keine Frage, zum einen, und leider

ist es ja so, daß es nicht nur die Unternehmer sind, sondern daß es auch andere Leute sind, sprich aus allen Berufen, die sagen, ich nehme mir einen Gärtner, ich nehme mir eine Köchin, eine Hausgehilfin, eine Raumpflegerin, und übersehe eigentlich dabei, daß der korrekte und der richtige Weg darin besteht, nämlich sie bei der Sozialversicherung zu melden. Und wenn jetzt jemand sagt, geringfügig beschäftigt, selbstverständlich auch dafür, natürlich, eine Vorsorge zu treffen. Und unser Anliegen muß gemeinsam darin bestehen, möglichst alle in die Sozialversicherungen einzubinden, alle Beiträge zahlen. Das ist die Aufgabe! (Beifall bei der SPÖ.) Und jetzt, lieber Gennaro, wirst du nicht mehr klatschen – glaube ich, wenn ich dir sage, weil nur damit kann bewirkt werden, daß wir diese Sozialversicherungsbeiträge – jetzt spreche ich nicht vom Senken – aber endlich einmal stabilisieren! Es kann nicht so sein, daß die ständig explodieren auf Kosten derer, die sie leisten. (Beifall bei der SPÖ.) Und die anderen gehen völlig daneben. Es kann unsere Aufgabe nicht im Errichten von Kontrollen bestehen und Leuten, die sich dahinterstellen und jeden bestrafen und Strafvollzug und noch mehr. Polizeistaat wollen wir sicher keinen! Aber wir sind aufgerufen, Lösungen anzubieten. (Abg. Gennaro: „Gratuliere zum Verstand!“) Etwas zu tun, damit sich diese sogenannten Sozialversicherungsbeiträge einmal stabilisieren – Punkt 1. Punkt 2: Warum flüchten die Leute in die Schwarzarbeit? Ist nicht auch die Höhe des Arbeitslosengeldes ein Kriterium, worüber man einmal diskutieren sollte, wo es einmal irgendwo eine Grenze geben muß, daß es nicht passiert, wie es mir passiert ist, wo ich einem Menschen Arbeit vermitteln konnte, weil ich einen Unternehmer bewegen konnte, ihn anzustellen, und er gesagt hat, lieber Freund, diese Arbeit nehme ich nicht, weil ich habe früher um 3000 Schilling mehr Arbeitslose bekommen als ich jetzt dort bekomme. Also da stimmt dann irgend etwas nicht, wobei das aber nach meiner Einschätzung ein Lohn war, der über den diskutierten Mindestlöhnen in unserem Land liegt. Sozialversicherungsbeiträge bestimmen im höchsten Ausmaß, meine Damen und Herren, das, was wir mit Lohnnebenkosten bezeichnen.

Und ein Letztes noch, was die Ausländer betrifft. Bitte, dieses Asylgesetz ist auf die Dauer nicht haltbar. Daß Menschen das Aufenthaltsrecht haben, das Recht haben, in Österreich zu leben, aber ein Verbot haben zu arbeiten, sich selbst zu erhalten. Da ist es notwendig, einen Weg zu suchen im Bereich der Sozialversicherungen, daß man sagt, Fristen vorgeben, Mindestanmeldezeiten vorgeben, über Probezeiten zu diskutieren und – ich sage das – Mindestlöhne auch für Ausländer zu vereinbaren. Das ist auch ein Anliegen. Nur, eines muß einmal geschafft werden, diese Explosion der Lohnnebenkosten kann nicht ständig fortschreiten. Die ist es ja, bitte, die die Menschen in die Schwarzarbeit treibt. Und hier sage ich wieder, wer könnte sich denn heute wirklich privat ein Haus bauen und sagen, ich gebe das einem Baumeister, der soll es mir hinstellen? Bitte, das muß einer sein, der jedenfalls in den Bankenbereichen sich bewegt, in der obersten Etage, wo man dann plötzlich einiges in der Zeitung vernimmt, wieviel er dann wirklich verdient. Der kann sich das leisten. Aber alle anderen sind davon ausgeschlossen. Es muß Lebensqualität auch darin

bestehen, daß man im Laufe eines Lebens sich ein Häuschen baut, und das regulär, nicht versteckt und nicht im Pfusch, und nicht Gefahr läuft, dabei angezeigt zu werden.

Meine Damen und Herren! Das Ziel kann nicht sein das Kontrollieren und das Bestrafen und das Erfinden neuer Strafen, sondern das Sozialsystem sicherzustellen.

Und ein Letztes noch in diesem Zusammenhang, wenn wir von der Beitragshöhe sprechen. Es ist unbedingt notwendig, eine Freizeitunfallversicherung einzuführen. Denken Sie daran, was die Sportgeräte alle kosten, was jeder Sport heute kostet, und dann fehlt es plötzlich daran, daß jemand privat eine Freizeitunfallversicherung abschließt. 80 Prozent aller Arbeitsunfälle – Achtung! – 80 Prozent sind Freizeitunfälle. Wir sind, meine Damen und Herren, mit den Arbeitskosten am Plafond gelandet, und wenn wir so weitertun, wie wir es in der Vergangenheit getan haben, dann gefährden wir im wahrsten Sinne des Wortes den Wohlfahrtsstaat. Lösungen zu suchen, Lösungen zu finden ist unsere Aufgabe, und diese können niemals darin bestehen, daß wir neue Strafen erfinden, neue Kontrollen und noch mehr Beaufsichtigung, noch mehr Gefahren. Ein Letztes sei zu den Ausländern gesagt, meine Damen und Herren, in unserem Lande. In einer bestimmten Phase unserer Wirtschaftsentwicklung im Lande Österreich wäre es ohne zunehmende Ausländerbeschäftigung unmöglich gewesen, dieses Wachstum, auf das wir so stolz sind, zu erreichen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 16.11 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Meine Damen und Herren, die Rednerliste ist erschöpft. Sie ist nicht erschöpft, sie ist wieder „Vollmann“.

**Abg. Vollmann (16.11 Uhr):** Es sind nur wenige Sätze. Kollege Purr, mit vielem, was du gesagt hast, stimme ich mit dir völlig überein. Wir haben sicherlich auch Probleme, die wir zu bewältigen haben, aber auch sicherlich mit einem bestimmten Ernst zu sehen. Nur eines, und deshalb muß ich mich zu Wort melden, weil immer der Eindruck entsteht, als würde man vom Arbeitslosengeld reich werden, und weil du sagst, man muß irgendwo einen Plafond einziehen. Meine Damen und Herren! Das höchste Arbeitslosengeld ist derzeit bei einem monatlichen Verdienst von über 33.539 Schilling brutto 417,80 Schilling am Tag. Das mal drei multipliziert ergibt zirka 12.500 Schilling. (Abg. Purr: „17 mal drei!“) Nein, nicht 17 mal drei, 417,80 Schilling mal drei. Vier mal drei ist zwölf, und drei mal zwei ist sechs, das sind rund 12.500 Schilling. Wenn mir einer sagen kann, daß man bei 12.500 Schilling, wenn man vorher über 33.000 Schilling brutto verdient hat, reich werden kann (Abg. Purr: „Vom Reichwerden haben wir nicht gesprochen!“) und daß man reich beschenkt ist, meine Damen und Herren, dann kann dort irgend etwas nicht stimmen. Das wollte ich nur richtigstellen, damit das nicht im Raum stehenbleibt, daß der Arbeitslosengeldbezug ein Geschäft ist. (Beifall bei der SPÖ. – 16.12 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Nachdem nunmehr die Privatdiskussion eigene Bahnen annimmt, kommen wir trotzdem zur Abstimmung, nachdem keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt.

Erstens: Tagesordnungspunkt 9 über den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 14/11.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zweitens: Tagesordnungspunkt 10 über den Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 69/7.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Drittens über den Beschlußantrag der Abgeordneten Gennaro, Dr. Flecker, Dr. Bachmaier-Geltewa und Günther Prutsch, betreffend Sanktionen gegen Unternehmer, die illegal beschäftigen.

Jene Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dies ist mehrheitlich angenommen.

**11. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 338/6, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Europäisches Jahr gegen Rassismus 1997.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Mag. Zitz (16.14 Uhr):** Das ist eine Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Europäisches Jahr gegen Rassismus 1997. Der Ausschuß für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit hat am 14. Jänner 1997 den Beschluß gefaßt, den Antrag der genannten Abgeordneten der Landesregierung zur Vorberatung zuzuweisen. Im genannten Antrag wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, dem Landtag unverzüglich darüber zu berichten, welchen Beitrag das Land Steiermark zum Europäischen Jahr gegen Rassismus im Jahr 1997 leisten wird. In Beantwortung dieses Antrages werden zunächst die Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedsstaaten zum Europäischen Jahr gegen Rassismus, weiters die von der Bundesregierung vorgesehenen Aktivitäten und sodann die im Land Steiermark geplanten Initiativen, dargestellt.

Erstens: Die Entschließung zum Europäischen Jahr gegen Rassismus. Das ist eine Auflistung der Ziele auf EU-Ebene sowie eine Ausweisung der angegebenen Mittel.

Zweitens: Die europäischen Aktivitäten: Der zentrale Bereich soll die Durchführung von Projekten unter besonderer Berücksichtigung von Informations- und Fortbildungsveranstaltungen vor allem für öffentliche Bedienstete sein, Sensibilisierung der Öffentlichkeit, konkrete politische und rechtliche Maßnahmen plus eine Auflistung von spezifischen Projekten sowie

die Absicht, die österreichischen Rechtsvorschriften nach allfälligen Passagen zu durchforsten und im Sinne des Zieles der Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit anzupassen. Der dritte Teil listet die Aktivitäten des Landes Steiermark zum EU-Jahr gegen Rassismus auf, basierend auf einer von der Europaabteilung durchgeführten Umfrage, welche Initiativen in den einzelnen Ressorts beabsichtigt sind. Diese Auflistung kultureller Aktivitäten und Projekte sowie der Arbeit der ARGE „Jugend gegen Gewalt, Rechtsextremismus und AusländerInnenfeindlichkeit“ – beim Landesjugendreferat angesiedelt – sowie eine Auflistung neuer Projekte, speziell für das EU-Jahr gegen Rassismus, zeigen einerseits die Breite der Aktivitäten in der Steiermark, andererseits aber auch die Tatsache, daß bei etlichen dieser Posten die Finanzierung noch nicht gesichert oder noch offen ist. Ich stelle den Antrag auf Annahme dieses Berichtes. (16.17 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke der Frau Berichterstatterin. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (16.17 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Am 29. Juli 1996 haben der Rat und die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten die Entschließung angenommen, das Jahr 1997 zum Europäischen Jahr gegen Rassismus auszurufen, und damit gleichzeitig die Mitgliedsstaaten veranlaßt, konkrete Aktivitäten zu setzen. Obwohl die Hauptverantwortung für die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus bei den Mitgliedsstaaten liegt und es gar keine Frage ist, daß die Problemlage dazu und auch die Betroffenheit in den einzelnen EU-Staaten eine unterschiedliche ist, halte ich es für richtig, daß sich die EU in dieser Form geäußert hat. Denn der Rassismus ist kein einzelstaatliches, auch kein europäisches Phänomen, sondern ein weltweites. Er hat längst eine transnationale und transeuropäische Dimension angenommen.

Gerade für Europa ist der Rassismus ein schwieriges Problem. Es ist anzumerken, daß die europäischen Mitgliedsstaaten in der Union nur einen geographisch kleineren Teil des Kontinentes Europa darstellen, der bis zum Ural reicht. Europa zeigt damit sowohl im Kulturellen als auch im Ethnischen eine sehr große Vielfalt. Es gibt daher auch keine europäische Einheitskultur, sondern eher eine Gemeinschaft von Kulturen, von kulturellen Bestrebungen der Regionen und der Mitgliedsstaaten. Wohl aber gibt es kulturelle Gemeinsamkeiten der Europäer und der von ihnen geteilten Grundwerte, für die die gemeinsamen kulturellen Wurzeln weit in die Geschichte zurückreichen und die zu den vielfältigen kulturellen Leistungen Europas geführt haben.

Die Entwicklungslinien für die Entstehung des Rassenbegriffes in Europa und die sich in diesem Zusammenhang ausprägende spezifische Ideologie des Rassismus geht bis zu den Entdeckungsfahrten zu Beginn der Neuzeit hin. Wenn, wie auch in der Vorlage und in den Ausführungen der EU, der Begriff des Rassismus gemeinsam mit den Begriffen Fremden-

feindlichkeit und Antisemitismus verwendet wird, muß man sehen, daß diese Begriffe in einem unheilvollen Zusammenhang stehen, sich zum Teil gegenseitig bedingen und verstärken. So hat erst die Verknüpfung der Judenfeindlichkeit im Dritten Reich mit dem Rassismus zu dieser entsetzlichen Form des modernen Antisemitismus mit Holocaust geführt. Rassismus wurde auch vielfach als Baustein in den seit dem 19. Jahrhundert entstandenen totalitären Ideologien verwendet, die bis in die Gegenwart in jeweils unterschiedlichen Auswüchsen, wie Kolonialismus, Nationalismus, Apartheid, die Grundlage für eine Diskriminierung von Menschen gebildet hat.

Mit der UNO-Erklärung vom 10. Dezember 1948 zu den Menschenrechten währte man den Nationalismus und Imperialismus überwunden, und auch der Rassismus sollte einer vergangenen Zeit angehören. Doch das war eine Illusion. Wenn man sich das letzte Jahrzehnt in Erinnerung ruft, kann man erkennen, wie weltweit ethnische und religiöse Konflikte in einem oft kaum mehr für möglich gehaltenen Ausmaß aufgeflammt sind. Dabei werden die Auseinandersetzungen, oft ethnisch und religiös gekoppelt, mit ungeheurer Brutalität ausgetragen. Nicht zu Unrecht wurde Anfang der neunziger Jahre in Anbetracht der Balkankrise die Frage gestellt, ob an Europas Horizont wieder der Wahnsinn zu kichern beginnt. Dabei ist wichtig festzuhalten, daß es natürlich Unterschiede zwischen den Rassen gibt. Aber der Rassismus ergibt sich nicht aus dem Konstatieren von Unterschieden, sondern erst aus spezifischen abwertenden Interpretationen dieser Unterschiede und daraus resultierenden Handlungsweisen.

Rassismus und Nationalismus liegen nahe beieinander. Das Beispiel aus den früheren Oststaaten sollte uns zu denken geben. Hat man dort nicht beispielsweise mit allen staatlichen Machtmitteln im gesamten frühen Ostblock versucht, die Menschen im Sinne einer internationalen Klasse zu erziehen? Das Gegenteil wurde erreicht. Gerade dort quillt derzeit der Nationalismus aus allen Poren.

Mit dem Rassismus eng verwandt ist die Fremdenfeindlichkeit. Fremdenhaß ist weder ein spezifisch staatliches, europäisches, noch ein zeitgebundenes Phänomen. In vielen Gesellschaften und Kulturen läßt er sich im Verlauf der Geschichte beobachten. Zu allen Zeiten und in der ganzen Welt wurden Stämme und Völker von anderen zurückgedrängt und oft brutal ausgerottet. Auch die Völkerwanderungen waren Verdrängungswanderungen, und es ist zu befürchten, daß sie sich ähnlich brutal abgespielt haben wie etwa die ethnischen Säuberungen, die nicht nur auf dem Balkan, sondern auch in Afrika mit Entsetzen zu beobachten waren und sind.

Man wird sehr nachdenklich, wenn man liest, daß unter dem Eindruck der Ereignisse Anfang der neunziger Jahre am Balkan die Deutsche Psychoanalytische Vereinigung im November 1992 folgendes feststellte. Ich zitiere: „Wir wissen, daß Fremdenfeindlichkeit der natürliche Rohzustand einer Gesellschaft ist und daß Fremdenangst und Fremdenhaß zu unseren psychischen Grundantworten gehören.“

Wir müssen wohl akzeptieren, daß die Evolution unser Wahrnehmungs- und Denksystem nicht als Erkenntnisapparat optimiert hat, sondern als Über-

lebensapparat. Damit ist aber auch vieles, was wir uns vorstellen, subjektiv und entbehrt einer sachlichen Grundlage. Gerade im Zusammenhang mit dem sogenannten „Fremden“ müßte uns sonst sofort auffallen, daß jemand nicht objektiv fremd sein kann, sondern immer nur fremd ist in Relation zu etwas, zu einer Umgebung, zu einer Gesellschaft oder zu einer Personengruppe. Ebenso wenig wie er nicht objektiv nah, sondern nur relativ zu einem Standort nah sein kann. Die zweite Überlegung: Bei allen lebenden Personen ist die Kette der Generationen niemals unterbrochen worden. Wir alle können demnach auf einen Stammbaum zurückblicken, der genaugenommen bis in die Tiefen des Urmeeres reicht. Warum nur sind die Leute nicht stolz auf einen so langen Stammbaum? Es hängt wohl mit unserem Selbstbewußtsein zusammen, daß wir zwar einen Stammbaum haben wollen, aber nicht einen allzu langen. Auch der Nationalismus ist eine Frage des Selbstbewußtseins seiner Träger, eine Frage der Wahrnehmung des Selbst, der Wahrnehmung der eigenen ethischen Gruppe und der Wahrnehmung des anderen. Die eigene Gruppe wird bis ins Heldenhafte, Hymnische überhöht, gestützt durch entsprechende Stammes- und Nationalmythen. Die anderen werden oft bis in den tierischen Bereich herabgesetzt.

Rassismus ist auch bequem. Er verleitet zu einfachen Verhaltensmustern und entbindet von der Notwendigkeit, sich tiefer zu informieren und den anderen zu verstehen oder verstehen zu wollen. Es ist notwendig, die Ablehnung des Fremden, die eigene Fremdenangst wahrzunehmen, und es ist klar, daß Toleranz und Humanität gegenüber dem Fremden eine anhaltende zivilisatorische Anstrengung erfordert. Man muß vom anderen mehr wissen und mehr verstehen, um ihn zu erkennen. Daraus geht aber auch hervor, welche große Rolle die Schule spielt, welchen Wert in diesem Fall objektive, sachliche, richtige und vollständige Informationen darstellen, welche große Bedeutung den EU-Austauschprogrammen auf allen Ebenen zukommt, nicht nur auf der Ebene der Forschung, dem Austausch von Lehrenden und Studenten, sondern auch im Rahmen der beruflichen Weiterbildung, ich verweise auf die beiden großen Programme „Leonardo“ und „Sokrates“, sondern vor allem den Anstrengungen, die auf der Ebene der Schule ansetzen. Die Aufforderung, mehr von der Welt zu wissen, mehr vom anderen zu verstehen, ist keine Aufforderung zu einem ethnischen und multikulturellen Einheitsbrei, sondern die Aufforderung, ein Gegengewicht zu bilden zu dem, was in uns offenbar stammesbiologisch und evolutionär niedergelegt ist, die Abwehr des anderen, des Fremden.

Da gerade Aktivitäten im erzieherischen und im schulischen Bereich in einem europäischen Jahr gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus besondere Bedeutung zukommt, darf ich namens meiner Fraktion folgenden Beschlufantrag einbringen:

Beschlufantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Dr. Jeglitsch, Schützenhöfer, Dr. Lopatka und Wicher, betreffend Sicherstellung der Finanzierung des Projektes „Schule ohne Rassismus“.

In der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 338/6, zum Europäischen Jahr gegen Rassismus 1997 wurde unter anderem über ein Projekt der Arbeitsgemeinschaft

„Jugend gegen Gewalt, Rechtsextremismus und AusländerInnenfeindlichkeit“ zum Thema „Schule ohne Rassismus“ berichtet. Dieses Projekt soll Mitte des Jahres 1997 in der Steiermark gestartet werden und ist eine internationale Projektidee, die bereits in den Niederlanden, in Belgien und in der Bundesrepublik durchgeführt wurde.

„Schule ohne Rassismus“ in der Steiermark fußt einerseits auf der Vorstellung und Präsentation der internationalen Projektideen und deren innovativen Charakter, wodurch Schulen den Weg hin zu einer „Schule ohne Rassismus“ finden sollen. Andererseits sollen durch die bereits durchgeführten Veranstaltungen in der Steiermark mögliche Ansatzpunkte für Projektarbeit und Bildungsarbeit im schulischen Bereich vorgezeichnet werden. Das Jahr 1997 soll als Projektaufakt und Initialzündung herangezogen und in den folgenden Jahren weitergeführt werden. Dazu hat die ARGE Jugend ein mehrteiliges Programm erstellt. Zunächst soll das Handbuch „Personen, Projekte, Perspektiven“ mit dem Schwerpunkt der Präsentation „Schule ohne Rassismus“ nachgeliefert werden. In diesem Handbuch kann das Projekt in den Schulen und in der Öffentlichkeit vorgestellt und präsentiert und die bereits vorhandenen internationalen Vorschläge im Handbuch dargestellt werden. Als Beispiele von Projekten in der Steiermark zu diesem Thema können die „Ghettoveranstaltung“, das „Zeitzeugenprojekt“, das Projekt „Dialog der Generationen“ und so weiter genannt werden.

Den zweiten Programmschwerpunkt bilden begleitende Workshops und ein zweitägiges Symposium zu „antirassistischer Jugendarbeit“ zur Initiierung von Aktivitäten für „Schule ohne Rassismus“. In mehreren Partnerschulen soll das Konzept „Schule ohne Rassismus“ vorgestellt und präsentiert werden. Die einzelnen Ideen der verschiedenen Schulen werden in mehreren halbtägigen Workshops miteinander vernetzt und inhaltlich begleitet. Den Abschluß bildet ein zweitägiges Symposium zum Thema „Antirassistische Jugendarbeit im europäischen Vergleich“, wobei ein Dialog mit internationalen Experten stattfindet.

Der dritte Programmschwerpunkt wäre die öffentliche Präsentation des Projekthandbuches mit Kulturprogramm. Der letzte Programmteil bildet die Schaffung einer Koordinationsstelle und die Begleitung des Projektes „Schule ohne Rassismus“ durch die ARGE Jugend. Diese Stelle soll die im Jahr 1997 entstehenden Aktivitäten vorbereiten, koordinieren und begleiten. Laut Regierungsvorlage sind für die Finanzierung dieses Projektes noch 180.000 Schilling offen. Diese internationale Projektidee, die durch die ARGE Jugend in der Steiermark umgesetzt werden soll, ist beispielhaft für die notwendige Aufklärungsarbeit bei Jugendlichen, weshalb die Finanzierung sichergestellt werden sollte. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag möge beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, für eine Bedeckung der noch offenen Kosten in der Höhe von 180.000 Schilling für das Projekt „Schule ohne Rassismus“ der ARGE Jugend gegen Gewalt, Rechtsextremismus und AusländerInnenfeindlichkeit für das Jahr 1997 zu sorgen. Ich bitte um Annahme dieses Antrages. (Beifall bei der ÖVP. – 16.30 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Hasiba:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (16.30 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich denke, es ist selbstverständlich, daß man den theoretischen und historischen Ausführungen von Prof. Jeglitsch im wesentlichen zustimmen kann. Ich hoffe, daß das hier in diesem Saal jeder tut. Er hat einige sehr wesentliche Aussagen getroffen, die ich voll und ganz unterstreichen und unterstützen möchte. Einen Punkt möchte ich vielleicht doch kritisch ansprechen. Er hat gemeint, daß die Abwehr des Fremden evolutionär angelegt sei. Das erlaube ich mir doch mit dem theoretischen Hintergrund, den ich mir angeeignet habe, in Frage zu stellen. Es scheint doch eher so zu sein, sagen zumindest die Anthropologen und die Psychologen, daß bei sehr kleinen Kindern das Element der Neugier bei weitem überwiegt – dem Element der Angst gegenüber. Ich glaube, daß es schlicht und einfach eine Frage der frühkindlichen Erziehung ist, welches Element, das Element der Neugier oder das Element der Angst, forciert wird. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch: „Sie haben mich mißverstanden!“) Wenn ich Sie mißverstanden habe, dann bitte ich Sie dafür um Entschuldigung. Ich würde mich freuen, wenn wir uns auch in diesem Punkt treffen würden, daß wir nämlich gemeinsam meinen, daß selbstverständlich die Abwehr des Fremden nicht evolutionär – sprich in unseren Genen – angelegt sei, sondern eben ein Ergebnis sozialer, historischer, auch individualpsychologischer Umstände ist, die aber eben veränderbar sind. Veränderbar bedeutet auch, daß es Aufgabe der Politik ist, hier die Umstände so zu verändern, daß eine antirassistische Gesellschaft geschaffen wird, daß rassistische Vorurteile hintangestellt werden und daß auch bereits in der Erziehung der Jugendlichen, auch der frühkindlichen Erziehung, dieses Element der Neugier, der Freude an Anderen, der Freude am Neuen, auch am Fremden, forciert wird im Gegensatz zur Angst, zur Abwehr gegen das Fremde. Meine Damen und Herren! Ganz klar ist, so hoffe ich es für uns alle, daß Rassismus eine der schlimmsten Formen von Ideologie darstellt, Ideologie verstanden als ein gedankliches Konstrukt – in diesem Falle ohne vernünftige, ohne rationale Grundlage –, ein gedankliches Konstrukt, um Ungleichbehandlung zu legitimieren, oft in Gesetze gegossene Ungleichbehandlung, wobei diese Ungleichheit – heutzutage zumindest – sich fast ausschließlich auf die geographische Herkunft bezieht, und gar nicht mehr auf das, was man im engeren Sinn früher als Rasse bezeichnet hat, da doch Rasse, und Sie wissen das wahrscheinlich schon, ein Begriff ist, der jeglichen biologischen Inhaltes entbehrt. Es gibt zwar Unterschiede in der Hautfarbe, genetisch gesehen allerdings, und das sei hier betont, das ist eine Erkenntnis der Gentechnologie, der gentechnologischen Forschung. Genetisch gibt es unter den Angehörigen der weißen Ethnie deutlich größere Unterschiede als zwischen Weißen und Farbigen beispielsweise. Es kann zwischen uns hier im Raum eine deutlich größere genetische Varianz geben als zwischen mir und einem schwarzen Abgeordneten in Johannesburg in Südafrika beispielsweise. Das ist eine

biologische Tatsache, und das bedeutet, daß der Begriff der Rasse eigentlich ein völlig veralteter ist und eigentlich nicht mehr verwendet werden kann. Er wird trotzdem verwendet als ideologischer Kampfbegriff, um eben eigene Zwecke, eigene Ziele durchzusetzen. Ich behaupte, daß Rassismus eine der schlimmsten Formen von Ideologie ist, von Ideologie, in der auch manche Parteien ihre Wurzeln haben. Rassismus steht eindeutig im Widerspruch zu den Menschenrechten. Das wurde vom Kollegen Jeglitsch bereits ausgeführt, und das ist wohl auch der Grund, warum gerade dieses Jahr zum Jahr gegen Rassismus erklärt wurde, eben weil es kaum einen krasseren Widerspruch zu den Menschenrechten geben kann. Historisch gesehen, meine Damen und Herren, zieht der Rassismus eine sehr blutige, grausame Spur durch unser, ja gerade unser Jahrhundert, das 20. Jahrhundert. Gefunden hat diese blutige Spur ihren katastrophenhaften Höhepunkt im Holocaust, im historisch singulären Ereignis der gleichsam industriellen Ermordung von rund 6 Millionen Juden im sogenannten Dritten Reich, die meisten davon in den Vernichtungslagern, nicht, wie einmal behauptet worden ist, in Straflagern. Das wäre eine sehr gefährliche Verfälschung. Das „Verbrechen“, das sich die Juden „zuschulden“ kommen haben lassen, war schlicht und einfach die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religion oder zu einer bestimmten Ethnie. Da gab es nichts zu bestrafen. Da gab es auch keine Straflagern, sondern Vernichtungslager der Nationalsozialisten. Meine Damen und Herren! Ich habe schon ausgeführt, daß der Begriff der Rasse biologisch nicht mehr haltbar ist, daß die genetischen Unterschiede unter Angehörigen der weißen Ethnie oft größer sind als zwischen Weißen und Schwarzen. Wir können doch immerhin feststellen, daß diese von mir angesprochene historische Form des Rassismus, nämlich der Antisemitismus, bei uns heutzutage nur noch punktuell aufflackert, punktuell abscheulich aufflackert, aber immerhin nur noch punktuell aufflackert. Erinnerung vielleicht jene Meinung eines Mitarbeiters der Landwirtschaftskammer, daß Krisen in der Landwirtschaftspolitik auf drei oder vier Juden zurückzuführen seien. Ich werte das als peinlichen Ausrutscher, zumal diese Aussage auch im Rahmen eines Seminars für Landwirte, für Bauern, getroffen wurde. Ich glaube, daß mit der Entschuldigung und mit den danach folgenden Schritten innerhalb der Landwirtschaftskammer der Sache Genüge getan worden ist. Ich betone noch einmal, diese historisch so katastrophale Form des Rassismus, der Antisemitismus, flackert nur noch punktuell auf. Aktuellere Formen, meine Damen und Herren, treten in Österreich anders auf. In Österreich, so würde ich meinen, spielt die derzeit agierende Form des Rechtsextremismus, des rechtsextremen Terrors selbstverständlich eine aktuelle und furchtbare Rolle, kulminierend in der Ermordung von vier Roma in Oberwart. (Abg. Tasch: „Für die Ermordung der Roma waren Linksextremisten, nicht Rechtsextremisten zuständig. Wenn, dann sag' es richtig!“) Alle Hinweise, die die Staatspolizei und die Kriminalpolizei im Zusammenhang mit der Ermordung der vier Roma in Oberwart hat, weisen in die Richtung, daß es Täter aus dem rechtsextremen Kreis sind – alle. Es gibt keine Hinweise, die darauf hindeuten, daß die Mörder aus linksextremen Kreisen oder aus anderen politisch oder nicht politisch moti-

vierten Kreisen stammen. Eine aktuelle Form des Rassismus und vielleicht die bedeutendere allerdings ist jener Rassismus, der die Angst vieler Österreicherinnen und Österreicher vor dem Arbeitsplatzverlust und vor dem sozialen Abstieg in Aggression gegen ethnische Gruppen ummünzt, umformuliert, kanalisiert. Diese Form, meine Damen und Herren, scheint mir die bei weitem die Gefährlichere zu sein im Vergleich zu jenen rechtsextremen Formen, die zu bekämpfen sind und wo ich hoffe, daß der Kampf gegen diese Formen des Rechtsextremismus erfolgreich sein wird und wo wir auch unseren Beitrag als Land Steiermark zu leisten haben werden. Stichwort zu dieser zweiten gefährlicheren Form des Rassismus ist Ausländerfeindlichkeit, ist aber auch, und das scheint jetzt die modernere Variante zu sein, Eurozentrismus. Das ist jene Überhöhung der europäischen Kultur im Vergleich zu anderen Kulturen, ist jene Rede vom wehrhaften Christentum, dem es gelingen müsse, den Ansturm fremder Kulturen auf Europa abzuwehren. Es gibt in Österreich leider eine Partei, die offensiv und mit scheinökonomischen Argumenten die angesprochenen Ängste schürt. Das ist nicht nur das geschickte und skrupellose Ausnützen des Sündenbockdenkschemas, es ist, wie gesagt, die gefährlichste Form des Rassismus. Meine Damen und Herren, es gibt Gott sei Dank in der Steiermark massive Gegenbewegungen. Eine Gegenbewegung wurde auch von meinem Vorredner bereits zitiert, die ARGE Jugend gegen Gewalt, Rechtsextremismus und AusländerInnenfeindlichkeit. Die Arbeit dieser ARGE, die – und das freut mich besonders – im Bereich des Jugendreferates des Landes Steiermark angesiedelt ist, ist gar nicht hoch genug zu schätzen. Sie leistet Hervorragendes oft unter schwierigsten ökonomischen Bedingungen. Insofern schließt sich meine Partei selbstverständlich der ÖVP an, daß dieses Projekt finanziert werden muß und soll. Es geht aber darüber hinaus um die langfristige Absicherung der Arbeit. Es geht nicht nur darum, ein Zeichen zu setzen im Jahr gegen Rassismus, sondern es geht darum, daß die Aufgabe, nämlich der Kampf gegen den Rassismus, eine kontinuierliche sein muß, eine Arbeit sein muß, ein Kampf sein muß mit langem Atem. Diese langfristige Finanzierung, meine Damen und Herren, sollten wir – und damit meine ich den Steiermärkischen Landtag und die Steiermärkische Landesregierung – unterstützen. In diesem Zusammenhang vielleicht noch eine Anmerkung: Es scheint mir doch ein wenig verwunderlich zu sein, daß in anderen Bereichen, wenn es ebenfalls darum geht, diesen Themenkomplex positiv aufzuarbeiten, in anderen Bereichen dieser Konsens so schwer erreichbar ist. Ich meine hier etwa die Einrichtung von Ausländerbeiräten in den steirischen Kommunen. Hier die Zustimmung der ÖVP zu bekommen, würde mich besonders freuen, auch selbstverständlich der Freiheitlichen Partei, wenngleich ich, wohl auch durch meine Ausführungen begründet, hier schlicht und einfach weniger Hoffnung habe.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen einen Beschlußantrag zu Gehör bringen zu diesem Tagesordnungspunkt gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Mag. Zitz, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz und Dr. Reinprecht, be-

treffend Sicherstellung der Stelle des Koordinators der ARGE Jugend gegen Gewalt, Rechtsextremismus und AusländerInnenfeindlichkeit.

Die ARGE Jugend gegen Gewalt, Rechtsextremismus und AusländerInnenfeindlichkeit besteht seit nunmehr fünf Jahren. Die Kosten für die Stelle des Koordinators in der ARGE wurden bisher zum Großteil vom Ministerium für Jugend und Familie getragen. Jedoch wird auch das Ministerium dazu übergehen, mehr Projekte, und nicht Personal – also kontinuierlich – zu finanzieren.

Für die kontinuierliche Arbeit der ARGE Jugend gegen Gewalt, Rechtsextremismus und AusländerInnenfeindlichkeit erscheint es dringend notwendig, die Stelle des Koordinators zu sichern.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, für die Einstellung des Koordinators der ARGE Jugend gegen Gewalt, Rechtsextremismus und AusländerInnenfeindlichkeit als Landesvertragsbediensteter zur Gewährleistung der kontinuierlichen Arbeit der ARGE Jugend gegen Gewalt, Rechtsextremismus und AusländerInnenfeindlichkeit zu sorgen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 16.43 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch. Ich erteile es ihm.

**Abg Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (16.44 Uhr):** Ich möchte zur Korrektur eines Mißverständnisses beitragen. Nachdem ich weiß, wie sensibel dieses Thema ist, werden Sie bemerkt haben, daß ich entgegen meiner sonstigen Gewohnheit mir ein Redemanuskript zu rechtgelegt habe. Selbst diese Sorgfalt reicht offenkundig nicht aus, fehlinterpretiert zu werden. Ich habe in keinem einzigen Satz von den Unterschieden in der genetischen Ausstattung der Menschen gesprochen und daraus welche Schlußfolgerungen gezogen. Ich habe mich sehr wohl auf die evolutionäre Erkenntnistheorie bezogen, die sehr viel umfassender auch die soziale Entwicklung eines Stammes, das soziale Verhalten eines Menschen, das Milieu in der Gesamtheit der geschichtlichen Entwicklung miteinschließt. Und in diesem Zusammenhang – und man wird es im Manuskript nachlesen können – habe ich gemeint, daß wir offenkundig ein Gegengewicht zu bilden haben durch Verstand, durch Aufklärung zu dem, was offenbar stammesbiologisch und evolutionär, nicht genetisch, niedergelegt ist, nämlich die instinktive Abwehr des Fremden. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 16.45 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dörflinger. Ich erteile es ihm.

**Landesrat Dörflinger (16.45 Uhr)** Meine Damen und Herren!

Ich möchte mich vorweg für die Diskussionsbeiträge sehr herzlich bedanken. Vielleicht ein paar Bemerkungen von mir dazu: Nachdem in der Vorlage, die Sie heute behandeln und beraten, das Jugendressort

etwa zwei Drittel oder drei Viertel der Aktivitäten beschreitet, wir oder ich die Sorge habe, daß Aktivitäten gegen Rassismus, gegen Ausländerfeindlichkeit sozusagen ein eigenes oder ausschließliches Anliegen des Jugendressorts sind, ich glaube, es wäre sehr gut, wenn wir uns insgesamt im Landtag und in der Landesregierung darauf verstehen würden, daß das nicht nur eine Frage des Jugendressorts ist, sondern daß das eine Frage ist, die eigentlich alle Ressorts und alle Bereiche zumindest gleich betrifft und ich nicht den Eindruck erwecken möchte, daß die Tatsache, daß wir im Jugendressort und im Jugendreferat sehr viele Aktivitäten und sehr viele Maßnahmen setzen, gleichbedeutend ist, als das Problem Rassismus und Ausländerfeindlichkeit hauptsächlich ein Problem ist, das junge Leute betrifft. Das ist es bei weitem nicht und bei Gott nicht, sondern es geht in alle Altersgruppen hinein. Ich glaube, daß die Jugend gar nicht das Hauptproblem darstellt. Ich bekenne mich zu den Aktivitäten, die wir machen. Ich sage auch dazu, daß sehr viele Punkte in diesen Projekten, die wir in der Regierungsvorlage eingearbeitet haben, noch nicht ausfinanziert sind. Ich möchte Ihnen vielleicht zur ARGE ein paar Rahmenbedingungen sagen. Die ARGE wird finanziert vom Land Steiermark, indem wir die Infrastruktur zur Verfügung stellen. Infrastruktur heißt, das ist ein Micky-Mouse-Büro, also ein kleines Büro im Bereich des Landesjugendreferates. Das ist der Herr Scheibengraf, der oben mitarbeitet, da ist ein Telefon, ein Telefax, Bleistift, Schreibmaschine, ein Computer und was dazugehört. Es ist ganz einfach für mich von existentieller Bedeutung für diese ARGE oben, die in Wirklichkeit ja von allen mitgetragen wird. Ich sage dazu, auch wenn das so angeklungen ist beim Günter Getzinger, ich habe mich irrsinnig gefreut, daß die Frau Klubobmann Bleckmann im Rahmen der Enquete im Jänner dieses Jahres nach dieser Enquete hinausgegangen ist, ein Resümee gezogen hat und gesagt hat, mir taugt diese Arbeit irrsinnig, die die ARGE leistet, und sie unterstützt diese ARGE auch drinnen, daß wir wirklich einen breiten Konsens eigentlich gefunden haben. Ich sage nur dazu, um das vernünftig weiterführen zu können, brauchen wir unbedingt zumindest einen Mann oder eine Frau oben, die das kontinuierlich macht. Die das durchzieht, und wo wir nicht von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat auf gut steirisch gesagt, „herumkrebzen“ müssen und schauen müssen, können wir dem noch irgendwie ein bißchen ein Geld zukommen lassen, daß wir uns den erhalten, sondern daß wir uns dazu aufrufen, um zu sagen, wir stellen diesen Koordinator als Landesvertragsbediensteten oben ein. Ich glaube, daß das ein wirkliches Zeichen in diesem Jahr wäre und ein Beitrag wäre, der nicht so im Alibi charakter ist. Machen wir heuer irgendwas dagegen, und nächstens gibt es das Ja gegen irgendwas, und dann kümmern wir uns um das wieder. Ich glaube, daß die Frage Rassismus, Ausländerfeindlichkeit ein so wesentlicher Bestandteil der Diskussionen in unserer Gesellschaft ist, daß wir nicht sagen können, wir tun heuer ein bißchen was dafür, und nächstes Jahr ist es wieder vorbei oder nächstes Jahr ist es nimmer so. Ich würde also wirklich das Höhe Haus bitten, den Antrag, den Günter Getzinger eingebracht hat, nach einer Sicherstellung für diesen Koordinator, das sind 60.000 oder 70.000 Schilling im Monat, das ist ein normaler Landesvertrags-

bediensteter, daß wir den einmal einstellen können, um die ARGE jetzt einmal für die nächsten Jahre sicherstellen zu können.

Der zweite Punkt: Wir haben im Jugendressort wie in allen anderen Ressorts die 10prozentige Budgetkürzung zur Kenntnis genommen, und wir haben es trotzdem zuwege gebracht, für Aktivitäten der ARGE nicht die bisher 100.000 Schilling, sondern um 200.000 Schilling mehr, nämlich 300.000 Schilling, zur Verfügung zu stellen. Wenn dieser Antrag angenommen wird, den die ÖVP eingebracht hat, was ich auch sehr begrüßen würde, kann das natürlich nicht heißen, daß wir so nach dem Motto „Der Landtag beschließt, gibt die 180.000 Schilling noch dazu und erwürgt euch, irgendwer wird es schon aufbringen“, daß wir auch uns dazu bekennen, daß wir ein Zusatzbudget für diese Aktivitäten zustande bringen oben. Ich glaube, es wäre auch der Sache nicht dienlich, wenn ich dann hergehen müßte und im Rahmen meines Ressorts sage, okay, ich nehme den Jugendorganisationen, die kontinuierlich arbeiten, die kontinuierlich ihre Beiträge leisten, Mittel weg, um diese 180.000 Schilling dazuzugeben. Ich sage dazu, ich werde mich in der Regierung einsetzen, daß wir diese 180.000 Schilling für diese Aktivität zusätzlich bekommen. Ich habe auch mit den Mitarbeitern des Landesjugendreferates gesprochen, daß wir durch ein paar Umschichtungen zumindest einen sechsstelligen Betrag noch aufreiben können, um wenigstens einen Teil der Projekte, die drinnen sind, zu realisieren. Wenn wir uns nach dieser Debatte heute darauf verstehen, daß wir den Koordinator bekommen als Vertragsbediensteter, und wenn wir uns darauf verstehen, daß alle Parteien zu den Aktivitäten dieser ARGE stehen, dann, glaube ich, haben wir in diesem Jahr sehr viel beigetragen und sehr viel geleistet. Worum es mir vor allem geht, ist, daß man nicht nur einmal ein Licht aufflackern läßt, sondern kontinuierlich einen Betrag zu diesem Thema leistet. Danke. (Beifall bei der SPÖ. - 16.50 Uhr.)

**Präsident:** Wir kommen nun zu drei Abstimmungen.

Erstens über den Antrag der Berichterstatterin zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 338/6.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Zweitens über den Beschlußantrag der ÖVP, betreffend Sicherstellung der Finanzierung des Projektes „Schule ohne Rassismus“.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Drittens über den Beschlußantrag der SPÖ und der Grünen, betreffend Sicherstellung der Stelle des Koordinators der ARGE Jugend gegen Gewalt, Rechts extremismus und AusländerInnenfeindlichkeit.

Jene Damen und Herren, die dem Antrag die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

**12. Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauenfragen über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 389/4, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Reinprecht, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger und Gross, betreffend die Förderung und finanzielle Unterstützung des Vereins „Männerberatungsstelle Graz“.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Ilse Reinprecht. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dr. Reinprecht** (16.53 Uhr): Der im Abgeordnetenrat angesprochene Verein „Männerberatungsstelle Graz“ hat im Oktober 1996 Frau Landesrätin Dr. Rieder ein Kurzkonzept übermittelt, das die ebenfalls aus dem Antrag ersichtlichen Tätigkeitsbereiche beschreibt. Die Beratungsstelle für erwachsene Männer und männliche Jugendliche ab 14 Jahren stellt eine wertvolle Ergänzung des bestehenden Beratungsangebotes im Bereich von Gewalt, insbesondere in der Familie, dar. Ein vom Verein im November des Vorjahres an das Sozialressort eingebrachtes Subventionsansuchen wurde daher positiv beurteilt. Für das laufende Budgetjahr kann die Gewährung einer Subvention des Sozialressorts wieder in Aussicht genommen werden, sofern ein entsprechendes Subventionsansuchen eingebracht und die widmungsgemäße Verwendung der Förderungsmittel aus dem Jahr 1996 nachgewiesen wird. Ich bitte um Kenntnisnahme. (16.53 Uhr.)

**Präsident:** Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Tschernko. Ich erteile es ihm.

**Abg. Tschernko** (16.53 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Verein „Männerberatungsstelle Graz“ hat sich im September des Vorjahres konstituiert mit dem Ziel, für erwachsene Männer und männliche Jugendliche ab dem 14. Lebensjahr beratend zur Seite zu stehen, insbesondere in den Problembereichen Gewalt in der Familie und außerhalb der Familie, männliche Opfer von Gewalt, Männer in Beziehungskrisen und Trennungskonflikten, Männer in sozialen Krisen, wie zum Beispiel nach einer Trennung, die Verschuldung, die Arbeitslosigkeit oder auch die Überarbeitung. Wir alle wissen, daß eine der schlimmsten Bedrohungen einer glücklichen Kindheit die körperliche und die psychische Gewalt in der Familie ist, ausgeübt von Männern und von Frauen. Gewalt beginnt schon bei der sogenannten „g'sunden Watsch'n“ und kann in manchen Fällen zu grausamen Mißhandlungen führen. In Österreich ist körperliche Gewalt Gott sei Dank seit einigen Jahren als Erziehungsmittel verboten, und trotzdem habe ich den Eindruck, daß Gewalttaten in letzter Zeit außerhalb und innerhalb der Familien, denken wir dabei nur an die jüngsten schrecklichen Vorkommnisse in Zöbern und Wien, zunehmen. Genau diese Kinder, die im Laufe ihrer Entwicklung körperliche und psychische Gewalt in ihrer Kindheit und Jugend erfahren haben, übernehmen leider vielfach dasselbe Muster, um es der nächsten Generation leider weiterzugeben. Daher leiden viele erwachsene Männer unter mangelndem Selbstwertgefühl, unter Alkohol- und Drogenkonsum, unter suchtartigem und selbstschädigendem Sexualverhalten, unter chronischen und körperlichen Leiden, unter selbstzerstörerischem

Verhalten, und sie haben Schwierigkeiten im Wahrnehmen von eigenen Gefühlen und Bedürfnissen, um nur einige Schwerpunkte aus den Problembereichen aufzuzeigen. Es muß daher unser aller Ziel sein, die Spirale der Gewalt – aus geschlagenen Kindern werden oft schlagende Erwachsene – zu beenden. Damit aber die niedergeschriebene gewaltfreie Erziehung umgesetzt werden kann, müssen wir uns verantwortlich fühlen, müssen wir auch Verantwortung übernehmen. Wer in der Verwandtschaft, in der Nachbarschaft oder in den Familien Gewalt vermutet, ist auch aufgerufen, etwas dagegen zu tun, denn wer wegschaut, macht sich mitschuldig. Ein Mitarbeiter der Männerberatungsstelle erzählte mir, daß derzeit der Problembereich Beziehungskrisen und Trennungskonflikte ein Drittel der Beratungstätigkeit ausmacht und im Vordergrund steht. So bemühen sich die Mitarbeiter neben ihrer beratenden Tätigkeit, die Betroffenen zu begleiten und mit ihnen gemeinsam alternative Verhaltensmöglichkeiten zu erarbeiten, um so die Männer von Gewalt abzuhalten und so das Gewaltpotential zu schwächen. Ein Viertel der Klienten sind Gewalttäter psychischer, physischer oder sexueller Natur. Dabei ist lobens- und erwähnenswert die Zusammenarbeit mit dem Grazer Frauenhaus, denn es stellte sich heraus, und das ist sehr sinnvoll, diese Männer, die ihre Frauen mißhandeln, an die Männerberatungsstelle zu verweisen. Sehr rasch wird diese Personengruppe in ihrem Problembereich einsichtig und auch kooperativ. Und genau dann beginnt das Netzwerk der Beratungsstelle zu greifen, da es eine intensive Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen und Fachleuten gibt aus den Bereichen der Medizin, der Psychologie, der Psychotherapie, des Rechtes und der Sozialarbeit. Hierzu möchte ich bemerken, daß es für mich interessant ist, daß die Klienten die Hemmschwelle, die Männerberatungsstelle zu kontaktieren, schneller überschreiten als eine Familienberatungsstelle aufzusuchen. In Zukunft sollte der Schwerpunkt der Arbeit die Prävention sein, weil dadurch die Ursachen der Gewalt und die von mir erwähnten Problembereiche schon in ihrem Keimansatz umgewandelt werden könnten. Die Mitarbeiter der Männerberatungsstelle verfolgen bereits vorrangig dieses Ziel, nur ist eine Umsetzung derzeit nur teilweise möglich, da einerseits das Büro nur acht Stunden pro Woche besetzt ist, andererseits sind die Mitarbeiter durch ihr aktives und persönliches Engagement für ihre Klienten in dem kurz bemessenen Zeitrahmen überfordert, eine gezielte Präventionsarbeit zu leisten. Meine Bitte wäre, dem Wunsch der Mitarbeiter nachzukommen, eine Schreibkraft geringfügig zur Entlastung zur Verfügung zu stellen. Das Ansuchen um Gewährung einer Subvention ist aus meiner Sicht sehr wohl gerechtfertigt, und ich kann und ich werde diese Vorhaben und die Arbeiten der Männerberatungsstelle unterstützen. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 16.58 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht. Ich erteile es ihr.

**Abg. Dr. Reinprecht** (16.58 Uhr): Der Herr Abgeordnete Tschernko hat eigentlich schon alles gesagt, was zu sagen ist. Ich kann mich daher hier sehr kurz

halten. Ich möchte nur bemerken, daß diese Männerberatungsstelle nicht Männer gegen Frauen berät, dafür gibt es Rechtsanwälte, die das gegen gutes Geld machen, sondern sich durchaus als emanzipatorische Einrichtung versteht, die das Zusammenleben von Frauen und Männern auf eine bessere Basis stellen will. Ich möchte nur hinzufügen, daß im Zwischenbericht der Beratungsstelle, das sind jetzt sechs Monate, 75 Einzelberatungen dokumentiert sind. Davon wurden 18 Stunden Männern mit Trennungskonflikten gewidmet, zehn Stunden für Männer mit Beziehungskrisen, 20 Stunden für Männer, die sich sozial benachteiligt fühlen, 14 Stunden für Männer, die sexuelle Gewalt ausgeübt haben, sieben Stunden für Männer, die körperliche Gewalt ausgeübt haben, und vier Stunden für Männer, die Probleme mit ihrer sexuellen Orientierung hatten, zwei Stunden für Männer, die selbst Opfer von sexueller Gewalt wurden. Der Herr Abgeordnete Tschernko hat es schon erwähnt, 37 Prozent aller Beratungsfälle betreffen Männer mit Beziehungskrisen und Ehekonflikten, und 28 Prozent der Arbeit widmet sich den Tätern. Hinzufügen möchte ich noch, daß neben der wichtigen Beratungsarbeit die Beratungsstelle auch dabei ist, zwei Selbsthilfegruppen aufzubauen, eine für Männer, die als Kind oder Jugendlicher Opfer von sexueller Gewalt geworden sind. Hier gibt es auch Kontakte mit entsprechenden Einrichtungen in der BRD. Und die zweite Selbsthilfegruppe arbeitet mit sozial benachteiligten Männern. Ich halte diese Einrichtung für eine gute Einrichtung. Ich bin froh, daß es endlich so eine Stelle gibt, und ich habe großes Interesse daran, daß diese Stelle auch weiterhin unterstützt wird. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.01 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

**Abg. Gennaro (17.01 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Eigentlich habe ich mir schon gedacht, wie mein Name aufgerufen wurde, an das Rednerpult zu gehen, Heiterkeit in dem Haus. Aber ich glaube, die Situation ist zu ernst, und ich möchte vorweg feststellen, dem Grundsatz nach ist es ja beschämend, daß wir in einer Wohlstandsgesellschaft – ich sage jetzt – derartige Einrichtungen brauchen, vom Frauenhaus beginnend. Und es wird gar nicht so von weit hergeholt, und die Herren da unten werden sich gewundert haben, nachdem auch ich mir die Mühe gemacht habe, sie kontaktiert habe, weil es mich persönlich interessiert hat, wie das Ganze anläuft, daß man auch wahrscheinlich in Zukunft über ein Männerhaus reden wird, ob man so etwas nicht auch braucht in der Gleichberechtigung zum Frauenhaus. Das ist kein Scherz, das ist Tatsache, wenn man sich die Beratungssituation vor Augen führt. Ich möchte es aber auch nicht verabsäumen, weil es eine sehr positive Geschichte ist und weil viele bereits das schon dokumentiert haben, auch dem zuständigen Landesrat Dörflinger und der Frau Landesrat Rieder sowie der Stadt Graz, der zuständigen Stadträtin Tatjana Kaltenbäck, danken für die Subventionen, weil eines steht fest, ohne Geld keine Musik. Und alle die Vereine haben das Problem, und gerade diese Männerberatungsstelle, daß diese nebenberuf-

lich ausgeführt wird, und es ist bereits angeklungen, da brauche ich mich nicht zu wiederholen, wie viele Beratungen in welcher Form durchgeführt wurden. Daß die Zeit und die Möglichkeiten sicher nicht vorhanden sind unter den gegebenen derzeitigen Subventionen und ich daher genauso wie alle anderen bereits die Bitte aussprechen werde und überzeugt bin, daß die betroffenen Landesräte sicherlich auch in Zukunft in dieser wirklich so treffenden Geschichte eine Subvention gewähren werden. Mich hat es schon auch gewundert, weil es immer in der Öffentlichkeit so diskutiert wird, es werden ja in der Öffentlichkeit nur die Gewaltdelikte aufgezeigt, die dann über die Medien gehen. Und wenn man schaut, wieviel stille Gewalt in den Familien, aber auch von Frauen an Männern ausgeführt wird, im Prozentsatz sicherlich kleiner, aber es gibt auch derartige Dinge, dann wundert man sich sehr wohl. Wir dürfen uns aber auch nicht wundern, daß täglich schon beim Fernsehen für Kinder, weil es angesprochen wurde, daß täglich Gewalt übermittelt wird. Weil in den Vorabendfilmen und Kurzfilmen gibt es fast keinen Film, wo nicht irgendwo Mord und Totschlag täglich den Kindern vor Augen geführt wird und der Fernseher auch oft die Ersatzmutter oder die Beruhigungspille für die Kinder ist. (Abg. Schinnerl: „Das ist der rote ORF!“) Von dir hätte ich mir in der Situation etwas Gescheiteres erwartet als wie „der rote ORF“, weil du wirst mir ja nicht einreden, daß der steirische ORF-Intendant ein Roter ist. Bitte, das glaube ich sicherlich nicht. Aber ich sage das nur generell, das ist zu billig, Kollege Schinnerl, wenn du blödeln kannst. Ich tue auch gerne blödeln, aber in der Sache ist mir das zu ernst. Ich nehme es halt ernst. (Abg. Gross: „Da gebe ich dir recht!“) Wenn man die Situation ansieht, anschaut und den Obmann des Vereines, den Herrn Joachim Voithl, mit dem ich ein Gespräch geführt habe, so kann man natürlich nur unterstützen, daß dieser Verein auf Grund der Auslastung und der Begehrlichkeit sicherlich ausgebaut werden muß, weil die Menschen, die diese Beratungsstelle aufrufen, das geht bitte quer über alle Gesellschaftsschichten. Und die haben natürlich schon eines, etwas – sage ich – besser etablierter in der Gesellschaft und weniger Probleme, wenn es um Trennungskonflikte geht, weil der nimmt sich einen Rechtsanwalt oder hat sonst weniger Probleme. Aber meistens sind das Leute, die sich das nicht gleich leisten können. Ich sage noch etwas im gleichen Atemzug, es braucht niemand die Gewalt hinunterspielen. Es ist bedauerlich, wenn sie durchgezogen und geführt wird. Und jetzt haben wir noch die Situation, daß die Frauen das Verweisungsrecht haben. Hier sage ich auch Gott sei Dank, wenn einer gewalttätig wird, daß der die Wohnung verlassen wird. Aber ich glaube, und nach den Gesprächen sind wir auch da zu einer Auffassung gekommen, daß in Zukunft auch dieses Verweisungsrecht wieder in manchen Schichten zusätzliche Probleme mit sich bringen wird. Ich persönlich bezeichne diese Männerberatungsstelle sozusagen als einen Ort der sozialen Praxis, wo Leute – wie bereits gesagt, und überwiegend geht es ja dann, wenn eine Trennung ist, daß man die Partnerschaft aufrechterhalten will von seiten des Mannes, wenn er gewalttätig war. Und was für mich aus dieser ganzen Palette der Beratungen das Positivste war, daß Frauen, wenn sie im Frauenhaus sind, weil sie ausgezogen sind oder ins Frauenhaus

geflüchtet sind, daß diese Beratungsstelle, die mit den Männern Gespräche führt, ihnen versucht, auch ihre Situation klarzumachen, und Vermittler ist zum Frauenhaus, daß es mitunter oft gelingt, auch daß man die Familien wieder zusammenführt, und in dieser Beratungsstelle sind die Männer nicht gleich als die Täter abgestempelt, sondern man versucht, ihnen ihre Situation klarzumachen, denn wer Gewalt ausübt, der will sich nur behaupten, ob das gegen Kinder, Ehepartner oder Mitmenschen ist. Und das sollte ihm eigentlich vor Augen geführt werden. Daher nochmals herzlichen Dank für die Subventionen an die Landesräte und mit der Bitte, auch für das Jahr 1997 naturgemäß weiter diese Subventionen, wenn es geht ein bißchen mehr, zu forcieren. (Beifall bei der SPÖ. – 17.07 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile es ihr.

**Abg. Keshmiri (17.07 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Die Gründe, warum die Männerberatungsstelle installiert worden ist, die kennen wir schon, also Männer, die gewalttätig sind und Beratung suchen, oder Männer, die selbst Opfer von Gewalt geworden sind. Bei allem Respekt für die Probleme der Männer bin ich jedoch der Meinung, daß die Frauen nach wie vor intensiver davon betroffen sind. Und zwar auch deswegen, weil sie die Abhängigkeit zum Mann nach wie vor haben und auch die Last der Kinder nebenbei noch zu tragen haben. Es gibt jetzt in der Steiermark 48 Familienberatungsstellen, zwei Frauenberatungsstellen und eine Männerberatungsstelle. Für mich paßt hier das Verhältnis nicht ganz, muß ich sagen. Ich habe auch deswegen im Herbst einen Antrag auf eine Frauenberatungsstelle in Leoben eingebracht, der vom Ausschuß der Landesregierung zur Stellungnahme zugewiesen worden ist und von der allerdings die Frist schon vor rund zwei Monaten abgelaufen ist. Mittlerweile hat sich jedoch in Leoben eine von der Wirtschaftsbeschäftigungsinitiative in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktservice eine Frauenberatungsstelle installiert, die allerdings in erster Linie für die Beschäftigung von Frauen installiert worden ist, aber auch zur Vermittlung von Frauen, die psychische oder seelische Probleme haben und die dann an andere Stellen weitergeleitet werden. Ich hoffe aber trotzdem, daß es in Leoben bald eine Frauenberatungsstelle geben wird im Sinne eines gesunden, eines guten Familienlebens. Danke! (17.09 Uhr.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Jene Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke! Gegenprobe!

Ich stelle die einstimmige Annahme fest und komme zum Punkt

**16. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie sowie des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 214/8, zum Beschluß Nr. 118 des Steiermärkischen Landtages vom 24. September 1996 über den selbständigen Antrag des Ausschusses für Umweltschutz und Energie, betreffend die Gründung der Energie Steiermark Holding AG.**

**und die Genehmigung des Vertrages, betreffend die Einbringung von 4990 STEWEAG-Aktien des Landes im Nominale von 499 Millionen Schilling in die Energie Steiermark Holding AG.**

Zu Punkt 1 des Antrages der Regierungsvorlage erteile ich dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, das Wort. Sollte der Herr Abgeordnete Getzinger nicht anwesend sein, ersuche ich seinen Stellvertreter, der im Ausschuß bestimmt wurde, das ist der Herr Abgeordnete Kröpfpl, den Bericht zu erstatten.

**Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (17.10 Uhr):** Ich bitte, die kurze Unterbrechung zu entschuldigen. Meine Damen und Herren! Ihnen liegt ein sehr ausführlicher Antrag vor. Ich bitte, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. (17.10 Uhr.)

**Präsident:** Es ist das, um die Sache auf den Punkt zu bringen, der Punkt 1, denn es sind zwei Ausschüsse mit zwei verschiedenen Berichterstattungen gefragt. Ich bedanke mich aber trotzdem, daß der Herr Kollege Getzinger noch eingetroffen ist. Wir kommen jetzt zur Berichterstattung zum Punkt 2 des Antrages der Regierungsvorlage. Hiezu erteile ich dem Herrn Berichterstatter Abgeordneten Gennaro das Wort.

**Abg. Gennaro (17.11 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Punkt 2 beinhaltet, daß der Vertrag, betreffend die Einbringung von 4990 STEWEAG-Aktien des Landes im Nominale von 499 Millionen Schilling in die Energie Steiermark Holding AG., genehmigt wird. Ich bitte um Kenntnisnahme. (17.11 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Kinsky. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Kinsky (17.11 Uhr):** Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn auch die Berichterstatter sehr kurz in ihren Berichten waren, so glaube ich trotzdem, daß wir uns bewußt sein sollten, daß dieses Geschäftsstück von einer großen Tragweite sein kann, wenn es richtig genutzt wird für die Zukunft unserer steirischen Energiewirtschaft. Ich glaube, durch einen Beschluß, den wir heute hier zu fassen haben, daß wir die Steiermärkische Energieholding auch mit dem nötigen Grundkapital ausrüsten, wird eine Voraussetzung geschaffen, damit wir in Zukunft die Anforderungen, die an die Energiewirtschaft in unserem Land gestellt werden, bewältigen können. Im Bereich der Energieversorgung mit Strom und Erdgas hat, wie wir alle wissen, weltweit ein Trend zur Liberalisierung des Marktes eingesetzt, und auch für die Steiermark werden dabei die Maßnahmen der Europäischen Union von besonderer Bedeutung sein. Die bisher weitgehend monopolistisch durchgeführte Stromwirtschaft wird ab 1999 schrittweise für den Wettbewerb liberalisiert, und vor allem die Erzeugung von Strom, aber auch von Erdgas, soll weitgehend für die Industrie liberalisiert werden. Für diese neue Situation ist, so glaube ich, rechtzeitig, und hier sind wir rechtzeitig dran, notwendige Maßnahmen zu setzen, um unsere

steirische regionale Energiewirtschaft für die Zukunft absichern zu können. Die steirische Stromwirtschaft wird angesichts der größer werdenden Zahl industrieller Kunden, welche eine freie Wahl ihres Stromlieferanten in Zukunft durchführen können, bei gleichzeitiger Verpflichtung der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Aufgaben folgende Anforderungen zu erfüllen haben: einerseits Bindung der industriellen Kunden an die regionale Versorgung durch geeignete Maßnahmen zum Ausbau der Kundenorientierung. Maßnahmen sind unter anderem die Beachtung der Wertschöpfungsketten, konkurrenzfähige Preise unter Berücksichtigung gemeinwirtschaftlicher Aspekte, kosteneffiziente Abstimmung der Stromlieferung auf die Bedarfsprofile der Kundenanlagen. Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist hiemit unserer Steiermärkischen Industrieholding die Möglichkeit gegeben, ein umfassendes Energiekonzept für die Zukunft auch zu erstellen. Grundlage unseres heutigen Beschlusses und des Grundkapitals, was wir hier der Energieholding zuführen, ist die Voraussetzung, daß sich die Energieholding neue Partner für diesen Aufgabenbereich suchen kann, die mit Finanzmitteln in der Lage sind, die Bedürfnisse abzudecken, die auf sie in der Zukunft zukommen und in weiterer Folge sie die Energieholding in die Lage versetzt, an die Börse zu gehen, was wiederum die Chance eröffnet, Kapital für die Energiewirtschaft in unser Land einfließen zu lassen. Und so glaube ich, daß diese Energieholding auf eine Schiene gestellt wird, die positiv laufen kann, wenn sie richtig genützt wird. Ich glaube, die Energieholding in der Zukunft die Aufgabe haben, die Strategie für unsere Energien in unserem Land zu entwerfen, und sie hat die verschiedensten Bereiche des operativen Bereiches abzudecken und dort neue Entwicklungen spielen zu lassen, die da sind Strom, Gas, Wasser, Energie aus Müllverbrennung, Bioenergie und Telekommunikation. Ich glaube, eine ganze Palette von verschiedenen Sparten der Energiewirtschaft ist hier angesprochen, um gemeinsam gelöst zu werden. Ich persönlich erwarte mir auch von dieser Energieholding für die Zukunft Konzepte für eine stärkere Einbindung von erneuerbaren Energieträgern, auch von biologischen Energieträgern, und zwar deswegen, weil ich mir durchaus bewußt bin, daß derzeit die Problematik der Bioenergie darin besteht, daß sie nicht konkurrenzfähig ist mit den Energieträgern der fossilen Brennstoffe und der Wasserkraft, vor allem des Gases. Aber wenn ich höre, daß in Europa, in Brüssel, an einem gemeinsamen Konzept gearbeitet wird, einer neuen Steuerreform, daß fossile Brennstoffe in Zukunft einer höheren Besteuerung zuzuführen sind, um unsere erneuerbaren Energieträger besser zum Tragen zu bringen, dann wird es auch eine Aufgabe dieser Energieholding sein, wenn sich die Investitionen in diesem Bereich rechnen, das für unser Land stärker auszubauen. Ich sage das vor allem auch deswegen im Bewußtsein, daß wir draußen in unserer Natur derzeit immer stärker mit dem Problem zu kämpfen haben, daß wir ein enormes Kapital an erneuerbarer Energie in unseren Wäldern stehen haben, die wir nicht vermarkten können. Wir haben zirka 30 bis 35 Prozent mehr Holzwachstumszuwachs, als wir jährlich in unseren Wäldern ernten, und das liegt vor allem daran, daß die Papierindustrie uns heute das Schwachholz in der Menge nicht mehr ab-

nehmen kann, was zur weiteren Folge hat, daß wir einer Negativentwicklung entgegengehen, die Wälder, die die Sägeindustrie und die Bauwirtschaft von der Forstwirtschaft benötigt, können nicht in der Form produziert werden, wie es vom Markt verlangt wird, wenn wir unsere Wälder nicht rechtzeitig durchforsten können. Und hier haben wir ein enormes Energiepotential liegen, das sich leider heute noch nicht rechnet. Aber im Bewußtsein, daß ein Land allein vor allem wegen den wirtschaftlichen Problemen, das das bringen würde, hier, wo nur sehr schwer mit steuerlichen Maßnahmen vorgegangen werden könnte, ist meine Hoffnung groß, daß in Brüssel ein Umdenken kommt, und auch hier, glaube ich, hat die Energieholding enorme Aufgaben. Ich sehe also diesen Beschlußantrag an sich für eine wirkliche Zukunft unserer heimischen Energie, die wir heute zu beschließen haben. Und lassen Sie mich zum Abschluß noch etwas sagen: Leid tut mir, daß sich die Stadtwerke Graz nicht entschließen konnten, in diese Energieholding mit einzutreten, und ich würde glauben, daß sicherlich nur dann diese neue Energieholding vom Erfolg gekrönt sein wird, wenn sich Parteipolitik aus dieser Energieholding möglichst verabschiedet und man ihnen die Vorgabe gibt, aus privatwirtschaftlichen Gründen Energiewirtschaft für unser Land in der Zukunft zu betreiben. Ich danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 17.21 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ing. Schreiner das Wort.

**Abg. Ing. Schreiner (17.21 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Kollege Kinsky, ich habe deinen Worten mit großer Aufmerksamkeit gelauscht. Ich konnte aber nicht feststellen, daß es unter diesen Worten in irgend einer Form eine Begründung gegeben hat, warum jetzt die ESTHAG, die Steiermärkische Energieholding, plötzlich Aufgaben lösen kann, die die STEWEAG nicht lösen konnte. Es ist nicht begründet. Ich habe auch in den Ausschüssen den Herrn Landesrat Ressel gefragt. Er konnte es auch nicht begründen, er war der Meinung, man tut sich mit der ESTHAG leicht, einen strategischen Partner zu finden. Der Herr Landesrat Paierl hat bei der Befragung zugegeben, daß man nach oben oder nach unten ausgliedern kann. Aber gehen wir vielleicht doch wieder zurück zu einem – würde ich sagen – am Wasser sehr gebräuchlichen Gegenstand, zum Boot. Herr Kollege Gennaro, es ist wirklich so, daß wir sehr oft eine Meinungsübereinstimmung finden. Das passiert dann, wenn ich vorher darüber nachdenke. Wir haben hier ein Boot. Das Boot sind nicht 499 Millionen Schilling in Form von Aktien. Das Boot heißt STEWEAG mit Tochterunternehmen und hat einen Wert von zirka 14 Milliarden Schilling. Und ich sage jetzt, dieses Boot hat zwei Eigenschaften. Es ist erstens noch gut ausgestattet, das Boot heißt das Vermögen des Landes Steiermark, und zweitens fährt es in die falsche Richtung. Ich habe auf Grund der Wortmeldung des Herrn Kollegen Kinsky erkannt, daß offensichtlich weder in den Reihen der SPÖ noch in den Reihen der ÖVP in Wirklichkeit erkannt wurde, was da vor sich geht. Es ist nicht erkannt worden, und ich werde nicht verstehen, wie Sie heute abstimmen

werden. Ich werde wahrscheinlich Ihr Stimmverhalten nicht verstehen können. Ich möchte versuchen zu erklären, was mit der Gründung der ESTHAG wirklich passiert ist. Die ESTHAG wurde gegründet, damit hat man nichts anderes gemacht, als die STEWEAG zu schwächen. Und zwar hat man ober einem Unternehmen, das eine Aktiengesellschaft ist, das einen Vorstand hat und einen funktionierenden Aufsichtsrat, noch einmal eine Aktiengesellschaft installiert mit einem Vorstand und einem Aufsichtsrat. Und das Peinliche an dieser Geschichte ist das, daß der Vorstand der ESTHAG noch dazu den klassischen Fall der Unvereinbarkeit in sich trägt. Man muß sich einmal folgendes vorstellen: Es kommt im Wirtschaftsleben immer öfter vor, daß sich auch gute Partner vor Gericht treffen, wenn im Falle des Verkaufes irgendetwas nicht ganz so geklappt hat oder die Willensäußerung nicht exakt rübergekommen ist. So einen Fall gibt es auch zwischen STEG und STEWEAG. Das ist nichts Ungewöhnliches, es ist nichts Anrüchiges. Stellen Sie sich folgendes vor: Es besteht die Möglichkeit, und es kommt wirklich soweit, und es kann die ESTHAG die Grazer Stadtwerke kaufen, und dann gibt es ein Rechtsproblem. Dann sitzt der Herr Mag. Heinzl auf der Bank rechts als Partei des Klägers und auf der Bank links als Partei des Beklagten. (Abg. Dr. Wabl: „Die Geschichte habe schon ich erzählt. Das ist eine Nacherzählung!“) Ich kann selbst soweit denken, und ich brauche mir nicht irgendwelche Geschichten nacherzählen lassen. Außerdem vermisste ich wirklich in der Fraktion der Grünen weitgehend jegliche Form von Wirtschaftskompetenz. Das hat man auch in den Ausschüssen schon gemerkt. (Beifall bei der FPÖ.)

Zurück zur STEWEAG. (Abg. Dr. Wabl: „Soviel wie du habe ich schon lange nicht mehr gehört!“) Dankel Ich komme zu einem Vortrag demnächst und höre mir das an, wenn es so etwas gibt. Zurück zur STEWEAG. Was war eigentlich wirklich das Ziel? Woher rührt die ganze Geschichte, daß wir jetzt die STEWEAG verkaufen? Natürlich jetzt vordergründig in ein Unternehmen, das ja auch wieder dem Land Steiermark gehört. Das ist eigentlich entstanden aus der Willensäußerung und aus den Debatten und aus der Vorgeschichte zum letzten Budget. Es war doch der Wille, daß wir auf Grund der Knappheit der Mittel für das Budget 1996 und 1997 Mittel schaffen müssen, um die Wirtschaft zu stützen. Und da stand für diese Mittelaufbringung folgendes auf der Tagesordnung: Verkauf von Landesbeteiligungen in einem größeren oder kleineren Ausmaß. Wir haben vor längerer Zeit schon darüber gesprochen, daß das im Bereich der Thermen – das war ja schließlich auch gedacht – nicht möglich war. Es wird sicher möglich sein im Bereich der STEWEAG. Aber was war wirklich der eigentliche Zweck? Der eigentliche Zweck war der, um Mittel zu beschaffen, Mittel, die dem Land Steiermark zur Verfügung stehen, Mittel, die wir in die Wirtschaft einbringen können. Bei dieser Aktientransaktion von einem Unternehmen in das andere Unternehmen fließen keine Mittel. Das Land Steiermark bekommt vordergründig noch kein Geld. Ich möchte noch gerne auf die Problematik eingehen, Stärkung des Unternehmens STEWEAG. Warum wollen wir Anteile an der STEWEAG verkaufen? Das haben wir gesagt, weil wir Geld brauchen. Warum haben wir aber noch

ein anderes und sehr eminentes Interesse an der STEWEAG? Wir haben eine Verpflichtung gegenüber den Landesbürgern und unseren Unternehmungen, die Versorgungssicherheit auf dem Energiesektor aufrechterhalten zu können, ob jetzt mit oder ohne Partner. Wer kann eine Versorgungssicherheit gut aufrechterhalten? Immer nur ein starker Partner, ein schwacher nicht. Was ist jetzt eigentlich wirklich das vordergründige Interesse, was ist das strategische Interesse, das wir haben sollten? Das strategische Interesse ist, die STEWEAG stark zu machen. Die STEWEAG wird nicht stark, indem ich obendrauf noch einmal eine Gesellschaft setze, und sie wird nicht stark, wenn dann die Gutachter erkennen, daß ich dann darunter die Fernwärme und die Ferngas ausgliedern muß, weil dreistufige Unternehmungen, noch dazu, wenn zwei AGs untereinander sind, im Falle Ferngas wären drei AGs untereinander nicht funktionieren, das ist nicht machbar, das ist nicht verkaufbar. Das heißt, es ist eine Schwächung, wir gehen hier den falschen Weg. Zu den Grazer Stadtwerken: Es ist uns vollkommen verständlich, daß der Bürgermeister Stingl eine Vorzugsdividende haben will in einer Größenordnung von 200 Millionen Schilling im Jahr. Er wird das auch momentan mit einem guten Recht haben wollen, weil die Grazer Stadtwerke eben ertragsstark sind. Aber sie sind noch ertragsstark. Zum Zeitpunkt der Liberalisierung oder nach dem Zeitpunkt der Liberalisierung des Strommarktes wird sich natürlich die Ertragsstärke der Stadtwerke Graz auch entscheidend gegen den negativen Bereich ändern. Und dann wird man natürlich über eine Vorzugsdividende, die sehr hinderlich ist im Falle des Verkaufes, sehr wohl auch mit der Stadt Graz verhandeln können. Und dann wird man verhandeln können, ob man strategisch nicht wirklich die Stadtwerke bekommen kann. Das braucht aber Zeit. Das nächste ist an sich die Problematik mit der STEG. Es wurde – aus welchen Gründen auch immer – verabsäumt, und es ist nicht zustande gekommen, um mich so auszudrücken, die STEWEAG zu 100 Prozent kaufen zu können. Das heißt, der Anteil der STEWEAG an der STEG ist knapp unter 30 Prozent. Jetzt muß man sich aber vorstellen, wie wird das Unternehmen STEWEAG, wenn man nur das Netz sieht, wirklich groß? Wenn ich vielen Versorgungsgebiete dazubekomme, dann wird das Unternehmen STEWEAG groß und mächtig. Über Fernwärme und Ferngas müssen wir jetzt gar nicht extra sprechen. Was wäre dann der nächste Schritt? Der nächste Schritt wäre der, daß die vielen Stadtwerke, die es gibt zwischen Mürzzuschlag und Murau, auch in die STEWEAG eingebunden werden können. Das ist eine Strategie, und das ist eine Philosophie, die ich einem zukünftigen Käufer bieten muß. Da muß ich noch lange nicht kaufen. Ich kann das alles regeln mit Optionsverträgen. Wenn ich heute zu einem potentiellen Käufer hingehe und sage, ich bin jetzt so, ich schaue so aus als Unternehmen, ich habe aber diese und jene Möglichkeit noch über Optionen, dann bekomme ich einen ganz anderen Kaufpreis, ziemlich egal, ob ich jetzt 25 oder 50 Prozent verkaufe. Ein Jahr lang wird über diese Thematik gesprochen und gehandelt. Es wurden 4,5 Millionen Schilling Beraterhonorare ausgegeben, aber wir sind diesen Lösungen, nämlich Geld für das Land Steiermark auf der einen Seite, Stärkung der STEWEAG meiner

Meinung nach, unserer Meinung nach, noch keinen wesentlichen Schritt nähergekommen. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir erlauben uns daher auf Grund der vorgeannten Problematik, einen Beschlusantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages einzubringen. Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die ESTHAG aufzulösen und die gesellschaftsrechtlichen Organe der STEWEAG mit der Partnersuche zu beauftragen.

Jetzt könnte ich normalerweise gehen und sagen, der Antrag wird sowieso niedergestimmt, und das war es dann. Aber es gibt vielleicht auch einen anderen Aspekt zu der Geschichte. Gehen wir einmal davon aus, daß die ESTHAG nicht aufgelöst wird. Was könnte dann passieren? Könnte das nicht auch einen Vorteil haben? Es könnte einen Vorteil haben. Es könnte nämlich folgendes vorgenommen werden: Es könnte die STEWEAG die Ferngas und die Fernwärme an die ESTHAG verkaufen. Wir wissen, daß die Ferngas einen Wert in einer Größenordnung von bis zu 3 Milliarden Schilling repräsentiert und die Fernwärme möglicherweise 700 bis 800 Millionen Schilling - das kann ich nicht sagen, denn dazu gibt es Gutachter, um diese Beträge festzustellen. Dann könnte aber in diesem Falle auf Grund des Kapitals, das vorderhand nicht einmal fließen muß, plötzlich ein Betrag für das Land Steiermark, das ja 100prozentiger Eigentümer der STEWEAG ist, zur Verfügung stehen. Wir hätten dadurch schon einmal etwas gewonnen. Der nächste Schritt wäre der, daß wir wirklich daran gehen, die STEWEAG meinen Ausführungen folgend stärken, gemeinsam. Das geht nur gemeinsam. Das alles kann aber nur vor sich gehen, wenn wir wirklich davon Abstand nehmen, die Aktien jetzt einzubringen. In dem Moment, wo die Aktien eingebracht werden, ist die Möglichkeit, diese beiden Tochterunternehmungen an die ESTHAG zu verkaufen, wo auch die Gutachter sagen, es ist notwendig, dann nicht mehr gegeben. Ich kann Anteile nicht verkaufen, die ich nicht mehr habe. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir möchten wirklich den Appell an Sie richten, überlegen Sie sich noch einmal, ob es richtig ist, zum jetzigen Zeitpunkt diese Aktienübertragung vorzunehmen. Wir haben keine Zeitprobleme. Ich kann jedes Unternehmen bis 30. September des Folgejahres rückwirkend fusionieren. Das ist kein Problem. Wir würden sehr viele Möglichkeiten offenhalten, wir würden Möglichkeiten haben, Geld für das Land Steiermark zu lukrieren, das wir so dringend brauchen für unsere Wirtschaft, wenn wir nicht jetzt handeln würden. Meine Damen und Herren! Ich könnte es nicht verstehen, wenn Sie es nicht verstehen. (Beifall bei der FPÖ. - 17.33 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Wabl (17.34 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vielleicht verstehen wir manches nicht, was der Herr Kollege Schreiner versteht, und nach diesem wirtschaftswissenschaftlichen Vortrag, wo er uns

Grüne so en passant vorgeworfen hat, wir haben keine wirtschaftspolitische Kompetenz. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Kannst beruhigt sein, wissenschaftlich war er nicht!“) Er hat zumindest sehr nachdenklich und wissenschaftlich gewirkt. Ob es wissenschaftlich war, das weiß ich nicht, denn dazu verstehe ich zuwenig von Wirtschaft. Ich nehme diese Kritik an den Grünen, daß wir von Wirtschaft nichts verstehen - so quasi - oder dort keine Kompetenz haben, völlig unaufgeregt zur Kenntnis. Ich bilde mir ein, wir haben ein sehr nachhaltiges Wirtschaftskonzept, ein viel durchdachteres als die Freiheitlichen, und vor allem haben wir eines, wir haben eine Linie in unserem Programm, eine Linie, die ich bei den Freiheitlichen in vielen Bereichen immer wieder vermisste. Das fängt an bei dem Weg nach Europa, da hat es Bocksprünge gegeben von links nach rechts, von vorne nach hinten, wo ich auch die Linie und die Kompetenz (Abg. Wiedner: „Wie war denn eure Linie bei Europa?“) vermisst habe. Ihr wart schon Europa, aber die anderen noch nicht. Wie die anderen hinwollen haben, wart ihr nicht dort. Bei der Nato ist das ungefähr ähnlich. Das stellen ja auch viele fest, die mit euch einen Weg gemeinsam gehen wollten, daß man zwar eine gewisse Zeit etwas ausmachen kann, aber wenn es dann opportunistisch günstig ist, dann springt ihr ab. Ich denke an Graz, wo es um die Verbrennungsanlage gegangen ist. Da werden jahrelang Positionen bezogen, daß man dafür ist, und im letzten Augenblick, wenn dann die Wahlen kommen, springt man wieder ab. Ich sage jetzt auch ganz polemisch eines, Kollege Schreiner, nachdem du gesagt hast, daß ich von Wirtschaft nichts verstehe, ihr seid auch noch sehr eindeutig, was das Aufrufen oder was das Schüren von Fremdenfeindlichkeit betrifft, was das Auftreten gegen Sozialschmarotzer betrifft und was das Wiederbeleben von manchem faschistischen Gedankengut betrifft. Da seid ihr sehr konsequent. Ich sage es nur. (Abg. Mag. Bleckmann: „Was war das jetzt? Du wirfst uns vor, daß wir zum Wiederbeleben des faschistischen Gedankengutes beitragen?“) Richtig. (Abg. Mag. Bleckmann: „Ist das dein Ernst?“) Ja, das ist mein Ernst. (Abg. Mag. Bleckmann: „Das kannst du nur im Schutz der Immunität sagen!“) Du kannst mich ja klagen nach dem ABGB. (Abg. Mag. Bleckmann: „Da schützt dich nur die Immunität, sonst gar nichts, wenn du uns das vorwerfen willst. Das ist doch eine wahre Unterstellung!“) Ich werfe es euch vor. Das ist ja in vielen Aussagen belegbar. Nicht auf deiner Seite, sondern euer Parteiführer Haider hat in vielen Äußerungen bewiesen. Das hat angefangen mit der Beschäftigungspolitik, mit dem Ulrichsberg, mit vielen anderen Möglichkeiten, wo er das bewiesen hat. (Abg. Mag. Bleckmann: „Wir sind demokratisch gewählt, das wären wir nicht, wenn das so wäre!“) Ich bleibe dabei. Ja, ihr seid demokratisch gewählt. Daher werde ich euch auch nicht ausgrenzen. Ich stelle nur fest, daß manche Mandatare von euch immer wieder neofaschistisches Gedankengut aufs Tapet bringen. (Abg. List: „Das ist Wirtschaftskompetenz, darüber zu sprechen!“) Ich sage es nur. Nein, das ist keine Wirtschaftskompetenz, das ist eine Tatsache. Euer Landesführer Schmid hat auch bewiesen, daß er sehr stark im Austeilen ist, was er alles dem Landesrat Paierl, den ich jetzt nicht verteidigen will, immer wieder vorwirft, auch massive Attacken. Wenn man dann auch selber sagt, daß er im Bereich der Raumplanung und im

Bereich der IV a sich nicht unbedingt an das hält, was ihm aufgetragen ist, dann ist er auch sehr empfindlich. Aber er ist ohnedies heute nicht da. Offensichtlich ist er Tennisspieler oder macht sonst irgendwas. Ich weiß es nicht. (Abg. Mag. Hartinger: „Reden Sie jetzt endlich über Wirtschaft!“) Ich verstehe von Wirtschaft sehr wenig, wie der Kollege Schreiner gesagt hat. (Abg. Mag. Hartinger: „Dann gehen Sie!“) Ich werde nicht gehen, Kollegin Hartinger, weil ich bin frei gewählter Mandatar. Und auf deine Aufforderung zu gehen werde ich sicherlich nicht reagieren. Aber ich kenne dein Temperament, und ich freue mich darüber, daß du so engagiert bist. (Abg. Schinnerl: „Zur Sache!“) Bist du hier der Präsident? (Abg. Schinnerl: „Zur Sache, bitte!“) Das wird schon der Präsident machen. Er ist momentan gerade davon abgelenkt, mich zur Sache zu rufen.

Nun zur Sache, meine Damen und Herren von der FPÖ: Ich hoffe, daß Sie sich in der Zwischenzeit beruhigen werden. Die Kollegin Bleckmann ist noch immer sehr aufgeregt, aber der Herr Präsident mit seiner staatsmännischen Art wird es schon fertigbringen, Sie etwas zur Ruhe zu mahnen. Ich möchte nur ein paar Gedanken hier anbringen. Ich bin auch gar nicht neidig, daß der Herr Wirtschaftsfachmann Schreiner – er ist inzwischen fortgegangen oder kommt er schon wieder? – hier vor der Öffentlichkeit meine Überlegungen aufgegriffen hat im Hinblick auf Doppelfunktion, Energieholding und Grazer Stadtwerke des Herrn Direktor Heinzl, eine Doppelfunktion, und das werden mir sicherlich auch manche von der ÖVP hier bestätigen, die mehr als problematisch ist. Es kann meiner Meinung nach nicht sein, daß bei zwei derzeit noch konkurrierenden Betrieben ein Vorstandsdirektor auf zwei Sesseln sitzt, wo die Gefahr und die Möglichkeit besteht, erstens einmal daß es zu Vertragsverhandlungen zwischen der Holding und den Stadtwerken kommt. Da frage ich mich, auf welcher Seite sitzt dann der Herr Dr. Heinzl? Es kann ja sein, daß er während des Gesprächs dauernd den Sitz wechselt. Also daß er immer von rechts nach links oder von vorne nach hinten geht und dann mit sich selbst verhandelt. Ich habe das noch nicht erlebt, wie das funktioniert. Der Herr Landesrat Ressel wird uns das vielleicht erklären. Ich glaube nicht, daß das über die Bühne gehen wird. Und ein Zweites, aber jetzt allen Ernstes, ein Problem, das für mich noch viel eklatanter ist, wobei ich auch ursprünglich der Meinung war, daß die Stadtwerke sich dort einbringen, um eine gesamtsteirische Lösung anzubieten. Was ist jetzt, wenn sich ein potenter Partner in Europa findet? Und dieser potente Partner, von dem ja die Rede ist, um die Liberalisierung aufzufangen und der Liberalisierung entgegenzutreten, der verhandelt jetzt mit der Energieholding. Und am Vormittag findet eine Verhandlung mit dem Vorstand der Energieholding statt, das sind der Herr Ertler und der Herr Heinzl, und die verhandeln über ein Angebot, über verschiedenste Details, wie dieser Deal über die Bühne gehen soll. Und möglicherweise, es könnte auch sein, daß die Stadtwerke Graz auf die Idee kommen, sich auch einen potenten Partner im Zuge der Liberalisierung anzulachen, damit sie dem gewachsen sind, damit sie dem Wettbewerb gewachsen sind und die Konkurrenz aushalten. Und am Nachmittag, ich weiß nicht, ob es zeitlich geht, zu Mittag wechselt dann der Herr Kollege, nicht Kollege,

entschuldige vielmals, ich bin kein Energiefachmann und kein Wirtschaftsfachmann, wechselt der Herr Vorstandsdirektor Heinzl von der Energieholding in die Stadtwerke. Und das Wissen, das er Vormittag bei den Verhandlungen mit dem Konzern, möglicherweise von der französischen erfahren oder erhalten hat, verwendet er nachher bei den Stadtwerken, weil er sich denkt, das wäre auch nicht schlecht, wenn er das dort anwenden könnte. Und wir wissen, daß schon einmal die STEWEAG ein Problem bekommen hat, und da sind viele Gerüchte immer im Raum gestanden, wie es damals um die STEG gegangen ist, wo man von vertanen Chancen gesprochen hat, wo man davon gesprochen hat, daß durch mangelndes schlechtes Management hier der Verbund die Aktien der STEG bekommen hat. Also bitte, ich finde, hier ist dringender Handlungsbedarf geboten, daß die Vorstandsverträge mit dem Herrn Heinzl überdacht werden. Weil ich kann mir nicht vorstellen, daß in der heutigen Zeit in der Wirtschaft es möglich ist, daß ein Mann – ich weiß nicht, Kollege Kinsky, du verstehst von Wirtschaft mehr wie ich, weil ich verstehe ja nichts, wie der Herr Schreiner gesagt hat, aber ich möchte gerne mit ihm an einer Diskussion teilnehmen, es gibt einige Wirtschaftsfachmänner, der Kollege Gennaro versteht auch einiges als Gewerkschafter, weil die verstehen am meisten von der Wirtschaft, ob du der Meinung bist, Kollege Gennaro, daß ein Vorstandsdirektor bei zwei konkurrenzierenden Betrieben gleichzeitig Direktor sein kann. Bist du dieser Meinung, Kollege Gennaro? Du bist jetzt beschäftigt, entschuldige. (Abg. Gennaro: „Ich werde dir dann schon eine Antwort geben!“) Du wirst mir dann eine Antwort geben. Bitte, ich habe bei meinem Jusstudium nur ein Teilfach gehabt, Wirtschaftswissenschaften und Betriebswirtschaftslehre. Ich war dort kein Weltmeister, wie der Kollege Schreiner mir natürlich bestätigen wird, selbstverständlich. Aber immerhin habe ich soviel gelernt, daß das denkunmöglich und auch juristisch unmöglich ist, weil man kann nicht zwei Herren gleichzeitig dienen in einem Feld des Wettbewerbes, und das ist unbestritten. Deshalb findet diese Gründung auch statt, damit die Energiewirtschaft des Landes Steiermark diesen Herausforderungen gerecht werden kann. Und hier stelle ich fest, daß schwere Versäumnisse vorliegen.

Zwei Gedanken noch: Der eine Gedanke ist der, daß ich, obwohl wir heute jetzt erstmals dieses Thema diskutieren anlässlich der Übertragung der Aktien, ich es für mehr als befremdlich halte, daß der steirische Landtag über ein Jahr lang diese wichtigen Entwicklungen im Energiebereich nur aus den Zeitungen erfahren hat. Wir beschließen den Verkauf von Grundstücken, von Wohnungen, aber wir haben erst jetzt die Gelegenheit gehabt, das zu diskutieren. Der Kollege Flecker hat einmal gesagt, es geht um strategische Partner, die wir bis heute nicht haben, und Verhandlungen, daher darf der Landtag nichts wissen. Wir sind zwar das Hohe Haus, wir haben zwar die Budgethoheit, aber wenn eine Milliardentransaktion stattfindet in dem Land, dann dürfen wir nichts wissen, weil wir könnten ja vielleicht zuviel wissen, und angeblich macht zuviel Wissen Kopfweh. Ich möchte das zusammenfassen, daß ich der Meinung bin, Kollege Jeglitsch, vielleicht wirst du mir hier auch recht geben, daß das eigentlich eine Mißachtung des Landtages ist,

eine so weitreichende Entscheidung vorenthalten zu bekommen. Ihr erfahrt ja noch ein bißchen von der Regierung. Dort sind die ganzen Geheimhaltungsbeschlüsse. Aber wir Grünen, wir dürfen überhaupt nichts erfahren. Wir sind auf die „Kleine Zeitung“, auf die „Neue Zeit“, auf den „Standard“ und den Rundfunk angewiesen, daß wir als jene, die die Budgethoheit haben, jene, wo die Regierungsmitglieder hergehen und sagen, Hoher Landtag, Sie beschließen das Budget, und wir erfahren nicht einmal, daß ein Milliardenunternehmen neu gegründet worden ist. Ich muß sagen, daß ist Zynismus in Reinkultur, aber wir haben uns inzwischen auch daran gewöhnt. Es werden laufend Ges. m. b. H.s gegründet, der Kollege Brünner hat es heute schon erwähnt, von denen wir erst im nachhinein erfahren. Manchmal habe ich den Eindruck, daß wir hier von manchen Regierenden nur als Quatschbude betrachtet werden, denen man relativ spät erst die Meldungen und die Entscheidungen auf den Tisch stellt.

Ein Drittes: Ich würde mir auch wünschen in der Energiepolitik, daß die ökologischen Aspekte und die alternativen Aspekte verstärkt in den Vordergrund treten. Wir haben in der Steiermark so viele positive Entwicklungen im alternativen Energiebereich, Biomasse, Sonnenenergie, Geothermie, also wir sind hier Gott sei Dank weiter als die EU. Und eines hat man festgestellt, daß jene Länder, die eine autonome Energiepolitik betrieben haben, daß die eher bereit waren, lokale, dezentrale Lösungen zu forcieren und Großlösungen nicht unbedingt in den Vordergrund zu stellen. Und das Verhältnis, bei uns gibt es ungefähr über 20 Prozent alternative Energiegewinnungsmöglichkeiten oder von Betrieben, während in den anderen Ländern der EU außer Dänemark, das auch noch sehr progressiv ist, ist der Prozentsatz nur bei 5 Prozent in Richtung alternative Energieformen. Ich würde mir wünschen, daß diese Energieholding gerade den alternativen Energieformen besonderes Augenmerk zuwendet. Wir haben auch hier schon diskutiert die Einspeistarife, wo es darum geht, die lokalen Energiegewinnungsmöglichkeiten zu forcieren, weil natürlich diese Einspeistarife eine wesentliche Rolle darstellen. Das wäre mein weiterer Ansatzpunkt, insgesamt glaube ich, und da kann ich dem Kollegen Steiner zum Teil folgen, daß ich derzeit keinen offenkundigen Vorteil für diese Energieholding erkenne. Es gibt auch noch keinen strategischen Partner, und ich frage mich, warum dies in einer solchen Geheimhaltung passiert ist. Eines hat geklappt, daß die Vorstandsführung in holder und einmütiger koalitionsärer Eintracht wieder passiert ist, also ein Roter, ein Schwarzer, wobei der rote Vorstandsvorsitzende für mich mehr als umstritten ist.

Ich bringe auch einen Beschlußantrag ein, betreffend Vorstand der Energie Steiermark Holding AG., wo wir darauf hinweisen, daß eine Person – Heinzl – leitend in zwei konkurrierenden Unternehmen tätig ist, und ich stelle den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß der Vorstandsdirektor der Energie Steiermark Holding AG. nicht zugleich Vorstandsdirektor eines mit der Energie Steier-

mark Holding AG. konkurrierenden Unternehmens ist, und dem Landtag über diesbezügliche Schritte unverzüglich zu berichten.

Ich bitte um Annahme dieses Beschlußantrages, weil ich einfach glaube, daß diese Situation unhaltbar ist, sie ist möglicherweise wettbewerbsverzerrend, und sie ist eines – das möchte ich wirklich hier nachhaltig und nachdrücklich sagen –, sie könnte dem Land Steiermark unter Umständen einen Schaden zufügen, wie das schon einmal passiert ist und wie es nicht noch einmal passieren sollte. Danke schön. (Beifall bei den Grünen. – 17.49 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

**Abg. Gennaro (17.49 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn der Kollege Schreiner gemeint hat, wir haben ein Boot, das nicht ausgestattet ist oder das in die falsche Richtung fährt, dann bekomme ich den Eindruck, seine Variante ist, gar nicht einzusteigen in das Boot. Wir haben eine Auslegung, daß wir sagen, wir haben ein Boot, der Motor ist zu klein, daher brauchen wir einen starken Motor. Dann ist das Boot ausgestattet, und wir können einsteigen und können die Richtung bestimmen. Kollege Kinsky, es wäre sicherlich wünschenswert, das ist keine Frage, daß Stadtwerke und STEWEAG einsteigen in diese Situation. Nur haben wir in der Konstruktion eine andere Vorstellung, daß wir die Energieholding, die STEWEAG, Ferngas und Fernwärme haben und daß wir die Beteiligung nicht in die unteren Gesellschaften vornehmen, sondern die unteren die Möglichkeit haben der Beteiligung in die obere Gesellschaft. Das heißt im Klartext, daß eine Trennung zwischen dem strategischen und operativen Geschäft erwirkt wird und daß die Strategen sicherlich in dieser Energieholding dann die Möglichkeit haben, sich einzubringen nur im operativen Bereich. Wenn der Kollege Wabl, lieber Freund, und ich weiß nicht, ob er noch da ist, vielleicht ist er auch hinausgegangen, eines möchte ich dir sagen: Ich weiß nicht, was du für ein Gewerkschaftssyndrom hast oder sonst irgendwo eine schlechte Erfahrung gemacht hast. Ich kann mich nur erinnern, als du noch Fürstenfelder Parteiobmann warst, warst du sehr froh, wenn du dich an die Gewerkschaft anlehnen konntest. Wir haben dir nichts getan, aber umgekehrt hast du irgendwelche schlechten Vorstellungen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube aber auch unbestritten, daß du in deiner Intelligenz, die ich dir sicherlich zumute, weißt, daß Heinzl zum Beispiel ein sehr anerkannter Experte am Energiesektor ist und daß das, was du hier jetzt eine Viertelstunde versucht hast zu erklären, daß der von einer Seite zur anderen hüpfst, du wissen müßtest, wie die Situation tatsächlich ist. Wenn du dich hier beschwerst, daß du nur über die Medien, über die Zeitungen die Informationen hast, dann muß ich sagen, sSkM – selber Schuld, kein Mitleid. Du hättest nur die 24seitige Vorlage lesen brauchen, denn dann hättest du mehr gewußt als was in der Zeitung gestanden ist. (Abg. Dr. Wabl: „Ist schon ein Jahr vergangen inzwischen!“) Du weißt genau, Kollege Wabl, daß der Vertrag des Herrn Heinzl bei den Stadtwerken bis zum

Sommer 1998 befristet ist und daß er sich dann entscheiden wird müssen, was er macht, ob er dort oder da sein will. (Abg. Dr. Wabl: „Wer sagt das?“) Warte ein bißchen. Jetzt braucht er es nicht dienen. Der erste Schritt für die STEWEAG ist, einen strategischen Partner zu suchen. Da werden sich die Stadtwerke nicht einmischen und das beeinflussen können. Ein zweiter Punkt: Die ganze Situation Stadtwerke ist nicht ein Problem des Heinzl oder der Stadtwerke, sondern des Eigentümers, nämlich der Stadt Graz und somit des Gemeinderates, und diese haben dann die Entscheidungen zu treffen. Ich wollte das nur klarstellen, daß das für uns klar ist, daß der nicht in zwei Positionen stehen kann und einmal so und einmal so agieren kann (Abg. Dr. Wabl: „Es ist ja so!“) – zur Zeit ist das diese Situation. Die Entscheidung, wenn das dann greift, wenn man in das Boot einsteigt, wenn man die Partner sucht, wird sich Heinzl entscheiden müssen, auf welchem Schiff oder auf welchem Boot er mitarbeiten oder mitfahren möchte. Es geht, meine Damen und Herren, auch um die Energieversorgung außerhalb der Städte, und daß die STEWEAG bereits 85 Prozent, und das ist ja das Problem, daß sie nur 15 Prozent Eigenverbrauch hat, an die Wiederverkäufer weitergegeben werden. Es geht jetzt darum, gesellschaftsrechtlich etwas festzulegen, damit man auch in Zukunft bestehen kann und daß wir die STEWEAG oder in der Steiermark die Konzernzentralen erhalten haben und daß im steirischen Verbund die kleineren und die kommunalen EVUs besser aufgehoben sind in der weiteren Folge, als käme es zu keiner Lösung. Gerade weil die Liberalisierung angeschnitten wurde, glauben wir, daß die Oberösterreicher oder die Burgenländer alle dümmer als die Steirer sind, daß die nicht von sich aus sofort reagiert haben und gesagt haben, wir brauchen eine innere Verflechtung innerhalb des Landes, damit wir bei dieser Liberalisierung nach außen besser bestehen können. Es geht meiner Meinung nach darum, daß man einen Mindesteinfluß auch in der Steiermark in die Energiepolitik hat und auch in der Strompreispolitik. Wenn man diese Vorlage genau studiert hat, kann man sehr wohl die Zielsetzungen dieser Energieholding herauskristallisieren. Ich habe schon angesprochen die Suche nach einem strategischen Partner, das eben durch die Marktposition oder durch das Know-how in der Lage ist, die steirischen Landesenergieversorger zu unterstützen, daß wir eine Umsetzung der für die Aufnahme eines Partners notwendigen Konzernstruktur brauchen. Das Ziel ist ja nicht der Landesregierung, daß nicht ein Verkauf von Einzelteilen des Unternehmens, sondern eben das Finden eines Partners, der diesen sogenannten Motor und das Kapital in das Unternehmen einbringt und so eine Internationalisierung ermöglicht. Was die Finanzierung der Beteiligungsgesellschaft mit strategischer Führungskompetenz betrifft, so möchte ich sagen, das ist im ersten Schritt einmal die Kapitalerhöhung, die im Unternehmen angestrebt wird, und erst im zweiten Schritt der Börsengang. Damit dieser aber erfolgreich ist, bedarf es einer entsprechenden Vorbereitung, und das Ziel sollte jedenfalls sein, und das soll man im Auge behalten, daß die Mehrheit der Aktien bei der öffentlichen Hand verbleibt, auch im Interesse der Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer. Zusammenfassung der steirischen Energieversorger: Mittelfristig soll es das Ziel sein, möglichst viele steirische Energie-

versorger unter einem Dach zusammenzufassen. Da gibt es auch Gerüchte und Ängste, die man eigentlich zerstreuen muß, denn wenn jemand etwas verkaufen will oder ich etwas kaufen möchte, brauche ich einen Partner, der auf der einen Seite bereit ist, etwas zu verkaufen, und auf der anderen, daß er den Erlös, den er verlangt, überhaupt aufbringen kann. Die Erhaltung der Energieholding als eigenständiges steirisches Unternehmen ist auch eine Zielsetzung. Die internationalen Beispiele zeigen, daß es von besonderer Bedeutung ist, daß die Konzernzentralen im Land zu behalten sind. Das Ziel ist für uns und muß für uns von besonderer Bedeutung sein. Daß wir eine bestmögliche Vorbereitung brauchen, eben auf diese Liberalisierung des europäischen Energiemarktes mit der schrittweisen Einführung von Marktmechanismen auf dem Energiemarkt, steht auch fest, und für die Energieholding ist es notwendig, Kosten zu senken und entsprechend niedrige Strompreise anbieten zu können. Da, meine Damen und Herren, möchte ich darauf verweisen, daß gerade die Belegschaft der STEWEAG einen erheblichen Beitrag dazu geleistet hat. 400 Beschäftigte sind seit dem Jahr 1993 weniger geworden – zum Bedauern. Die Kürzung von Sachaufwendungen, Investitionen, die Beschlüsse über Investitionsreform mit Pensionskassensystem im März dieses Jahres sind über die Bühne gegangen, ein Einsparungseffekt von 250 Millionen Schilling in den nächsten zehn Jahren und der Verzicht der Arbeitnehmer auf die Stromkostenbezugsvergütung – ein erheblicher Beitrag zum Unternehmen, und die Unterstützung in den letzten zwei Punkten durch den strategischen Partner bei der Ausweitung der Unternehmertätigkeit im In- und Ausland. Ich glaube, hier befindet sich das Unternehmen auf einem guten Weg. Es wurde die STEWEAG eingeladen, sich in Marburg an der Errichtung der Großkläranlage zu beteiligen, und in der Slowakei wird von der Fernwärme Ges. m. b. H. eine Modernisierung veralteter Fernwärmeanlagen durchgeführt. Die Beibehaltung der hohen Umweltstandards – auch hier wurden bereits beachtliche Vorarbeiten geleistet. Die STEWEAG ist derzeit dabei, für ihre vier kalorischen Kraftwerke die Ökoaudit-zertifikate zu erhalten. Ich glaube, aus diesem Grund sollten wir daher das unterstützen und begrüßen. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 17.58 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Brügger das Wort.

**Abg. Dr. Brügger (17.58 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Kinsky, dein Wort, daß sich die Energie- und Wirtschaftspolitik in der Steiermark von der parteipolitischen Einflußnahme enthalten soll, in Gottes Ohr. Ich stimme dir voll zu. Wenn ich mir aber die Vergangenheit der steirischen Energiepolitik anschau, dann brauche ich viel Optimismus, um für die Zukunft die parteipolitische Einflußnahme nicht anzunehmen. Ich erinnere nur an ein paar Wegkreuze der letzten 30, 40 Jahre der steirischen Energiepolitik, zum Beispiel an den Sachverhalt, daß Herr Landeshauptmann Krainer senior das zweite Verstaatlichungsgesetz in der Steiermark nicht umgesetzt hat. Jetzt kann man darüber diskutieren, ob Verstaatlichung

oder nicht Verstaatlichung sinnvoll war. Gescheit war es jedenfalls nicht, daß die steirischen privaten Energieversorgungsunternehmen gleichzeitig im Aufsichtsrat der STEWEAG gesessen sind und damit die Geschäftspolitik der STEWEAG entscheidend beeinflusst haben, weil diese Einflußnahme über den Aufsichtsrat auf die STEWEAG war mit eine Ursache dafür, daß die STEWEAG so bis zum Ende der achtziger Jahre, Anfang der neunziger Jahre in große Probleme gekommen ist. Und ich habe nicht historische Dokumentenanalyse betrieben, warum Herr Landeshauptmann Krainer senior zum Beispiel das zweite Verstaatlichungsgesetz nicht umgesetzt hat, aber ich nehme an, daß es sehr wohl auch parteipolitische Überlegungen gewesen sind, weil diese kleinen und mittleren privaten Energieversorgungsunternehmen der Klientel der ÖVP zugerechnet werden konnten.

Ich darf noch an einen zweiten historischen Zeitpunkt erinnern, nämlich die Frage des Kaufes der STEG aus Schweizer Hand im Zuge der oder um die Landtagswahl 1991. Ich weiß nicht, was Herr Landeshauptmann Krainer junior bewogen hat, die Informationen des Vorstandes der STEWEAG vor der Landtagswahl so quasi nicht ernst zu nehmen, die gelautet haben, daß der Schweizer Bankverein herangetreten ist an die STEWEAG dahin gehend, die STEG-Anteile oder die STEG an die STEWEAG zu verkaufen. Herr Landeshauptmann Krainer hat bis nach der Wahl zugewartet, warum weiß ich nicht. Wieder habe ich keine historische Dokumentenanalyse gemacht. Sachverhalt war, daß die ÖVP nach der Wahl geschwächt gewesen ist und daß letztendlich die STEG nicht von der STEWEAG gekauft wurde, sondern vom Verbund. Und, Herr Kollege Gennaro, ich weiß nicht, ob er da ist, da möchte ich ein Wort zu den Grazer Stadtwerken sagen, weil Sie, Herr Kollege, sagen, gut, der formale Eigentümer ist die Stadt, und wenn die Stadt nicht will, dann geht halt nichts. Ich darf Sie erinnern, daß nach der Wahl 1991 Herr Dr. Schachner-Blazizek – damals nicht mehr Vorstandsdirektor der Grazer Stadtwerke, sondern Landeshauptmannstellvertreter – durchgesetzt hat, daß in dem Käuferkonsortium, das eben die STEG hätte kaufen sollen, zu 60 Prozent die STEWEAG drinnen war, zu 20 Prozent die Grazer Stadtwerke und zu 20 Prozent die kleinen und mittleren EVUs als Wiederverkäufer. Ich weiß nicht, ob da wirklich auch die Grazer Stadtwerke so ganz frei gewesen sind von dieser Geschichte, daß sie zu 20 Prozent an diesem Käuferkonsortium hätten beteiligt sein sollen. Was ich damit sagen möchte, Herr Kollege Kinsky: Ich stimme dir voll zu, es soll sich die Parteipolitik heraushalten, insbesondere aus dem operativen Geschäft. Ich hoffe, daß auch die Personalpolitik bei all diesen Unternehmen, nämlich dauernd in einer Tandembesetzung Geschäftsführer und Vorstandsposten zu vergeben, nämlich aus dem ÖVP-Dunstkreis und aus dem SPÖ-Dunstkreis, daß diese Besetzungspolitik nicht auch ein Schäferl dazulegt, daß parteipolitische Einflußnahme möglich ist. Wenn ich das sage, möchte ich ausdrücklich festhalten, so wie ich das heute Vormittag schon getan habe, daß nach meiner persönlichen Einschätzung, ohne daß mir hier ein Urteil zusteht, die fachlichen Qualifikationen sowohl von Herrn Ertler als auch von Herrn Heinzl außer Diskussion stehen. Herr Kollege Gennaro, ich möchte nur schon etwas festhalten im Zusammenhang mit der

Sorge des Herrn Kollegen Wabl. Ich kann die Sorge des Herrn Kollegen Wabl schon verstehen, weil das auch meinem Verständnis von Gewaltenteilung, meinem Verständnis von Trennung der strategischen und operativen Ebene entspricht, wenn man hier nicht ein und dieselbe Person so quasi auf der operativen Ebene der Stadtwerke angesiedelt hat und gleichzeitig auf der strategischen Ebene der Energieholding. Ich gehe davon aus, daß das jetzt eine sozusagen Übergangssituation ist, die auch mit der Befristung der Vorstandsverträge der Energieholding zum Ausdruck gebracht wird. Und ich hoffe, daß dann eine Lösung getroffen wird, daß nicht wieder die operative Ebene auf die strategische Ebene Einfluß nimmt, wie das seinerzeit in der Ära von Herrn Landeshauptmann Krainer senior schon einmal der Fall gewesen ist.

Zur Energieholding an sich: Die Position des Liberalen Forums ist ein Ja zur Gründung dieser Holding und damit auch ein Ja zur Einbringung der STEWEAG-Aktien in die Holding, wobei wir uns alle bewußt sind, daß die Schaffung dieser Holding und die Einbringung der STEWEAG-Aktien nur ein formeller Akt ist. Die eigentliche Politik „Energiepolitik“, die eigentliche Geschäftspolitik sowohl der Holding als auch dann auf der operativen Ebene, was die Geschäftszweige Gas und Fernwärme anbelangt, das ist erst zu erbringen. Fragen in dem Zusammenhang müssen auf jeden Fall gestellt werden, und da stelle auch ich die Frage der Grazer Stadtwerke. Wenn die immer wieder gepriesenen Synergieeffekte tatsächlich lukriert werden sollen, dann ist es unabdingbar, daß auch die Grazer Stadtwerke in die Energieholding eingebracht werden, und zwar mit ihrem Energieteil, wobei ich hier schon auch die Schwierigkeiten verstehe und nicht über die Schwierigkeiten hinwegwischen möchte, daß die Grazer Stadtwerke AG. eben noch andere Dienstleistungen erbringen als Energieversorgungsleistungen, und daß eine Lösung gefunden werden muß, weil Quersubventionierung in einer Energieholding so quasi von der Energie zum Verkehrssektor, der defizitär ist, dieses Unternehmen Energieholding bereits mit einem starken Minus versehen würde. Ich gebe zu, daß das kein leichtes Problem ist, aber das Problem muß jedenfalls angegangen werden, und meines Erachtens kann man es dann nicht so angehen, daß dann, wenn es einem paßt, man die formellen Geschichten spielt und bei der Grazer Stadtwerke AG. sagt, formell gehört die Geschichte der Stadt Graz, wenn es einem aber paßt, dann sehr wohl inhaltliche Aspekte ins Spiel bringt. Ich erinnere noch einmal an dieses Käuferkonsortium aus dem Jahre 1991/92.

Eine Frage, die meines Erachtens auch auf dem Tisch liegt, ist die, wie man den Verbund dazubekommt, daß er irgendwie in die Holding hinüberzuwechseln bereit ist, weil ich mir wieder nicht vorstellen kann, daß es Sinn macht, daß der Verbund, daß die STEG so quasi zu einem Drittel über die STEWEAG in der Energieholding drinnen ist, aber zu zwei Dritteln dem Verbund zugehört. Wie bringe ich also den Verbund dazu, zu vernünftigen Bedingungen in die Holding hinüberzuwechseln?

Ich frage mich auch, und habe diese Frage auch im Ausschuß gestellt, wie kann man den Dienstleistungsbereich sinnvoll entflechten? Meines Erachtens sollte man auch hier – ich verwende da als Staatsrechtler

die staatsrechtliche Terminologie – Gewaltenteilung sicherstellen zwischen den Dienstleistungsbereichen der Erzeugung von Strom, den Netzbetreibern und den Versorgern, die also Endverbraucher mit Strom versorgen? Meine Auffassung ist die, daß diese drei Bereiche getrennt gehören und jeweils als operative Bereiche geführt werden müssen, weil nur so über Wettbewerb Kostenwahrheit sowohl bei der Erzeugung als auch bei der Netzbetriebung als auch bei der Versorgung entsteht und das nicht so leicht zumindest gemacht werden kann, was derzeit auch praktiziert wird, nämlich eine Art Querfinanzierung zwischen diesen drei Bereichen.

Schließlich geht es meines Erachtens auch darum, wie man die kleinen und mittleren Energieversorgungsunternehmen, die privaten, in der Steiermark dazu bringen kann, zu vernünftigen Bedingungen an dieser Energieholding teilzunehmen. Ich halte die Aufrechterhaltung dieser privaten EVUs für politisch sehr zweckmäßig, aber freilich nicht mehr – und ich gehe davon aus, daß das Geschichte von gestern ist – in der Form, daß diese kleinen und mittleren Energieversorgungsunternehmen eine strategische Rolle spielen, auf der strategischen Ebene entscheidend mitmischen können, so wie sie das seinerzeit getan haben.

Der langen Rede kurzer Sinn, das Liberale Forum wird für diese Regierungsvorlage stimmen, weil wir glauben, daß mit der Gründung dieser Energieholding und damit zwangsläufig mit dem ersten Schritt, dem ersten formalen Schritt der Einbringung der STEWEAG-Aktien eine richtige strukturelle Entscheidung auf dem Gebiet der Energieversorgung in der Steiermark getan worden ist, ein Schritt, dem weitere Schritte folgen müssen. Wenn auf der Seite 19 der Regierungsvorlage die Zielsetzungen des Landes Steiermark angeführt sind im Zusammenhang mit der Energieholding und der Unternehmen, die diese Energieholding ausmachen werden, dann wünsche ich mir, Herr Landesrat Ressel, daß in bestimmten Zeitabständen die Landesregierung dem Landtag Bericht darüber gibt, in welcher Weise diese Ziele umgesetzt werden, in welchen Schritten diese Ziele umgesetzt werden und damit, in welcher Weise auch diese Ziele tatsächlich erreicht werden können. Ich wünsche mir, daß das in einer größeren Intensität – diese Berichterstattung gegenüber dem Landtag – erfolgt, als das seit den ersten Zeitungsmeldungen der Gründung der Energieholding Steiermark der Fall gewesen ist. Wie gesagt, das Liberale Forum stimmt der Regierungsvorlage zu. (Beifall beim LIF. – 18.09 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Peinhaupt. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Peinhaupt (18.09 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich nehme mir jetzt das Recht heraus, auf die unseriösen Bemerkungen des Martin Wabl zu diesem Tagesordnungspunkt schon auch Position zu ergreifen. Ich darf aber vorweg sagen, daß es wohl dasjenige ist, das dich von deinem Vorgänger hier in diesem Haus unterscheidet, daß sich dieser wenigstens noch in einem Themenbereich ausgekannt hat. Wir haben heute schon die sensible Problematik des Rassismus

sehr seriös und dem Niveau dieses Hauses entsprechend und auch Rechnung tragend diskutiert (Abg. Dr. Flecker: „Ihr nicht!“), und ich erinnere mich an die Worte des Prof. Jeglitsch, der sagte, daß die Subjektivität der Betrachtungsweise ein Kriterium ist, der aber auch gesagt hat, daß Rassismus manchmal mit Bequemlichkeit zu verbinden ist, weil man damit vermeidet, daß man einander verstehen muß. Lieber Martin Wabl, jenes hättest du dir auch merken sollen und solltest du auch danach leben, du bist ein – wie du vorgibst – rechtsempfindender Mensch als Richter, aber du agierst nicht so. Du agierst eher wie ein drittklassiger Politsekretär, der sich verpflichtet fühlt, andere Fahnen hochzuhalten, um selbst eine Schlagzeile erheischen zu können. (Beifall bei der FPÖ.) Aber gerade auf dich und die Vorgangsweise der Deinen zurückkommend, lieber Martin Wabl, du scheinst hier in diesem Haus mit zunehmender Zeit den Ruf des Wiederholungstäters zu genießen (Abg. Dr. Wabl: „Seid ihr schon lange!“), und zwar aus dem ganz einfachen Grund, da du die Frechheit und die Unverfrorenheit hast, und ich sage dir jetzt etwas: wenn du noch einmal eine Bestätigung deiner Worte durch einen Zwischenruf versuchst, dann bin ich geneigt, diese zwei Begriffe um den dritten Begriff der Dummheit zu erweitern. Denn jene Art, wie ihr agiert, hier am Rednerpult zu stehen, jede Art des Radikalismus – anscheinend wißt ihr nicht, woher dieses Wort stammt, nicht von radere, Frau Kollegin Zitz, immer ächzen und krächzen, sondern von Radix, von der Wurzel ausgehend –, diesen Radikalismus in einer Form zu verurteilen, in der ihr ihn selbst dann praktiziert, nämlich eine Art des Radikalismus ist es auch, den Radikalismus politisch zuordnen zu wollen. (Abg. Mag. Zitz: „Sprechen Sie zu mir?“) Und, lieber Martin, genau das tust du, ohne daß du dir in deinem ethischen Vermögen, das zu begreifen, darüber im klaren wirst, was du damit anrichtest. Ich hätte mir zu sehr gewünscht, daß der Herr Präsident dir für deine Äußerungen, die uns, und das stelle ich hier fest, in Sitte und Anstand zutiefst getroffen haben, daß du dir für diese Äußerungen zwangsläufig einen Ordnungsruf einhandeln hättest müssen. Lieber Martin Wabl, in deiner Art des Agierens – alles Aktionismus – fällt ja zweifelsohne auch jenes Agieren, das jeglicher Legalität entbehrt. Ich erinnere zurück an den 26. April des Jahres 1996, wo Frau Kollegin Zitz, selbst im Glashaussitzend, mit Steinen geworfen hat, um auch einen Artikel der „Neuen Zeit“ zu zitieren, der Ihnen das Zeugnis ausstellt, daß Sie sowohl dem Ansehen dieses Hauses durch Ihre Art geschadet haben und durch Ihre Zuordenbarkeit, als auch jenen, die Sie angeblich hier vertreten haben wollen. (Abg. Mag. Zitz: „Ihre Fraktion hat einen Beschlusantrag unterschrieben, wo es darum geht, den Bund aufzufordern, das Paket aufzuschneiden!“) Liebe Kollegin Zitz, ich darf Ihnen jetzt sehr ernst folgendes sagen, und jetzt hören Sie mir gefälligst einmal zu. (Abg. Mag. Zitz: „Reden Sie zum Tagesordnungspunkt!“) Ich rede zur Tagesordnung, wo Martin Wabl den Beginn gemacht hat. Liebe Kollegin Zitz, werden Sie sich darüber im klaren, und du, Martin Wabl, auch, daß durch die Demokratie vielmehr die Einfachheit der Vielfalt demonstriert werden sollte. Und das sollte in diesem Haus nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß damit die Vielfalt der Einfachheit Platz greift. Ich sage Ihnen noch etwas: viele Ihrer

Anträge sind verhandelbar. Eines ist aber nicht verhandelbar, das ist der Sinn und die Absicht, die dahintersteht. Meine Damen und Herren! Zurückkommend auf den Tagesordnungspunkt der Landesenergieholding, darf ich zuerst an den Kollegen Getzinger schon einen, von Kollegen zu Kollegen, gut gemeinten Rat geben. Eine Regierungsvorlage, die 500 Millionen Schilling betrifft, womit ein Wert von 14 Milliarden Schilling verbunden ist, in der Berichterstattung mit einem Satz abzutun (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Lese das Stück am besten!“), ich kenne das Stück besser, als du es je kennen wirst, das ist an und für sich eine Verachtung dieses Hauses. Denn auch in dieser Regierungsvorlage sind Punkte, die sicherlich kritisch hinterleuchtet werden dürfen – um das einmal klarzustellen.

Ich weiß nicht, wie ihr diese Problematik in einer Größenordnung von 500 Millionen Schilling abhandelt. Aber anscheinend hat das bei den Roten sowieso nicht soviel Bedeutung, denn ich kann mich erinnern, anlässlich des Rationalisierungs-Ausschusses und dessen Budgetbeschlußfassung habt ihr Sonderprogramme in der Höhe von 10 Milliarden Schilling eingebracht, die erst im Jahr 2050 erfüllbar sind. Eines habt ihr auch nicht gelesen, nämlich den Paragraphen 14 der Geschäftsordnung. Was steht denn dort drinnen, Herr Obmann des Finanz-Ausschusses? Daß all jene Sachen, die im Budget nicht bedeckt sind, einer Überprüfung durch den Finanz-Ausschuß zu unterziehen sind. Du hast von all jenen Anträgen, die hier gefaßt worden sind und budgetrelevant sind, nie von deinem Recht beziehungsweise deiner Pflicht als Obmann des Finanz-Ausschusses Gebrauch gemacht. Meine Damen und Herren! Ich komme jetzt darauf zurück, was der Kollege Kinsky hier gesagt hat. Ich habe seine Worte sehr wohl ernst genommen und habe versucht, sie kritisch zu hinterleuchten. Ich konnte viel davon auch in meiner Meinung wiederfinden, nur, eine Landesenergieholding frei von politischem Einfluß zu gestalten und deren wirtschaftliche Handlungsfähigkeit zu ermöglichen, ist wohl der Punkt der Polemik und wahrscheinlich auch im Zusammenhang mit der Aussage der Landeshauptfrau Klasnic am Freitag in den Medien zu sehen, daß in diesem Land nur noch nach wirtschaftlichen Kriterien besetzt wird, nämlich der Beste soll es haben, aber politische Einflußnahme gibt es nicht. Objektivierung ist hochgeschrieben. Ich erinnere an den Beschluß vom 12. Dezember 1994, der in der Landesregierung einstimmig gefaßt worden ist, wonach es Objektivierungskriterien bei der Bestellung von leitenden Posten gibt. Wir haben es alle hier in diesem Haus miterleben müssen, daß man mit diesen Kriterien nicht weit gesprungen ist, sondern die Besetzungen nach wie vor nach politischer Willkür erfolgt sind. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Da hat es ein scheinheiliges Hearing gegeben!“) Genau, denn das ist auch der Grund eines Lippenbekenntnisses, zu dem wir nicht mehr stehen und uns aus der Hearingskommission zurückgezogen haben.

Meine Damen und Herren! Sie müssen aber auch eines beurteilen können, daß gerade in dem Bereich der Energieversorger sicherlich in den letzten Jahren Politsekretäre die Funktion der Direktoren übernommen haben. Ich gehe zurück zum ehemaligen Sekretär des Landeshauptmannes Krainer, dem jetzigen Lan-

desrat Paieryl, der angeblich ohne Abfertigung und Abschlagszahlungen als Sekretär in die STEWEAG gewechselt ist. Dort ist es ihm gelungen, einen sehr lukrativen Vertrag auszuverhandeln, die Bevölkerung noch an der Nase herumzuführen und zu sagen, ich verdiene ja nur mehr 150.000 Schilling – von der 50prozentigen Leistungstangente hat ja keiner mehr gesprochen. Und jetzt haben wir einen Politsekretär des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Schachner in der STEWEAG sitzen, wobei aber bei Zustandekommen dieser Vorstandsbestellung der Herr Klepp, dem der Herr Gennaro hier heraußen das beste Zeugnis ausgestellt hat in der Abwasserbeseitigung von Marburg. Das ist nämlich ein Projekt, das der Herr Klepp gemacht hat, dem der Herr Schachner in der Edlinger-Pressesunde klipp und klar gesagt hat, ein hochqualifizierter Mann, der bereit gewesen wäre, zum Nennwert seines Pensionsanspruches, den er ja bereits erworben hat, weiterarbeiten zu wollen, den liquidiert man und schickt mit 180.000 Schilling in die Pension und setzt einen neuen hinein (Abg. Gennaro: „Da habt's profitiert, da wart ihr schön ruhig!“), um die Positionen dementsprechend strategisch gut – gebe ich zu – zu besetzen. (Abg. Gennaro: „Wieso habt ihr den Rader weggetan, er war ja besser!“) Nur eines muß ich auch sagen, mein Kollege Schreiner hat das vorhin schon angeschnitten, dieses Einbringen der Aktien beziehungsweise die Gründung der ESTHAG hat ja den primären Sinn, Geld für das Land zu beschaffen. Von einem Geldfluß und einem Gewinn für das Land ist bis jetzt noch nichts zu sehen. Allerdings setzt sich das Schachnersche Parteiprogramm durch: Arbeit für das Land. Denn Arbeitsplätze werden damit geschaffen, nicht für den kleinen Mann draußen, sondern für die Politfunktionäre hier herinnen. Ich denke gerade an die Besetzung der ESTHAG, ein Heinzl, ein Ertl. (Abg. Ing. Schreiner: „Herr Heinzl, Herr Ertl; soviel Zeit muß sein!“) Entschuldigung, selbstverständlich. Ich habe große Achtung vor der fachlichen Kompetenz dieser Herren. Ich habe große Achtung davor. (Abg. Schrittwieser: „Wenn es um Funktionen geht, seid ihr in der ersten Reihe. Wenn man im Glashauss sitzt, sollte man nicht mit Steinen werfen!“) Ich würde dich bitten, du könntest jetzt Beispiele sagen, wie die letzten zum Beispiel. (Abg. Dr. Wabl: „Was ist der Raidl?“) Ich nehme an, daß die FPÖ in der STEWEAG keine Mehrheiten hat, und dort aber der Aufsichtsrat sehr wohl mit Mehrheit gewählt wird. (Abg. Schrittwieser: „Du wirst wissen, daß keiner Mehrheiten hat!“) Das ist schon klar, nur kommt es dann zu Mehrheitsbildungen, und die mehrheitliche Meinungsbildung in einer Demokratie zählt. (Abg. Purr: „Das hat mit einer sachlichen Diskussion nichts zu tun!“) Ich komme gleich weiter auf die Sachlichkeit, Kollege Purr. (Abg. Dr. Karisch: „Sie sagen, daß beide, Heinzl und Ertler, fachliche Kompetenz haben. Ja. Warum kritisieren Sie sie, wenn sie fachliche Kompetenz haben? Was wollen Sie eigentlich?“) Kollegin Karisch, lassen Sie mich bitte meine Ausführungen zu Ende bringen, dann werden Sie sehen, daß ich sehr wohl recht habe in meiner Annahme. Ich darf aber auch noch darauf aufmerksam machen, daß wir wieder eine Organisation schaffen, die politisch und zweifels- ohne politisch besetzt wird. Auf der anderen Seite betreiben wir krampfhaft eine Verwaltungsreform mit dem Ziel, Personal einzusparen. Ich darf bei der

Gelegenheit auch sagen, daß der Bundesrechnungshofbericht sagt, daß wir eine Personalsteigerung in der Landesregierung haben in den letzten zehn Jahren von 19 Prozent. Nur, dort schachteln wir es halt weiter als verlängerter Arm des Regierungseinflusses auf. Und man gewinnt wirklich den Eindruck, als würde jenes Gremium der ESTHAG nur geschaffen, um Politikern, die mit einem Ablaufdatum behaftet sind, einen gewissen Auffangboden unter der Mitnahme des politischen Einflusses selbstverständlich zu schaffen. (Abg. Dr. Karisch: „Ist er fehl am Platze?“) Aber nun auf Ihren Zwischenruf zurückkommend, Frau Kollegin Karisch, der Herr Mag. Heinzl ist Vorstandsdirektor der Grazer Stadtwerke AG. und ist gleichzeitig Vorstand der Landesenergieholding. Nach Paragraph 8 der Geschäftsordnung der Grazer Stadtwerke AG. darf er ohne Einwilligung des Aufsichtsrates in einen anderen Verwaltungsträger nicht wechseln. Dr. Edler hat aber bereits im Juli 1996 gesagt, daß er diese Einwilligung angeblich hat vom Präsidium des Aufsichtsrates. Nur, in Paragraph 9 Absatz 3 ist genau normiert, welche Befähigungen das Präsidium hat. Jene in den Wechsel in einen anderen Verwaltungsträger ist nicht darunter, folgedessen ist der Paragraph 8 der Geschäftsordnung tätig und tritt in Kraft, wo das genau normiert ist. Und deshalb, liebe Frau Kollegin Karisch, ist es ad 1 rechtlich unserer Ansicht nicht gedeckt, daß der Herr Mag. Heinzl als Vorstandsdirektor der Grazer Stadtwerke AG. fungiert und gleichzeitig als Vorstand der ESTHAG, und zweitens ist es ein klassischer Fall der Unvereinbarkeit. Das sind diese Machenschaften, die sich hier in dieser ESTHAG niederschlagen. Sie werden mir recht geben, daß das rechtlich nachvollziehbar ist, daß das rechtlich nicht einmal gedeckt ist. Und das Zweite ist natürlich, im Begriff eines gesunden Kaufmannes ist es der Fall einer klassischen Unvereinbarkeit. Aber es gibt noch mehrere Anhaltspunkte, die man bei der Konstruktion dieser ESTHAG zu hinterfragen hätte. Ich möchte wissen, was mit dieser Dividendengarantie der Grazer Stadtwerke von 200 Millionen Schilling ist. Ich möchte vor allem wissen, was passiert denn mit der Dividende, die die STEWEAG an das Land Steiermark bezahlt? Sie müssen ja zuerst in die ESTHAG eingebracht werden, in der ESTHAG nach Abschluß des Rechnungsjahres verbucht werden und können dann erst, ohne daß sie im Jahre 1997 budgetwirksam werden, im Jahre 1998 vom Land Steiermark lukriert werden. Ich frage mich auch, was ist denn mit dem austaftenden Betrag noch aus dem Kauf Ferngas-STEWEAG, das sind in etwa 400 Millionen Schilling? Wer bezahlt denn das jetzt? Wer macht denn das jetzt? Also, meine Damen und Herren, es drängt sich Frage an Frage, und in keinem der Diskussionsbeiträge konnten wir Antwort auf diese Fragen finden. Wir halten es für gut und richtig, dieser Regierungsvorlage nicht die Zustimmung zu geben. (Beifall bei der FPÖ. – 18.26 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile es ihr.

**Abg. Mag. Zitz** (18.26 Uhr): Nachdem der Kollege Peinhaupt so vehement und auf seine Art so – wenn ich anders aufgelegt wäre, und wenn ich ihn etwas weni-

ger ernst nehmen könnte, aber ich nehme ihn trotz alledem als einen Kollegen im Landtag wahr –, so vehement und auf seine Art auch so absurd dafür aufgerufen hat, daß es im Landtag „Sitte und Ordnung“ gibt, daß es keine Möglichkeit mehr gibt, wie der Martin Wabl das sehr korrekt und sehr klar gemacht hat, Sitte und Anstand – (Abg. Ing. Peinhaupt: „Frau Kollegin, „Sitte und Anstand“, das, was Ihnen fehlt!“) Herr Kollege Peinhaupt, ich bin jetzt am Wort, Ihre Wortmeldung ist in die Richtung gegangen, das zu widerlegen, was der Martin Wabl, und was nicht nur der Martin Wabl, sondern auch was einige österreichische Gerichtshöfe, was einige wissenschaftlich sehr korrekte Autoren, Autorinnen über Ihre Fraktion gesagt haben. Und das Agieren dieser Fraktion in den letzten Jahren hat Martin Wabl so dargestellt, wie er das vorher gemacht hat. Es ist aus meiner Sicht absolut nachvollziehbar. Und, Herr Kollege Peinhaupt, Sie waren nicht dabei beim Auftritt Ihres Kollegen Sichrowsky, der bei der Enquete „Extremismus bei Jugendlichen“ uns alle dadurch überrascht hat, daß er eine Fäkalsprache an den Tag gelegt hat, wo ich mich nur mehr erinnere, daß der Präsident Vesko rot geworden ist und sich auf die Seite gedreht hat. Das ist Ihr Abgeordneter zum EU-Parlament. (Abg. Mag. Bleckmann: „Von was sprechen Sie?“) Und, Frau Bleckmann, ich nehme an, daß es Ihnen dabei auch nicht besonders – (Abg. Mag. Bleckmann: „Bitte, wovon reden Sie?“) Diesen Begriff, den sage ich Ihnen unter vier Augen, den werde ich sicher vom Rednerpult weg nicht gebrauchen. Ihr Kollege Sichrowsky hat das im Plenum vor ungefähr 100 Zuhörern und Zuhörerinnen öffentlich gesagt.

Was jetzt den Antrag betrifft – (Unverständlicher Zwischenruf.) Ja, genau, Herr Vesko, Sie haben das gerade gesagt, was Ihr Kollege gesagt hat, ich werde es trotzdem nicht laut wiederholen, auch wenn das Interesse bei der Zuhörerschaft steigt.

Was jetzt mich motiviert hat, noch einmal zum Rednerpult zu kommen, sind nicht nur die Äußerungen vom Kollegen Peinhaupt, sondern auch die Tatsache, daß die Freiheitlichen einen Zickzackkurs beim Bereich Energieholding Steiermark fahren, wo mir schwindlig wird, wo mir ökologisch schwindlig wird, weil die Freiheitlichen vor einem Jahr im Umwelt-Ausschuß es geschafft haben, das Stück, das wir eingebracht haben, so abzuändern, daß der Begriff „ökologische Zielsetzungen“ herausgestrichen wurde. Sie haben es geschafft, unseren Antrag so zu modifizieren, daß eigentlich nur mehr die strategische Partnersuche übriggeblieben ist. Das ist von Ihrer Fraktion gekommen, das ist nicht von anderen Fraktionen gekommen. Frau Bleckmann, ich weiß noch, wie wir beide miteinander gesprochen haben, und Sie haben gesagt, tun Sie das mit dem Klimaschutz bitte heraus, dann gehen die Freiheitlichen mit. Unser Antrag wäre sonst im Ausschuß untergegangen. (Abg. Schinnerl: „Da fehlt irgend etwas beim Zickzack!“) Das Zweite, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Landesrat Schmid hat Regierungsverantwortung. Er sitzt mit Ressel und mit Paiarl wöchentlich am Montag zusammen. Der Landesrat Schmid hat jede Möglichkeit gehabt, im Laufe des letzten Jahres auf seine Kollegen, Paiarl und Ressel, dahin gehend zu wirken, was diesem Antrag entspricht, den Sie heute uns auf den Tisch

knallen, wo es nämlich darum geht, daß die bereits gegründete Energieholding Steiermark die Aktien der STEWEAG nicht übertragen bekommt. Sie wissen sehr genau, daß wir der Energieholding Steiermark sehr kritisch gegenüberstehen, weil dem Landtag ein Jahr lang die Diskussion darüber verweigert wurde. Wir haben dringliche Anfragen gemacht, Martin Wabl war oft am Rednerpult zu dem Thema, wir haben uns bemüht, zu dem Thema immer wieder im Ausschuß zu arbeiten. Daher verstehe ich diesen Antrag jetzt einfach nicht, weil ich denke, Ihr Regierungsmitglied hätte in seinem Bereich als Kollege von besagten Landesräten, als Bauzuständiger, jede Menge Möglichkeiten gehabt, sich das früher zu überlegen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Frau Kollegin, jetzt hören Sie mir einmal zu. Er hat all das in der Regierung auch eingebracht. Er hat der Aktieneinbringung nicht zugestimmt. Er hat nicht zugestimmt, daß die Energieholding gegründet wird. Also bitte, wo ist jetzt der Zickzackkurs? Er hat seine Möglichkeiten ausgeschöpft!“)

Frau Kollegin, der Zickzackkurs liegt einfach daran, daß Sie, wie gesagt, vor einem Jahr unseren Antrag von jeglicher ökologischen Zielsetzung bereinigt haben. Und was Ihren Herrn Landesrat Schmid betrifft, habe ich mit ihm eine Erfahrung gemacht, die ich mit keinem einzigen anderen Landesrat gemacht habe. Ich habe versucht, mit der Abteilung Ia, zuständig für den technischen Umweltschutz, ein Gespräch zu führen, wo ich als neugewählte Abgeordnete hingehinge und sage: „Grüß Gott, ich möchte gerne Ihre Abteilung kennenlernen.“ Ich habe diese Gespräche geführt mit Hofräten aus diversen Abteilungen, selbstverständlich mit Hofräten im Sozialbereich, selbstverständlich mit Hofräten im Umweltbereich. Ich habe nie irgendeine Schwierigkeit gehabt, einen Termin zu kriegen, auch bei sehr unangenehmen Themen, sei es jetzt Behindertenpolitik, seien es jetzt Abwasserfragen aller Art. Die einzige Abteilung, wo es geheißen hat: „Frau Zitz, es ist nicht möglich, mich mit Ihnen zu treffen. Stellen Sie bitte ein Ansuchen auf einen Gesprächstermin mit mir über das Büro des Herrn Landesrates Schmid“, die einzige Abteilung, die mir das gesagt hat, ist eine der Abteilungen, die dem Landesrat Schmid untersteht. (Abg. Mag. Bleckmann: „Und haben Sie beim Landesrat nachgefragt?“) Frau Bleckmann, das ist für mich entwürdigend, und es ist demütigend, und es ist eine Art von Umgang mit Kollegen, mit Ihren Kollegen im Landtag, die für mich völlig neu war. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „So schaut die Republik aus!“ – Abg. Porta: „Das ist Partnerschaft!“)

Herr Präsident, Frau Klubobfrau! Das ist ein Bereich, über den ich dermaßen überrascht war. Stellen Sie sich bildhaft vor, in dem Moment, in dem ich sage: „Grüß Gott, ich möchte Ihre Abteilung kennenlernen, möchte mich einmal mit Ihnen treffen, daß Sie mir Ihre Abteilung vorstellen, weil ich für Ihr Ressort Interesse habe, aus technischen Gründen, aus Umweltschutzgründen, aus Gründen, für die mich Leute auch in den Landtag gewählt haben“, stellen Sie sich vor, der zuständige Landesrat verbietet Leuten in dieser Abteilung, einen Gesprächstermin mit mir als Grüne zu haben. Ich weiß, daß es Leuten von anderen Fraktionen auch so gegangen ist. Das ist Ihr Landesrat Schmid. (Beifall bei den

Grünen.) Diese Art von Unnahbarkeit wird sich kein – Gott sei Dank bis jetzt – einziger anderer Landesrat erlauben, und auch Landesräte, mit denen wir immer wieder inhaltlich größere Schwierigkeiten gehabt haben. Das ist eine Art von Politik, und das traut sich nur der Landesrat Schmid. (Abg. Mag. Bleckmann: „Was hat das mit dem Zickzackkurs zu tun?“) Was jetzt den Landesrat Schmid und den Energiebereich betrifft: Er hat eine Wärmedämmverordnung gemacht. (Abg. Mag. Bleckmann: „Was hat das mit der Energieholding zu tun?“)

Ich weiß nicht, die Freiheitlichen in diesem Haus sind zwischendurch, besonders ab 6 Uhr am Abend, dermaßen tief im Niveau und dermaßen „primitiv“, daß es mir wirklich schwerfällt, hier am Rednerpult noch zu reden. (Abg. Mag. Bleckmann: „Wir nehmen das auf, was Ihr Kollege vorher gesagt hat!“) Aber ich glaube, das ist eine Rolle, die Sie uns auferlegt haben. (Abg. Mag. Bleckmann: „Dann setzen Sie sich halt!“) Frau Klubobfrau, ich glaube, Ihre Wortmeldung, wie sie jetzt kommt, oder auch dieser Versuch, Humor in ein Thema hineinzubringen, wo es um Milliarden von Steuermitteln geht, das ist für mich nicht nachvollziehbar. (Abg. Mag. Bleckmann: „Ich bringe keinen Humor hinein, Frau Kollegin!“)

Der Kollege Schmid verweigert die Diskussion, wenn eine Abgeordnete zu seiner Abteilung geht. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Die Fachabteilung Ic ist nicht meine Abteilung!“) Der Kollege Schmid verweigert, ein Energieleitbild für die Energieholding zu erstellen, wo der Klimaschutzgedanke drinnen ist. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Die Fachabteilung ist nicht meine Abteilung, nehmen Sie das zur Kenntnis!“) Die Kollegen in der Fachabteilung Ia sagen mir: „Frau Zitz, sind Sie so lieb und schreiben Sie einen Brief an den Landesrat Schmid, damit Sie uns treffen können.“ Das ist ein Novum, und das gibt es in keinem anderen österreichischen Landtag. So schaut das aus. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Die Fachabteilung Ic ist nicht meine Abteilung!“) Immer dann, wenn er nervös wird, dann setzt er sich mir hinten ins Gnack und redet von hintendrein. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Sie brauchen keine Angst zu haben, auf Sie reflektiere ich nicht!“) Herr Landesrat Schmid, ich freue mich auf Ihre Wortmeldung, wenn Sie anschließend Ihr Tischerl hochfahren und dann wieder Dinge erzählen, die von der Realität kilometerweit entfernt sind. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Was ist das für ein Tagesordnungsthema?“) Herr Landesrat Schmid, Ihr Gestaltungswille im Energiebereich ist geringst. Sie haben eine Wärmedämmverordnung gemacht, die nicht nur ökologisch absolut nichts bringt, sondern die auch Arbeitsplätze am Bau zerstört, weil es in anderen Bundesländern besser, eben in Oberösterreich oder in Vorarlberg, Wärmedämmverordnungen gibt, wo man in der Bauindustrie, die wir am Nachmittag diskutiert haben, wo die Schwarzarbeit ein großes Thema war, wo es vom Kollegen Wiedner eine Wortmeldung gegeben hat, die ich teilweise gut nachvollziehen und voll unterstützen kann. In diesem Baubereich hätten Sie Kompetenzen, in diesem Baubereich hätten Sie Ressourcen anzubieten, im Bereich Förderungen, im Bereich Logistik. Sie nehmen diese Kompetenzen nicht wahr, gehen aber dann her und sagen, naja, die Energieholding Steiermark – ver-

trauen kann man dieser Sache nicht -, und in der Regierung haben Sie sich mehrmals dazu kritisch zu Wort gemeldet - wirklich beachtlich. Was jetzt den Bereich Energiewirtschaft insgesamt betrifft - (Beifall vom Landesrat Dipl.-Ing. Schmid.) das ist Applaus vom rechten Eck, den kriege ich Gott sei Dank extrem selten, Herr Landesrat, Gott sei Dank. Was jetzt den Bereich Energiewirtschaft in der Steiermark und in Österreich betrifft: Es gibt Untersuchungen, die einerseits zeigen, daß die österreichische E-Wirtschaft riesengroße Einsparpotentiale hat, ausgewiesen in österreichischen Schillingen, und zwar dadurch, daß wir im EU-Vergleich extrem hohe Personalkosten haben, im Verbund, teilweise auch in der STEWAG. Apropos STEWAG und Freiheitliche: Sie wissen, daß der Herr Raidl der Vorsitzende des Aufsichtsrates ist. Herr Raidl gehört zu den Freiheitlichen, und auch das ist eine Art von Proporzwirtschaft, wo die Freiheitlichen sich genau in die Tradition einreihen, die von der ÖVP und der SPÖ in diesem Land das Profil hat, einen großen Schwerpunkt in dieser Woche auch auf Grund eines Selbstmordes, der vor kurzem auch damit zusammenhängend leider Gottes stattgefunden hat. Und im Rahmen dieser proporzorientierten Packelei, auch in der E-Wirtschaft, sind die Freiheitlichen voll dabei, Herr Landesrat. Bitte, tun Sie nicht so, als ob diese Art von Nepotismus und diese Art von Packelei, wo Sie Ihre Leute unterbringen, Ihnen und Ihrer Fraktion fremd wäre. Das stimmt einfach nicht, was die E-Wirtschaft betrifft. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Sie wissen schon, daß er gegen die Energieholding war!“) Aber ich weiß, daß Sie auf Grund Ihrer Kompetenz ein Freiheitlicher als Aufsichtsratsvorsitzender eingesetzt worden sind und daß er dort im Dienste seines Herren politisch agiert. Das ist auch eine Geschichte. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Selbstverständlich! Ihr wart auch gerne dort, nur, ihr habt politisch kein Gewicht, daß ihr mitreden dürft!“) Hat er sein Tische! hochgefahren oder redet er aus dem Untergrund? (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist gut in der Demokratie!“) Er redet aus dem Untergrund, aber umso lauter. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist Sache der Demokratie, wenn man einen politischen Einfluß hat, daß man ihn wahrnehmen kann!“) Ich glaube, ich war jetzt relativ geduldig, Herr Landesrat. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Sie wollen stärker werden. So funktioniert die Demokratie, das ist eine Tatsache!“) Ich möchte jetzt nochmals zu dem Bereich Ineffizienz der österreichischen E-Wirtschaft zurückkommen. Neben den ungewöhnlich hohen Personalkosten, auch bedingt durch parteiproporzorientierte Besetzungen, wie den Herrn Raidl, gibt es noch größte Schwierigkeiten, den Kraftwerksausbau koordiniert durchzuführen. Und Sie wissen, daß in den einzelnen Bundesländern Kraftwerke so entstehen, daß man einfach keine österreichweiten Konzepte hat, daß man überhaupt keine Vorstellungen hat, wie man auch auf Grund der Liberalisierung des Strommarktes, der bald über uns „hereinbricht“, das in einer Art und Weise angehen kann, daß man einerseits kleinen dezentralen Energieversorgern, etwa kommunalen Städtwerken, den Stellenwert gibt, den sie teilweise derzeit haben, und andererseits in diesem großen internationalen Wettbewerb auch bestehen kann. Koordinierung des Kraftwerksausbaues kommt so gut wie nicht vor. Und was diesen Beschlußantrag der Freiheitlichen betrifft,

wie gesagt, ich bin von den Freiheitlichen einiges gewohnt, was so überraschende Anträge betrifft. Ich weiß auch, daß der Kollege Schreiner in der Früh dieses Thema im Ausschuß angesprochen hat, war auch relativ froh darüber, weil es einfach ein inhaltlicher Input ist, der für uns von Interesse war. Aber diese Aspekte, die ich jetzt eingebracht habe, unökologisches Agieren der Freiheitlichen und undemokratischer Postenschacher, wo die Freiheitlichen auch dabei sind, und die Qualität der Wortmeldungen und der Zwischenrufe von Peinhaupt, Vesko und Frau Klubobfrau Bleckmann, die haben mich einfach gezwungen, noch einmal ans Rednerpult zu gehen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Bravo, sehr gut!“) Martin Wabl, ich danke dir dafür, daß du vorher dich in der Art und Weise zu Wort gemeldet hast, wie es sich im Landtag sonst ohnehin kaum einer traut, auch von Fraktionen nicht, wo man glaubt, daß sie die Courage haben könnten, mit den Freiheitlichen so umzugehen, wie es ihr ideologisches Vorgehen in bestimmten Bereichen verlangen würde. Danke! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. - 18.41 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Flecker. Er hat das Wort.

**Abg. Dr. Flecker** (18.41 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es ist dem Herrn Abgeordneten Peinhaupt vorbehalten geblieben, jene Erwartungen und Befürchtungen zu bestätigen, die man normalerweise mit dem Stil seiner Partei verbindet. Es ist absolut nicht meine Aufgabe, die Grünen hier in diesem Haus zu verteidigen. Aber ich halte es schon für eine gewaltige Portion an Mut, mit dieser unmittelbaren Vergangenheit, die Ihre Partei und Ihren Parteiobmann auszeichnet, eine Partei auf derartig brutale Art zu beschimpfen, die demokratisch unbestritten eine weiße Weste hat. Und das aus Ihrer Seite, wo man Ihren Obmann ungestraft den Ziehvater des Terrorismus nennen kann. Herr Peinhaupt, Sie haben von Unvereinbarkeit gesprochen. Abgesehen davon, daß es hier keine Unvereinbarkeit gibt, und abgesehen davon, daß Sie Unvereinbarkeiten in irgendeiner Form in Szenarien, die Sie zeichnen, konstruieren, abgesehen davon kann man dann über Unvereinbarkeiten reden, wenn man sich da selbst nicht betroffen fühlen kann. Ich halte Vereinbarkeiten mit Abgeordnetentätigkeiten und mit politischen Funktionen grundsätzlich für problematisch, wenn Leute Politik ausüben und sich nie distanzieren haben von der Mißgeburt der österreichischen Nation, vom Loblied für die SS-Kameradschaft und von der Ausländergeschichte des Herrn Gasser vor einiger Zeit. Sie, Herr Peinhaupt, haben geglaubt, zu diesem Thema die Debatte über Rassismus und sonstige Fragen führen zu müssen. Sie haben sich bisher als Freiheitliche relativ angenehm verhalten, seit wir über dieses Thema seit der letzten Enquete sprechen. Sie haben sich nämlich verschwiegen und haben zu den Tagesordnungspunkten geschwiegen, und ich habe das zu Recht als die Ihnen zukommende Bescheidenheit des schlechten Gewissens bezeichnet. Offenbar haben Sie diesen guten Zug abgelegt. Ich glaube, wer in dieser Frage so belastet ist, soll sich nicht äußern. Und Sie haben auch alles das abgelehnt in die-

sem Haus, was gegen Rechtsextremismus, gegen Ausländerfeindlichkeit gerichtet war. Sie haben gesagt, daß Sie es als beschämend empfunden hätten, daß der Kollege Getzinger in der Berichterstattung nur einen Satz aus der Vorlage erwähnt hat. Ganz abgesehen davon, daß ich auch Ihnen zumute, lesen zu können, glaube ich, muß man auch darauf eingehen, daß Sie in Ihrer Wortmeldung mit keinem einzigen Satz auf die energiepolitische Bedeutung dieser Vorlage, auf die energiepolitische Sache eingegangen sind, sondern nur versucht haben, ein Polittheater über Postenbesetzungen hier zu inszenieren. (Beifall bei der SPÖ.) Ich glaube, – und da bin ich ganz bei Michel Schmid – es steht jedem zu, seine politischen Interessen überall hin weiter zu vertreten und durchaus eigene Leute wohin zu setzen. Sie haben auch einmal irgend einen Minister gehabt, der auch in allen möglichen Gremien sitzt, der Herr Krünes. Auch das tun Sie sehr wohl. Ich glaube, Sie haben als letzte den Grund, den Herren Hainzl und Ertler fachliche Kompetenz abzusprechen, weil wir können nichts dafür, wenn Ihr qualitativer Horizont und Plafond der Herr Raidl ist.

Meine Damen und Herren! (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Glaubst du nicht auch, daß es dir nicht ansteht, jemandem einen beschränkten geistigen Horizont zuzuordnen?“) Ich sage Ihnen auch noch etwas. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Unter dem Schutz der Immunität!“) Aber geh, komm. Michel, das tust du permanent. Tu dich doch nicht plötzlich von dir selber distanzieren. Meine Damen und Herren, und es war für Sie überhaupt kein Problem – (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Kurtl ...!“) Bitte melde dich zu Wort. Du bist so unangenehm von hinten, schau mich an, wenn du mit mir redest. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich schau' dich an!“)

Dann halte dich ein bißchen zurück, und melde dich nachher. Es war für Sie überhaupt kein Problem, zur Frage des Aufsichtsratsvorsitzenden der STEWEAG den Deal mit dem Herrn Raidl zu machen, überhaupt nicht. Aber heute wird was anderes kritisiert. Und es war für euch in Wirklichkeit überhaupt kein Problem, als der arme Ludwig Rader innerparteilich unliebsam wurde und nicht mehr kandidieren durfte, wir wissen das, ihn in irgendeiner Form beim Land unterzubringen. Und ich sage ja dazu, wir haben sogar mitgetan, weil wir gesagt haben, der Ludwig Rader ist einer, der Verdienste für dieses Land hat. Und er kann nichts dafür, wenn diese Partei inzwischen auf einen rechten Rand abgerückt ist, den er nicht mehr mittragen kann. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Du sprichst vom beschränkten geistigen Horizont vom Raidl!“) Nein, ich habe gesagt, wenn das der qualitative Horizont und Plafond der FPÖ ist, der dort beim Herrn Raidl aufhört. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Über den beschränkten, geistigen Horizont!“) Ich habe nicht über einen beschränkten geistigen Horizont des Herrn Raidl gesprochen, das kann ich gar nicht beurteilen, weil ich mit ihm noch nicht soviel geredet habe. Aber du kennst ihn anscheinend besser.

Aber um wieder zur Sache zu kommen und mich nicht mit dem Herrn Landesrat Schmid weiter beschäftigen zu müssen, es war – (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Rede von der Unvereinbarkeit!“) Die Unvereinbarkeit habe ich schon angesprochen, höre mir besser zu! Es war bitte kein Problem für Sie, ich rede

hier gar nicht von einer qualitativ nicht vertretbaren Lösung, aber es war kein Problem für Sie, Ihre Interessen, als Sie mit der ÖVP gemeinsam in der vorigen Legislaturperiode so einiges gemacht haben, Ihre politischen Interessen vertreten zu sehen durch die Bestellung des Rechnungshofdirektors. Das ist legitim wahrscheinlich, nur beim anderen ist es illegitim. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Selbstverständlich, es war ein Hearing vor dem Landtag!“) Solchen Menschen muß auch geholfen werden. Ich glaube, daß das durchaus legitim war. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „So etwas von blöder Aussage!“) Ihr habt letztlich im Bereich der Landesbaudirektion alles mögliche gespielt und in Mobbingaktionen den Herrn Dreiholz vergrämt. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „So etwas Blödes habe ich selten in diesem Haus gehört!“) Wir wissen das, daß der nicht einmal mit dem zuständigen Referenten reden durfte, daß er seine Aufpasser gehabt hat. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich bin erst kürzlich mit ihm zwei Stunden zusammengesessen!“) Aber dann ist es reichlich spät, nämlich zwei Jahre zu spät. Du brauchst zwei Jahre. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Si tacuisses philosophus manuisses!“) Das wäre gut für dich. Vielleicht verstehst du aber nicht Latein. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wohl!“) Rechtfertigst du dich für deine Matura gerade oder wie? (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Herr Hofrat, ich habe sogar einen Beruf ergriffen, den ich anständig ausgeführt habe!“) Du hast recht, Michl. Das mutet man dir nicht zu. (Beifall bei der SPÖ.)

Man muß das sagen, daß man das hat, wenn jeder daherkommt und sagt, daß er eigentlich außerhalb der Politik ein anständiger Mensch ist. Ich möchte nicht wissen, wer sich dazu bemüht. Aber diese Aussage spricht für sich. Sie haben den Herrn Dreiholz in Mobbingaktionen unterdrückt und den Herrn Josel, weil er halt gerade hineingepaßt hat und er den Sprung von Krainer zu Schmid am besten geschafft hat, in die Höhe gelobt. Meine Damen und Herren! Wenn Sie solche Tagesordnungspunkte so verwenden, um sie für solche Aktionen zu mißbrauchen und einer energiepolitischen Diskussion ausweichen, dann beständigen Sie nicht nur das, was Sie sind, sondern Sie tun es auch. Sie sind einfach eine populistische Partei, der alles zu jeder Zeit für jeden Ausrutscher recht ist. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 18.52 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid.

**Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (18.52 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kollegen aus der Regierung, Hoher Landtag!

Ich werde mich nicht so ausführlich mit den Auseinandersetzungen des Herrn Flecker beschäftigen, aber doch eines, lieber Kurt Flecker, und das möchte ich hier festhalten: Ich glaube, daß es einer politischen Diskussion nicht unbedingt zuträglich ist, wenn man über den Intelligenzquotienten, von dem man selbst glaubt, wie du augenscheinlich, ausreichend zu verfügen, anderer debattiert und diesen in Zweifel stellt. Ich habe tatsächlich ein Problem, und das gestehe ich ja auch zu. Ich habe tatsächlich ein Problem, wenn ein Abgeordneter im Schutze der Immunität einen Präsi-

denen eines großen steirischen Unternehmens, der aus dem Industriebereich kommt, dort seinen tüchtigen Mann stellt, einen Plafond einzieht, der, wie wir hier alle wissen, auf die Körperhöhe des Wortmelders abgestimmt ist. Damit habe ich ein echtes Problem. Ich habe auch ein Problem damit, wenn du, lieber Kurtl Flecker, eine berufliche Tätigkeit, die ich ausgeübt habe über Jahrzehnte hindurch, ins Lächerliche ziehst. Damit habe ich ein persönliches Problem, und das gebe ich schon zu. Ich habe einen gewissen Stolz darauf, daß ich aus einer Berufsgruppe komme, aus dem Zivilingenieurbereich, und daß ich dort eigentlich, wie auch Mitglieder deiner Partei bestätigen werden können, sehr gut agiert habe und mein Metier anständig ausgeübt habe. Das zu dem einen Bereich, der dir immer obliegt, sich hierherzustellen, uns den Oberintellektuellen der Nation zu spielen und alle anderen zu Deppen zu machen. Vielleicht könnten wir ein bißchen anders miteinander umgehen. Wenn bei der Energieholding zur Diskussion gestanden ist, ob es eine rechtliche Unvereinbarkeit zwischen dem Generaldirektor der Grazer Stadtwerke und dem Vorstandsdirektor der steirischen Energieholding gibt, dann hat kein Mensch die Qualifikation des Herrn Dr. Heinzl hier in Frage gestellt. Wie Herbert Peinhaupt über Lautsprecher schon dezidiert gesagt hat, es geht nicht um die Qualifikation des einen, es geht auch nicht um die Qualifikation eines Mag. Ertler. Das halten wir bitte einmal auseinander. Das halten wir bitte auseinander. Wir wissen es, es existiert eine Unvereinbarkeit. Wenn unsere politische Partei mit der Aktienüberführung Probleme bekommen hat, dann ist das auch sehr klar gesagt worden. Ich wiederhole es und habe das schon in einer Pressekonferenz zum Ausdruck gebracht, und wir haben schon vielfach dazu Stellung genommen. Es wäre unsere Vorstellung gewesen, daß man die Zeit der Holding beziehungsweise die Zeit bis zur Aktienübertragung nutzt, um hier eine steirische Lösung und eine steirische Interessenskonzentration zustande zu bringen, eben mit der STEG, eben mit den Grazer Stadtwerken und vielleicht auch mit kommunalen Unternehmen, um hier gestärkt und einheitlich dann einen Partner, der Begriff strategischer Partner gefällt mir weniger, suchen zu können. Das ganze losgelöst von der Betriebsicht, Betriebsblindheit vielleicht auch der STEWEAG. Das war der Sinn dieser Konstruktion, den ich noch mittragen hätte können. Es ist leider nicht dazu gekommen. Ich werfe es auch niemandem vor, aber jetzt steht unser Landesunternehmen, die STEWEAG, allein im Wald, und es warten auch die steirischen Partner, ob sie hier nicht Vorteile herausholen können. Das ist ein ganz sachlicher Grund, und ich glaube, daß man den vertreten kann. Ich bin nicht der einzige, der diesen Standpunkt vertritt. Wir sind nicht die einzigen. Auch Leute, die mit der Energiewirtschaft intensiv zu tun haben, sehen es ebenfalls so. Das ist die sachliche Auseinandersetzung dabei mit Unvereinbarkeiten, die wir hier ganz klar und deutlich feststellen. Wenn auf das eine oder andere, uns als faschistoide Partei zu bezeichnen, reflektiert wird, dann mag es einem Abgeordneten von uns im Höchstmaß zustehen, ich würde sagen, er ist auch dazu verpflichtet, hier die Dinge ins rechte Lot zu rücken. Ich gebe schon zu, ich nehme Abgeordnete, die solche Äußerungen hier vom Pult von sich geben, gar nicht mehr ernst. So wurde im übrigen auch von

der SPÖ zu diesem Abgeordneten bereits einmal eine Distanz gezogen. Ihr habt ihn auch nicht so ernst genommen. Ich würde daher vorschlagen, das Thema „Steirische Energieholding“ ernsthaft zu betrachten und dem Antrag, den unsere Freunde gestellt haben, tatsächlich die Zustimmung zu geben. Es ist noch nicht zu spät. Danke schön. (Beifall bei der FPÖ. – 18.57 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nunmehr ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl am Wort.

**Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl (18.57 Uhr):** Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich gebe zu, denn ich habe in den letzten Minuten schon auch persönlich etwas gezweifelt, ob es einen Sinn hat, daß ich mich hier noch zu Wort melde. Andererseits aber habe ich selbst auch zugegebenermaßen soviele Herzblut in dieser Frage, wirtschaftspolitisch, strukturpolitisch, auch unternehmenspolitisch, so daß ich – Herbert Peinhaupt hat Sitte und Anstand zitiert – dazu auch etwas beitragen könnte. Ich bin auch dafür, daß man hier frei reden kann, vor allem die Abgeordneten. Ich höre mir das auch seit dem Jänner 1996 mit durchaus wechselhaften Gefühlen an. Ich darf nur zu einem, was der Kollege Schmid jetzt gesagt hat, schon auch vermerken, weil Kurt Flecker es auch auf seine Art sehr drastisch dargestellt hat, daß ich sehr stolz darauf bin, auch als Regierungsmitglied, daß viele der unternehmensverantwortlichen Aufsichtsräte und auch der Vorstände in Aktiengesellschaften insbesondere, die ja weisungsungebunden sind und die sozusagen in ihrer eigenen Verantwortung, und das ist der einzige Grund, warum sie auch etwas mehr verdienen können, das habe ich immer vertreten, und das ist ja die internationale Lesart, und nicht irgendwelche kleinliche oder auf die Neidgenossenschaft ausgerichtete Präsentationen und Halbwahrheiten, daß gerade dort so renommierte Leute, wie den Präsidenten Raidl, den ich persönlich kennen- und schätzengelernet habe, oder auch der Dr. Krünes, unabhängig von ihrer Nominierung, wer sie dort hineinnominiert, genauso wie die anderen, denn ich will sie jetzt nicht aufzählen, erstens einstimmig gewählt wurden – Ertler und Heinzl – von den zuständigen Kapitalvertretern. Er hat in dem Gremium – und es ist ja so schwierig, daß man natürlich im Populismus sehr vieles anders darstellen kann als es tatsächlich formal ablaufen muß. Aber es sind dort Vorstände der Energie Steiermark gewählt worden, einstimmig vom gesamten Aufsichtsrat, und der hat drei Personen. Die sind bekannt. Ich meine, und auf das will ich hinaus diesbezüglich – und damit ende ich schon –, meine Erfahrung, meine Damen und Herren, ist im Interesse des Landes, im Interesse auch der Bevölkerung dieses Landes, im energiepolitischen Bereich haben diese Damen und Herren bisher erfolgreich gearbeitet. Allein das ist nachzulesen in den Ergebnissen von 1993 auf das Ergebnis 1996, das noch nicht offiziell ist, aber zumindest versechst-, versieben-, verachtfacht die Gewinne. Das war es eigentlich nicht, warum ich mich melden wollte. Der wirkliche Punkt ist der, und das hat Ihr Wirtschaftsfachmann, der von mir sehr geschätzte und in vielen Kooperationen auch eingebundene Ing. Schreiner, gesagt. Natürlich und unmißverständlich Stärkung des

Unternehmens muß das oberste Ziel sein, und zwar in einem Konzerngedanken. Und wenn Sie sich die alte Konstruktion der STEWEAG anschauen, dann ist es nicht mehr zeitgemäß. Und ich bitte Sie auch, wenn Sie das nicht glauben, schauen Sie dann über die steirischen Grenzen, schauen Sie in den Verbund. Schauen Sie in andere Landesgesellschaften. Sie müssen gar nicht ins Ausland schauen, was sich hier diesbezüglich tut und was hier verändert wird im Interesse der Leistungsträger und auch im Interesse der Konsumenten des Marktes.

Zweiter Punkt: Natürlich – und das hat Gennaro angesprochen – sind in diesem Wandel, der notwendig war, in bestimmten Geschäftsbereichen auch Arbeitsplätze verlorengegangen, es ist keiner gekündigt worden, es sind welche freiwillig gegangen, es hat Sozialpläne gegeben, aber in Summe im Konzern sind Arbeitsplätze geschaffen worden, weil neue Geschäftsfelder aufgemacht wurden, und das im Konzern.

Dritter Punkt in aller Kürze in der gebotenen: Selbstverständlich hat dieser erste Schritt des Suchens von strategischen Partnern nur einen Sinn, wenn dem der zweite folgt. Der zweite ist der Börsegang. Und der Börsegang ist eine unternehmenskulturelle Frage.

Und da komme ich gleich zum vierten, und Sie werden höchstwahrscheinlich wieder in Gelächter ausbrechen. Natürlich muß das Ziel sein, hier verstärkt parteipolitisch unabhängig zu werden in den Unternehmungen. Das ist die einzige Möglichkeit, damit diese Unternehmungen dann auch gewissen Einflüssen, von denen wir nicht als Politiker frei sind selbstverständlich, aber die Unternehmungen müssen es zunehmend sein, sonst geht es ihnen – ich nenne jetzt nicht die berühmten Beispiele aus Österreich, die Sie aus den letzten Jahren kennen, wo nur die Parteipolitik verantwortlich war mit den zusammengebrochenen Märkten et cetera, daß hier Substanz und viel Leid geschaffen wurde, Substanz verlorengegangen ist.

Ich meine daher, daß das, wenn Sie es objektiv genauer anschauen, das Modell, das angedachte Modell, das ist noch nicht die Umsetzung. Da muß schwer daran gearbeitet werden. Das müssen die Mitarbeiter, das müssen die verantwortlichen Vorstände, die Aufsichtsräte verantworten, Gott sei Dank. Und es sind einige hier, die das auch als Betriebsräte dann mittragen müssen, diesen Wandel. Und Sie kennen das chinesische Sprichwort: Herr der Vergangenheit ist der, der sich erinnern kann, und Herr der Zukunft ist der, der sich wandeln kann. Darum geht es, meine Damen und Herren. Ich möchte nicht dabeigewesen sein bei einer Entwicklung, die auf Grund dieses Wandels, der über uns hereinbricht, ob wir wollen oder nicht, in einer so wichtigen Frage wie der Energiepolitik und wie des Energieunternehmens, dem einzigen wesentlichen Eszett des Landes Steiermark, dem einzigen wesentlichen Wert des Landes Steiermark. Und Sie sind da mitverantwortlich als 56 Abgeordnete mit den neun Regierungsmitgliedern, da hier etwas auf die sehr seichte parteipolitische oder persönliche Ebene bringen und damit meines Erachtens der Sache nichts Gutes tun. Nochmals gesagt, es hat nur einen Sinn, wenn ich das gesamt sehe, es hat nur einen Sinn, wenn ich die unternehmenskulturelle Frage

damit auch anspreche. Das geht für mich vor allem in Richtung Börsegang und weitere Privatisierung. Und nochmals, zum Schluß betont, es hat dann nur einen Erfolg, wenn es gelingt, in diesen Schritten, die erst folgen werden, das Unternehmen fit zu machen, zu internationalisieren. Da sind einige Ansätze auch hier heute berichtet worden, und dann letztlich auch dem Unternehmensstandort, dem Wirtschaftsstandort Steiermark einen positiven Beitrag zu leisten. Auch das ist richtig, was gesagt wurde. Wir müssen ja verhindern. Die Gefahr besteht, daß weitere Kompetenzen aus der Steiermark abfließen. Diese Gefahr ist eine reale, und dagegen müssen richtige Schritte gesetzt werden. Ich danke nochmals insbesondere dem Kollegen Ressel, der hier als zuständiger Eigentümervertreter sehr vorsichtig, bedächtig, aber zügig diese Sache immer behandelt hat und auch in der Regierung intensiv beraten hat. Michael Schmid hat es ja dargestellt, warum er seine Bedenken hat, und ich respektiere das. Sage nur trotzdem all jenen Dank, die hier mitwirken bei der meines Erachtens richtigen Weichenstellung für die Energiepolitik, für die Wirtschafts- und Strukturpolitik dieses Landes. (Beifall bei der ÖVP. – 19.05 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Der letzte Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Herr Landesrat Ing. Ressel:

**Landesrat Ing. Ressel (19.05 Uhr):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die soeben abgeführte Debatte hat gezeigt, daß wir uns um die Bedeutung dieser Transaktion bewußt sind. Ich möchte mich dafür herzlich bedanken. Ich darf noch einmal sagen, was ist geschehen? Wir haben einer Aktiengesellschaft, der Holding, zwei weitere Aktiengesellschaften zugeordnet und haben versucht, durch eine exzellente Personalentscheidung, und zwar im Bereich des Aufsichtsrates und im Bereich des Vorstandes, dafür zu sorgen, daß richtige Entscheidungen getroffen werden, wobei man hinzufügen muß, daß wesentliche Entscheidungen nach wie vor der Zustimmung der Regierung und des Landtages bedürfen. Ich gehe davon aus, daß die dort handelnden Personen eine Weltanschauung haben, ich hoffe das, und das sollen sie haben, aber wer Weltanschauung mit simplem parteipolitischen Handeln verwechselt, der übersieht, daß wir in einem Unternehmen agieren und daß dort Personen in einem Unternehmen agieren, das dem Wettbewerb unterliegt, daß wir begonnen haben und mit Erfolg eine neue Kultur in dieses Unternehmen gepflanzt haben und sehr sorgsam darauf achten werden, daß diese Kultur auch in Zukunft sich weiterentwickeln kann. Wenn hier die Frage der Kompetenzüberschneidung angesprochen wurde, dann sage ich, es wird nicht so sein, denn die Holding ist mit strategischen Aufgaben befaßt. Weil der Holding Aktiengesellschaften zugeordnet sind, gibt es hier keine unmittelbare Einmischung in den operativen Bereich, und ich gehe davon aus, sage das auch sehr offen, daß – wenn es dazu kommt, daß zwischen der Energieholding und den Grazer Stadtwerken darüber zu verhandeln ist, ob die Grazer Stadtwerke nun innerhalb der Energieholding einzuordnen oder unterhalb einzuordnen sind, dann wird der Herr Vorstands-

direktor Mag. Heinzl entweder Generaldirektor der Grazer Stadtwerke sein oder Vorstandsdirektor der Energieholding. Er wird dann, wenn dieses Thema zu behandeln ist, nicht beides sein. Hier ist die Sorge geäußert worden, daß wir als Land keine Dividende bekommen für das Jahr 1996. Herr Abgeordneter Peinhaupt, natürlich wird die STEWEAG noch vor der Übertragung der Aktien den Beschluß auf Dividendenausschüttung fassen für das Jahr 1996, und erst wenn dieser Beschluß gefaßt ist, wird der heutige Beschluß, denn ich erkenne, daß sich dafür eine Mehrheit abzeichnet, durchgeführt, so daß diese Sorge nicht auftreten wird. Letzten Endes darf ich darauf hinweisen, natürlich ist immer ein derartiges Vorhaben mit Zweifel behaftet. Ich gehe davon aus, und das haben auch die sehr intensiven Gespräche mit Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Paiert gezeigt, daß wir letzten Endes eine Lösung finden, die die strategische Absicherung der STEWEAG ebenso wie die strategische Absicherung der Ferngas zum Ziel hat. Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, ist natürlich das Ziel, das wir zu vertreten haben. In diesem Sinne glaube ich an diese Lösung. Danke sehr! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 19.09 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Wir kommen nunmehr zu insgesamt drei Abstimmungen.

Erstens über den Antrag der Berichterstatter zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 214/8.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Zweitens über den Beschlußantrag der FPÖ, Einbringung der STEWEAG-Aktien in die Energie Steiermark Holding AG.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Drittens über den Beschlußantrag der Grünen und des LIF, Vorstand der Energie Steiermark Holding AG.

Jene Damen und Herren, die dem Antrag die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

### **13. Bericht des Kontroll-Ausschusses über den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 348/1, in bezug auf das Bundesland Steiermark – Verwaltungsjahr 1995.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Martin Wabl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Wabl (19.09 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es liegt der Tätigkeitsbericht des Bundesrechnungshofes in bezug auf das Bundesland Steiermark – Verwaltungsjahr 1995 – vor. Ich möchte ein paar wesentliche Punkte aus diesem Bericht anführen. Es geht hier um zwei Teile. Das eine sind unerledigte Anregungen aus den Vorjahren. Hier geht es zum Beispiel um das System der Besoldung im Landesbereich, vor allem von ehemaligen Regierungssekretären. Dann geht es

um die Frage von Aufwandsentschädigungen für Kontrolltätigkeiten bei Landesbeteiligungen, um Fragen des Wasserrechtes, dann um eine lückenlose Übersicht über alle Emittenten, dann um verschiedene EDV-Veränderungen und Problemlösungen, dann um verschiedene Kritikpunkte im Bereich der sozialen Versorgung, Hauskrankenpflege, soziale Dienste. Weiters geht es um die Frage der Landesbaudirektion – ein heißes Eisen, wo die derzeitige Organisation der Landesbaudirektion kritisiert wird, dann geht es um wirkliche Empfehlungen, die auch passiert sind. Ein weiterer wichtiger Abschnitt ist die Tätigkeit des Landesschulrates, die Frage der Dienstposten, die Anzahl der Landeslehrer, der Bezahlung, dann das Verfahren bei der Bestellung von Schulleitern, dann die Frage des Verhältnisses Bezirksschulrat – Bezirksschulinspektor, dann geht es um den Stellenplan, Doppelschulen. Das sind die wesentlichen Kritikpunkte. Der Kontroll-Ausschuß hat sich mit diesem Bericht befaßt und hat folgenden Antrag beschlossen, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in bezug auf das Bundesland Steiermark – Verwaltungsjahr 1995 – wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um die Debatte und um Abstimmung. (19.13 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Erster Redner ist der Herr Abgeordnete List. Er hat das Wort.

**Abg. List (19.13 Uhr):** Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, Hoher Landtag!

Vorerst gestatten Sie mir einige Bemerkungen zur letzten Kontroll-Ausschußsitzung vom 29. April dieses Jahres – die erste zum Landesrechnungshofbericht Nr. 31. Wir Freiheitlichen haben damals versucht, daß der Ausschuß eine Diskussion des Landesrechnungshofberichtes über die Überprüfung der Rechnungsabschlüsse der Wirtschaftsbetriebe des Landes Steiermark für das Geschäftsjahr 1995 hier im Landtag zuläßt. Insbesondere ein Teilbericht über die Prüfung der Steiermärkischen Landesbahnen wäre interessant gewesen, hier zu diskutieren und zu behandeln, weil einerseits die Landesbahnen seit Jahren rote Zahlen schreiben, das Defizit beträgt mehrere 100 Millionen Schilling und muß durch jährliche Subventionen des Landes gedeckt werden, andererseits Konzessionen für einzelne Landesbahnstrecken in nächster Zeit ihre Gültigkeit verlieren werden und weiters, weil die Bundesbahnen dazu festgestellt haben, die Landesbahnen und die Graz-Köflach-Bahn sind schwere Sanierungsfälle, die sie nicht einmal geschenkt wollten. Aus diesen Gründen, geschätzte Damen und Herren, wollten wir die Behandlung im Landtag – bedauerlich die geschlossene und gemeinsame Verhinderung von ÖVP und SPÖ im Kontroll-Ausschuß. Ein weiteres: Das Verhalten der Kollegen, der Damen und Herren Sozialdemokraten im Kontroll-Ausschuß. Sie, geschätzte Damen und Herren, wollen, daß der Kontroll-Ausschuß wieder im Anschluß an die Ausschußsitzungen vor den Landtagssitzungen angehängt wird, zuerst war es der Kollege Ernst Korp und in der letzten Ausschußsitzung der Kollege Kurt Gennaro, die sich beide massivst für eine Zusammenlegung, aus welchen Gründen auch immer, eingesetzt haben. Sie, meine Herren, wollen nach stundenlangen Ausschußbera-

tungen auch noch über verschiedene Rechnungshof- und Landesrechnungshofberichte diskutieren. Ich und meine Fraktion sind überzeugt, daß die jetzige Regelung, einen eigenen Ausschußtag für den Kontroll-Ausschuß, so wie jetzt im Zwei-Monate-Rhythmus, durchzuführen, nicht abgeschafft werden darf. Diese Vorgangsweise ermöglicht einzig und allein eine effizientere Ausschußarbeit ohne Zeitdruck. Kontrolltätigkeit, wie mit öffentlichen Geldern im Land umgegangen wird, ist ein wesentlicher Teil unserer Verpflichtung als Abgeordnete. Meine Damen und Herren! Die Mitglieder des Kontroll-Ausschusses sind für die Beibehaltung eines selbständigen Ausschußtages für die Kontrolle in der Steiermark. Auch habe ich hier, und das möchte ich hier eindrucksvoll untermauern, kein Verständnis für die Entrüstung vom Kollegen Gennaro, der leider nicht hier ist, weil er in der Sitzung sehr empört war, daß über einen Bereich des Tätigkeitsberichtes eine Stellungnahme in den Medien diskutiert worden ist und abgegeben wurde. Kurt Gennaro wurde darauf zurechtgewiesen oder zumindest aufgeklärt über den Unterschied von Rechnungshofberichten und Landesrechnungshofberichten. Nun, geschätzte Damen und Herren, zum Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes selbst. Dieser Rechnungshofbericht über das Verwaltungsjahr 1995, bezogen auf das Bundesland Steiermark, beinhaltet insgesamt 21 unerledigte Anregungen, und der Obmann des Kontroll-Ausschusses hat das bereits gesagt, 21 unerledigte Anregungen oder Empfehlungen aus den Vorjahren. Viele standen bereits in diesem Tätigkeitsbericht. Zuständig für die Erledigung dieser Anregungen sind die verschiedensten Regierungsmitglieder der Steiermärkischen Landesregierung. Hinzufügen möchte ich noch, daß während der Diskussion im Kontroll-Ausschuß kein einziges Regierungsmitglied anwesend war. Die politischen Aussagen zu den Anregungen fehlten daher – bedauerlich, das hier und heute aufzeigen zu müssen. Logischerweise konnte oder durften die vertretenen Landesbeamten zu vielen Fragen, die sich dort gestellt haben, keine befriedigende Antwort geben. Ebenso konnte auch keine Zuordnung der einzelnen Empfehlungen in Kompetenzbereiche von Regierungsmitgliedern vorgenommen werden oder immer eindeutig festgestellt werden. Entsprechend angeregt oder in Teilbereichen chaotisch war die Diskussion. Zwei Beispiele aus der Diskussion oder aus dem Inhalt der Anregungen des Rechnungshofes, die nicht vollzogen wurden: Der Rechnungshof hat etwa die Organisationsänderung in der Landesbaudirektion angeregt. Landesrat Schmid hat bereits diese Umstrukturierung in der Regierung mehrmals beantragt. Diesem Ansuchen ist die zuständige Frau Landeshauptmann Klasic nicht nähergetreten. Darüber wurde eingehendst diskutiert und über die Kompetenzen sehr massiv diskutiert. Ein weiterer Punkt, der beispielsweise erledigt worden ist und von den Anregungen des Rechnungshofes verwirklicht wurde, war die Bestellung einer Leitungsfunktion der zentralen Führung der Programmierung im EDV-Bereich. Insgesamt und zusammengefaßt bleiben viele Fragen zu den Anregungen des Rechnungshofes offen. Empfehlungen des Rechnungshofes müssen Konsequenzen zur Folge haben. Aus diesen Gründen und damit das nicht mehr passiert, daß die Abgeordneten im Kontroll-Ausschuß ihre Tätigkeit ausüben können

und die Probleme beseitigt werden, stellen die Abgeordneten List, Dr. Brünner, Dr. Wabl, Ing. Peinhaupt, Mag. Hartinger, Keshmiri und Mag. Zitz gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages folgenden Beschlusantrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag über unerledigte Anregungen und Empfehlungen, die in den jährlichen Tätigkeitsberichten des Bundesrechnungshofes enthalten sind, innerhalb einer Frist von drei Monaten ab Zuweisung an den Landtag einen Bericht über die Umsetzung dieser Punkte zu erstatten.

Ich ersuche Sie, geschätzte Damen und Herren, auf Grund einer effizienten Arbeitssteigerung im Kontroll-Ausschuß, diesem Antrag zuzustimmen.

Ein weiteres Schwergewicht, Hoher Landtag, dieses Tätigkeitsberichtes ist die Überprüfung der Gebarung des Landesschulrates für Steiermark. Insgesamt stellt der Rechnungshof im Tätigkeitsbericht schlechte Noten für den Landesschulrat aus. Hier ist die zuständige Frau Landerat Dr. Anna Rieder gefordert, um das Zeugnis zu verbessern. Auf Grund dieses schlechten Zeugnisses stellen die Abgeordneten Mag. Bleckmann, List, Mag. Hartinger und Ing. Peinhaupt gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages einen Beschlusantrag, betreffend Kritikpunkte des Rechnungshofes zum Landesschulrat für Steiermark.

Begründung: Erstens: Der Bundesrechnungshof hat in seinem Bericht, Einl.-Zahl 348/1, in bezug auf das Bundesland Steiermark – Verwaltungsjahr 1995, Kritik an den sogenannten Doppelschulen geäußert. In zahlreichen größeren Orten sind zwei oder drei gleichartige Schulen in einem Gebäude untergebracht, wovon jede über einen eigenen Leiter verfügt. Im Falle der Zusammenlegung dieser Schulen könnten Planstellen für bis zu 35 Volks- und 18 Hauptschuldirektoren eingespart werden. Dadurch würden sich die Ausgaben für die Leiterzulagen verringern. Allein die Einsparung der Schulleiterplanstellen an den vier vom Rechnungshof angeführten Doppelschulen würde die jährlichen Personalausgaben um rund 2,5 Millionen verringern.

Zweitens: Ausgehend davon, daß die Diensthoheit über die Landeslehrer in der Steiermark die Landesregierung ausübt, hat diese die Vollziehung der Personalmaßnahmen den Schulbehörden des Bundes (Landesschulrat und Bezirksschulrat) übertragen. Diese Festlegung der Zuständigkeiten hatte aber eine Aufspaltung der Arbeitsabläufe zwischen der Landesregierung und dem Landesschulrat zur Folge. Dies führte zu beträchtlichen Verzögerungen, Doppelgleisigkeiten und Unklarheiten im Verwaltungsaufwand und dadurch zu einem Verwaltungsmehraufwand.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Landesregierung wird aufgefordert, freiwerdende Stellen in Doppelschulen künftig nicht nachzubesetzen und somit eine kostengünstigere Zusammenlegung zu erwirken.

Zweitens: Die Landesregierung wird aufgefordert, hinsichtlich der Festlegung der Kompetenzen

zwischen der Landesregierung und dem Landesschulrat ein Konzept zu erarbeiten, das die Bereinigung der Zuständigkeiten der Doppelgleisigkeiten und des Verwaltungsmehraufwandes vorsieht, und dem Landtag einen diesbezüglichen Bericht vorzulegen.

Ich ersuche Sie, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages, diesen beiden Beschlüßanträgen zuzustimmen. (Beifall bei der FPÖ. – 19.22 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Majcen.

**Abg. Majcen (19.22 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident!

Der uns vorliegende Bericht aus dem Jahre 1995 ist ein Bericht, der natürlich jederzeit entstehen kann, in jeder Phase eines Unternehmens, einer Institution, wo man etwas überprüft, kommen Fehler zustande, und etwas ist nicht so, wie manche glauben, daß es sein müßte. Rechnungshöfe haben es so an sich, daß sie überhaupt glauben, ihre Stellungnahmen seien die absolut gültigen Meinungen, und alles das, was in einem Rechnungshofbericht drinnen steht, ist so wie das Amen die letzte Entscheidung. Der Bericht, der sich insbesondere auch jetzt mit dem Landesschulrat befaßt, den ich ganz kurz hier ansprechen möchte, obwohl er zweieinhalb Jahre alt ist und obwohl er eigentlich schon völlig – wie soll man sagen – unaktuell ist, verdient es trotzdem, kurz beleuchtet zu werden. Wenn die Prüfungsergebnisse für den Landesschulrat hier lauten, daß der vollständige Ersatz der Personalausgaben für die Lehrer an allgemeinbildenden Pflichtschulen durch den Bund für die Länder keinen Anreiz darstellt zu sparen und beim Bund und bei den Ländern zu einem hohen Verwaltungsaufwand führt, dann muß man sagen; ja, wenn das so ist, wie es der Rechnungshof feststellt, und das ist nicht nur in der Steiermark so, sondern in ganz Österreich, dann muß der Bund das halt ändern. Und wenn er es ändern will, dann muß er dem Land Steiermark oder den Ländern ein Angebot machen, wie man das ändern könnte. Eine ganz einfache Sache. Und insgesamt hätte man müssen als Vorbemerkung sagen, daß gerade der Bereich, der den Landesschulrat betrifft, ohne daß ich einen Grund habe, den Landesschulrat zu verteidigen, dieser Bericht einer der besten Berichte in bezug auf Landesschulräte in ganz Österreich war. Es geht immerhin bei uns in der Steiermark um 12.000 Lehrer, also eine Rieseninstitution, die hier verwaltet wird. Von diesen 12.000 Lehrern sind 78 Prozent pragmatisierte Lehrer, und zirka 2000 Lehrer sind I L- oder II L-Lehrer, solche, die es möglicherweise in nächster Zeit, wenn die Stellen weniger werden, weil die Schülerzahlen zurückgehen und weil verschiedene Maßnahmen greifen, trifft. Wir haben in der Steiermark 1600 arbeitslose Lehrer, davon ungefähr 750 Lehrer im Bereich der allgemeinbildenden Pflichtschulen. Und wenn der Rechnungshof dann feststellt, daß im Jahr 1993 bei der Überprüfung die Steiermark 18 Planstellen zuviel gehabt hat, das heißt, um 18 Planstellen überzogen hat, dann muß ich sagen, beunruhigt das mich nicht einmal in minimaler Weise, denn letzten Endes ist es ein Unterschied, ob man in der Steiermark Schulpolitik zu machen hat bei sehr schwierigen regio-

nalen und geographischen Gegebenheiten oder ob man zum Beispiel in Wien das macht. Und in diese Kerbe möchte ich auch hineinschlagen bei dieser vorgeschlagenen Vorgangsweise, Schulen zusammenzuziehen. Es gibt viele Gründe dafür, warum Schulen, wenn sie auch manchmal in gleichen Gebäuden sind, getrennt geführt werden, weil Schulen überschaubarer sind, weil es kleine Schulen sind und weil, was für uns auch wichtig ist, auch Dienstposten damit verbunden sind. Wenn es also im freiheitlichen Beschlüßantrag zu diesem RH-Bericht heißt, man könnte sich, wenn man alle Schulen in der Steiermark, die in selben Gebäuden sind, zusammenzieht, ungefähr 50 Direktorenposten ersparen, dann ist das theoretisch eine schöne Sache. Nur, 50 Direktorenposten sind 50 Dienstposten in dem Land Steiermark weniger, und es entstehen große Schulen mit 20, 22, 24, 25 Klassen, und es ist die Frage, ob das etwas ist, was wir wollen. Wir haben uns immer in vielen Bereichen den kleinen, überschaubaren Einheiten verpflichtet gefühlt, und wenn diese Kritik hier ausgesprochen wird, dann muß man sie zur Kenntnis nehmen als eine Meinung, aber man muß sie nicht unbedingt teilen. Das ist einer der Gründe, warum wir bei diesem Antrag sicher nicht mitgehen, obwohl sowohl der Landesschulrat als auch die Rechtsabteilung 13 in den letzten Jahren begonnen haben, dort, wo sich die Zusammenlegungssituation ergeben hat, mit den Schulerhaltern darüber zu reden, ob die Gemeinde das nicht will. Und es sind einige solche Schulen schon zusammengelegt worden, weil auch der Schulerhalter gesagt hat, okay, wir akzeptieren diese Vorschläge oder wir akzeptieren diese Vorgangsweise. Generell glaube ich nicht, daß das unbedingt so notwendig ist. Die Feststellung, daß die Altersstruktur des Lehrerstandes in Zukunft überdurchschnittliche Steigerungen der Personalausgaben erwarten läßt, ist natürlich eine sehr bedeutsame Feststellung. Dazu muß es vieler Berechnungen bedürfen, um das festzustellen. Es ist in Wahrheit eine ganz einfache Geschichte. Im Jahr 1970, wo der riesengroße Lehrermangel war, wo sozusagen die Schule explodiert ist, sind viele Lehrer angestellt worden, aus zwei Akademien jährlich die Abgänger, und die sind halt heute 40 und 45 Jahre. Und jetzt die jungen Lehrer fallen weg durch weniger Dienstposten, und der große Stock der „alten Lehrer“, der über 40jährigen, bleibt über, und der bewegt sich in Richtung Pension. Das wird die nächsten zehn und 15 Jahre anhalten. Das ist etwas, wo niemand entkommt, und auch die Beamten im Rechnungshof werden älter, wissen Sie das? Das müßte man irgendwann einmal hinschreiben. Auch dort wird die Struktur eine solche, wo insgesamt alles älter wird, so lange, bis wer in Pension geht und Jüngere nachkommen. Es ist auch hier ganz eindeutig festgehalten, daß der Rechnungshof, das muß man sagen, anerkennt, daß die Steigerungsraten insbesondere bei den Personalkostensätzen für die Lehrer an Pflichtschulen erheblich unter dem Bundesdurchschnitt gelegen sind. Und das ist ja auch ein Kompliment letztendlich. Das heißt, insgesamt kann man sagen, daß dieser Rechnungshofbericht einige wichtige und richtige Feststellungen enthält, daß aber überhaupt kein Grund besteht, sich aufzuregen. Ich glaube, daß der Weg in der Steiermark kein schlechter ist. Die möglicherweise zu Auseinandersetzungen führende Doppelgleisigkeit Landesregierung, Rechts-

abteilung 13, Landesschulrat ist eine Sache, über die man sicher reden wird können oder vielleicht auch reden wird müssen, denn man muß wissen, daß der Landesschulrat vom Bund bezahlt wird, die Rechtsabteilung 13 eine Abteilung des Landes Steiermark ist und die Aufwendungen, die in der Rechtsabteilung 13 zu tätigen sind, Landesaufwendungen sind. Wenn ungefähr 20, manche sagen, es sind mehr, Dienstposten im Landesschulrat mit Agenden sich befassen, die man theoretischerweise auch in die Rechtsabteilung 13, also zur Landesregierung, umlagern könnte, dann muß man wissen, in der Rechtsabteilung 13 müßten wir das bezahlen, das Land Steiermark, im Landesschulrat zahlt es der Bund. Das sind immerhin ungefähr 10 Millionen Schilling pro Jahr, die wir uns ersparen. Jetzt könnte man sagen, na gut, unter Umständen könnten dann die Bezirksschulräte, wo nur die Bezirksschulinspektoren vom Bund bezahlt werden, und die Beschäftigten, also die Sekretärinnen und der Büro- und Sachaufwand, vom Land bezahlt werden. Das könnte man neu verhandeln, das kann man selbstverständlich tun. Man kann immer alles neu verhandeln, aber es liegt für uns kein Grund vor, einem diesbezüglichen Punkt 2 des Beschlußantrages zuzustimmen. Wenn das die Regierung oder irgendwer möchte, dann wird er ein diesbezügliches Papier vorlegen. In diesem Sinne nehmen wir diesen Rechnungshofbericht so wie er ist zur Kenntnis und finden, daß er kein schlechter Bericht ist. Mögen niemals schlechtere Berichte in diesen Landtag kommen. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 19.32 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Brünner.

**Abg. Dr. Brünner (19.32 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Rechnungshofkontrolle ist über weiteste Strecken eine Ex-post-Kontrolle. Sie zeigt auf, ob den verschiedenen Prüfmaßstäben und Handlungszielen, denen die Verwaltung unterliegt, entsprochen worden ist. Rechnungshofkontrolle ist aber auch ein Hilfsmittel für die verschiedenen Verwaltungseinheiten, um ihre Aufgaben so zu erfüllen, daß die Prüfmaßstäbe der Wirtschaftlichkeit, der Ordnungsgemäßheit et cetera erreicht werden können. Das heißt also, Rechnungshofberichte haben auch eine ganz starke, zumindest für mich, Informationsfunktion gegenüber denjenigen Organen, die für die Führung, die für die Leitung der verschiedenen Verwaltungseinheiten zuständig sind. Daraus folgt, daß es notwendig ist, daß sich die Verwaltung, daß sich die Entscheidungsträger mit den Empfehlungen des Rechnungshofes auseinandersetzen und auch diesen Empfehlungen des Rechnungshofes, es sei denn, es sind begründete Einwendungen zu erheben, Rechnung tragen.

Wenn ich mir den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in bezug auf das Bundesland Steiermark für das Verwaltungsjahr 1995 anschau, dann wird hier im besonderen Teil ausgeführt, daß es aus den vorhergehenden Rechnungshofberichten 21 unerledigte Anregungen gibt und daß diesen 21 unerledigten Anregungen nur zehn verwirklichte Empfehlungen gegenüberstehen. Das muß man sich einmal vergegenwärtigen. 21 unerledigte gegen zehn erledigte. Ich greife nur zwei oder drei der Anregungen des

Rechnungshofes aus den letzten Jahren heraus, die noch nicht erledigt sind. Bereits im Wahrnehmungsbericht des Jahres 1995 hat der Bundesrechnungshof eine Organisationsänderung in der Landesbaudirektion vorgeschlagen, nämlich durch Schaffung je einer Hochbauabteilung für den Bund einerseits sowie für Land und Gemeinden andererseits zur wirtschaftlicheren und zweckmäßigeren Bearbeitung der Hochbauangelegenheiten unter Beachtung durchgängiger Projektverantwortlichkeit zu kommen. Das ist meines Erachtens ein sehr sinnvoller organisatorischer Vorschlag, um gewisse Verflechtungen und um ein gewisses Ineinanderfließen von Verantwortungsbereichen hintanzuhalten und die Verantwortungsbereiche klar voneinander zu trennen. Was sagt die Landesregierung im vorliegenden Rechnungshofbericht? Laut Mitteilung der Landesregierung werde der gesamte Hochbau in absehbarer Zeit neu strukturiert, wobei die Empfehlungen des Rechnungshofes berücksichtigt werden würden, aufgezeigt in einem Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes aus dem Jahr 1995. Im Jahr 1997 teilt die Landesregierung mit, daß das in absehbarer Zeit geschehen werde. Wie die Landesregierung die Termine „absehbare Zeit oder unverzüglich“ und so weiter interpretiert, das sehen wir aus verschiedenen anderen Beschlüssen, die der Landtag gegenüber der Landesregierung faßt. Ich verweise nur darauf, daß wir im Herbst einen Beschluß gefaßt haben, daß die Landesregierung unverzüglich ein Wohnversorgungsprogramm vorlegen soll. Bis heute hat dieses Wohnversorgungsprogramm noch nicht das Licht des Landtages erblickt, obwohl das Wort „unverzüglich“ drinnensteht.

Ein anderer Punkt dieser unerledigten Empfehlungen des Rechnungshofes: Der Rechnungshof hält fest, daß der Abschluß leistungsbezogener Vereinbarungen bei Gewährung von Subventionen auf dem Gebiet der freien Wohlfahrt ohne entsprechende Festlegungen erfolgt, daß die Leistungen nicht genau definiert werden und daß in der Folge auch die Erfüllung nicht überprüft werden kann, eine Anregung im Wahrnehmungsbericht aus dem Jahr 1995. Im Wahrnehmungsbericht, der uns jetzt vorliegt, sagt die Landesregierung lakonisch null, nichts. Sie gibt dazu überhaupt keine Stellungnahme ab. Meine Damen und Herren! Rechnungshofkontrolle kostet etwas, Rechnungshofkontrolle dient der Information, erfüllt eine Informationsfunktion, abgesehen von der Detektivfunktion des Rechnungshofes. Wenn wir aber so mit den Informationen umgehen, die der Rechnungshof bei der Prüfung der Verwaltung entwickelt, dann hat das ganze im Grunde genommen wenig Sinn. Aus diesem Grund haben wir einen Beschlußantrag vorbereitet gehabt, der daraufhin gerichtet ist, daß die Landesregierung berichten soll, ob und inwieweit den Empfehlungen des Rechnungshofes Rechnung getragen worden ist. Weil die Freiheitlichen einen analogen Beschlußantrag, der in seinem sachlichen Geltungsbereich weiter gewesen ist als unserer – er hat sich auf alle Rechnungshofberichte bezogen –, habe ich zugestimmt, daß wir so quasi einen verbundenen Beschlußantrag machen. Ich hoffe, daß auch die anderen Fraktionen unserem gemeinsamen Beschlußantrag zustimmen, nämlich daß die Landesregierung nach sechs Monaten nach Vorliegen eines solchen Rechnungshofberichtes dem Landtag darüber Bericht erstattet, ob

und inwieweit den Empfehlungen in einem Rechnungshofbericht Rechnung getragen worden ist. Nur so kann die Rechnungshofkontrolle ernst genommen werden, und nur so kann auch die Kontrolle durch den Landtag ernst genommen werden, weil für mich der Rechnungshof, beide Rechnungshöfe, sowohl der Bundesrechnungshof als auch der Landesrechnungshof, ein Instrument des Landtages bei der Kontrolle der Landesverwaltung darstellen. (Beifall beim LIF. – 19.39 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Vorläufig letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Herr Abgeordnete Kröpfl.

**Abg. Kröpfl (19.39 Uhr):** Verehrter Herr Präsident, Frau Landesrat, meine Damen und Herren!

Ich möchte kurz zu diesem Bericht des Rechnungshofes Stellung nehmen. Bevor ich darauf eingehe, kurz zum Kollegen List bezüglich der Kontroll-Ausschußsitzungen. Es war und ist für uns auch nicht einzusehen, daß wir Ausschüßtage abhalten, die schon relativ früh enden, und an diesen Tagen am Ende kein Kontroll-Ausschuß auf der Tagesordnung steht. Wir wehren uns nicht dagegen, daß es eigene Ausschüßtage für den Kontroll-Ausschuß gibt, wenn es notwendig ist. Aber wenn das, wie wir teilweise sehen, fast provokant gemacht wird, daß es eigene Tage gibt und andere Ausschüßtage nicht voll ausgenützt werden, dann können wir dem nicht folgen. Und die SPÖ-Fraktion nimmt die Tätigkeit des Kontroll-Ausschusses sicherlich sehr ernst. Aber wir glauben, daß wir das auch in anderer Form bewältigen könnten. Bei diesem Rechnungshofbericht möchte ich vor allem auf die Situation im Landesschulrat oder auf die Kritik, die den Landesschulrat betrifft, eingehen und auch dazu Stellung nehmen, was in den Medien bereits kolportiert wurde. Das Zusammenlegen der Doppelschulen – Kollege Majcen hat schon sehr vieles dazu gesagt –, es stimmt ja nicht, und es ist auch nicht so, daß sich die Landesregierung nicht bemüht, dort, wo es möglich ist, Schulen zusammenzulegen. Und ich habe eine Liste hier, wer daran interessiert ist, hier kann man nachschauen, bei wie vielen das schon passiert ist. Aber ich gebe schon zu bedenken, daß man nicht generell darüberfahren kann und sagen kann, alle Doppelschulen müssen zusammengelegt werden. Wir verwehren uns dagegen, daß wir gegen den Willen der Gemeinden Schulen zusammenlegen, wir verwehren uns dagegen, aus pädagogischen Gründen verwehren wir uns dagegen, daß man Schulen zusammenlegt, weil Schulen unterschiedliche Schwerpunkte haben können und es deswegen aus pädagogischer Sicht sinnlos wäre, diese Schulen zusammenzulegen. Und wir wissen auch, daß große Schulen auch sehr, sehr viele Nachteile haben, und nicht zuletzt ein ganz wesentlicher Punkt, wenn wir 1700 arbeitslose Lehrer in der Steiermark haben, dann, glaube ich, darf man nicht darüber diskutieren, daß man noch mehr Dienstposten vielleicht sogar leichtfertig auf das Spiel setzt. Und deswegen sind wir nicht generell dafür, daß wir Schulen zusammenlegen, sondern es muß immer vor Ort geprüft werden, und dann kann man über die einzelnen Punkte diskutieren.

Zu weiteren Punkten des Kontrollausschußberichtes, wenn ich hier lese, daß die Personalkosten so hoch sind, dann hängt das – wie Kollege Majcen schon gesagt hat – natürlich mit dem Alter der Kolleginnen und Kollegen zusammen, und daß die natürlich nicht jünger werden im Schuldienst ist auch klar. Aber ein Punkt fällt mir schon noch ein, denn wenn wir die Bundesgesetzgebung anschauen, dann muß man schon sagen, daß sehr vieles, was im Bundesgesetz geregelt wird, sich direkt auf die Personalkosten und so weiter auswirkt. Und das muß man auch einmal festhalten, um das richtigzustellen.

Und dann vielleicht noch zum letzten Punkt, den ich herausgreifen möchte, wenn es um die Kompetenzverteilungen geht, dann gebe ich schon auch zu bedenken, daß das erstens einmal in einem Gesetz geregelt wurde, in einem Gesetz, das der Landtag beschlossen hat im Jahre 1966, das Landeslehrerdiensthoheitsgesetz, indem diese Kompetenzen zwischen Landesschulrat, Rechtsabteilung und Bezirksschulräten sehr genau festgelegt wurde. Und wenn wir als Landtag das Gefühl haben, wir sollten hier eine Änderung vornehmen, dann könnten wir ja diese Anträge auch im Landtag einbringen. Nur dabei bedenken, was Kollege Majcen schon gesagt hat, die Kostenfrage, wenn wir Kompetenzen verschieben vom Landesschulrat zur Rechtsabteilung oder von den Bezirksschulräten zu den Rechtsabteilungen. Das sind Kosten, die dem Land erwachsen werden. Ein wesentlicher Punkt, der bei diesen Verschiebungen vielleicht noch zu berücksichtigen ist: Durch diese Kompetenzverteilungen gibt es natürlich auch verschiedene Kontrollmöglichkeiten untereinander. Und auch das sollte man nicht außer Auge lassen, daß wir auf diese Kontrollkompetenzen zurückgreifen können. Und wenn es darum geht, Verfahrensläufe zu beschleunigen, so kann das in der Zeit, in der wir leben, in der hochtechnologisierten Zeit, kein Problem sein, wo alles untereinander vernetzt ist, daß der Datenaustausch etwas rascher vor sich geht, als es manchmal momentan noch passiert. Dort ist sicherlich noch etwas an Handlungsbedarf, aber das könnte man auch erledigen.

Ein letzter Punkt, der mir sehr am Herzen liegt, ist der Ruhestand. Wenn da hier festgestellt wird, daß sehr viele Lehrer vorzeitig in den Ruhestand treten, dann kann man das sehr populistisch ausschlichten und sagen, ja, die Lehrer gehen alle schon vorzeitig in die Alterspension. Ich glaube, wir sollten darauf Rücksicht nehmen und schauen, warum und wo die Ursachen für diesen Weg in den Ruhestand führen. Es sind sicher sehr viele Zeichen dafür, das „Burn-Out-Syndrom“ ist eines, was in der Lehrerschaft sehr groß ist, vor allem bei jenen Kolleginnen und Kollegen, die die Arbeit als Pädagogen sehr, sehr ernst nehmen. Und eines noch dazu, auch wenn ich dem Vorschlag, den Frau Unterrichtsminister Gerer gemacht hat, Lehrer künftig mit 55 in Pension zu schicken, positiv gegenüberstehe, dadurch könnten wir für junge Kolleginnen und Kollegen sehr viele Jobs wieder schaffen. Aber ich warne auch als Lehrervertreter davor, das einseitig zu sehen und vielleicht nach einer Regelung zu suchen, die nur die Landeslehrer oder nur die Lehrer trifft. Wenn, dann sollten wir dieses Problem größer sehen.

Zum Beschlußantrag der freiheitlichen Fraktion: Wir können dem Punkt 1 auf keinem Fall beitreten aus den oben genannten Gründen. Sollte eine getrennte, eine punktuelle Abstimmung über diesen Beschlußantrag möglich sein, dann könnten wir uns dem Punkt 2 durchaus anschließen, um diese Kompetenzverteilungen wirklich zu überdenken zwischen Landesschulrat, Rechtsabteilung, aber auch die Bezirksschulräte müßte man da miteinbauen. (Beifall bei der SPÖ. – 19.45 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Klubobfrau Bleckmann. Sie hat das Wort.

**Abg. Mag. Bleckmann (19.45 Uhr):** Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident!

Zuerst zu dir, Kollege Majcen. Du sagst, der Rechnungshofbericht ist halt schon so alt, und wir sollen das alles nicht so für wahr nehmen, was da drinnen steht. Wenn du das so siehst, dann frage ich mich schon, wozu diskutieren wir dann über diese hübschen Berichte, wenn es heißt, darüber brauchen wir eigentlich eh nicht reden, das ist schon so alt. Dann sparen wir es uns. Ich glaube, dann könnten wir uns generell viel Zeit ersparen, und lassen wir das ganze. (Abg. Majcen: „Könnten wir auch!“) Ach so, ich spreche dir aus dem Herzen. So nimmt die ÖVP die Sache ernst. Andererseits halte ich es für notwendig und richtig, daß es auch Kontrollberichte gibt, wo Dinge aufgezeigt werden. Wo doch die Regierung immer wieder daran erinnert wird, hier oder dort noch etwas zu unternehmen und zu regeln. Auch wenn diese Berichte alt sind, zeigt sich jedoch, daß im einen oder anderen Bereich sehr wohl Handlungsbedarf ist. Und deshalb bringen wir den ersten Beschlußantrag ein, um zu erfahren, was die Regierung diesbezüglich unternommen hat, denn wenn die Regierung alles so toll und so richtig macht, dann hören wir in drei Monaten, daß alles bestens ist und daß das eine gemacht wurde, weil es sinnvoll war, und das andere, weil es nicht so sinnvoll war, nicht gemacht wurde. Aber uns als Landtagsabgeordnete würde es interessieren. Ich weiß nicht, ob du in der Sitzung dabei warst, aber es war keines der Regierungsmitglieder da, um uns irgendeine Auskunft darüber zu geben. Und das ist eine Mißachtung des Landtages und der Ausschusssitzungen, daß uns niemand Auskunft geben konnte. Insofern ist es schon sehr wichtig und notwendig, wie wir über die Rechnungshofberichte sprechen. Und wie man sieht, ist es auch notwendig, daß wir über die Bereiche des Landesschulrates sprechen. Es geht hier – bitte, lesen Sie sich, Herr Kollege Gennaro, genau unseren Antrag durch – es geht hier darum, daß die Landesregierung aufgefordert wird, in Doppelschulen freiwerdende Stellen nicht nachzubesetzen. Das heißt, nur dort, wo Personen in Pension gehen. Natürlich heißt das, man kann dann auch nicht nachbesetzen. Aber es geht nur um Direktorenposten, die hier eingespart werden. Das ist ein Untereschied. Außerdem können wir im Rechnungshofbericht lesen, daß die Landesregierung ein Konzept ausgearbeitet hat, daß das bereits gemacht wird. Und jetzt sagen auf einmal alle nein, das können wir nicht, und das wollen wir nicht machen. Also, da verstehe ich jetzt nicht mehr, spricht jetzt die Landesregierung von Dingen, die andere nicht kennen, oder

wie ist es? Wenn hier nämlich steht, die Landesregierung hat ein Konzept ausgearbeitet, um mit dessen Umsetzung zu beginnen, also Umsetzung der Einsparung von Dienstposten bei Doppelschulen, wo freiwerdende Dienstposten sind, wo einer in Pension gegangen ist. Und gerade das – haben wir gedacht – ist relativ vernünftig, daß wir das umsetzen. Das könnte auch 2,5 Millionen einsparen, wenn man nur in vier solcher Doppelschulen nicht nachbesetzen würde. Es ist zwar, wie es so schön heißt, „Kleinvieh“, aber auch das macht „Mist“ im gesamten Einsparungsbereich, wo es auch niemand wehtun würde. Es geht jetzt nicht darum, hier Unmengen von Posten einzusparen, sondern nur dort, wo es auch nicht wehtut, nämlich dort, wo es um freiwerdende Posten geht, wo einer in Pension geht, Doppelschulleiter zusammenfaßt. Da verstehe ich wirklich nicht – vor allem nicht –, daß die Landesregierung hier ein Konzept hat, daß die Kollegen unserem Antrag nicht zustimmen. (Abg. Dr. Wabl: „Es ist vernünftiger, die Lehrer unterrichten, bringen ihr Wissen den Kindern bei, als sie sitzen zu Hause!“) Es geht jetzt nicht darum, ob die Lehrer zu Hause sitzen oder nicht, sondern daß diese Direktorenposten nicht nachbesetzt werden, da gibt es echte Mißverständnisse. Ich weiß, hier sind Angesprochene. Aber da sitzt ja doch nur ein geringerer Teil, weil sie mit Arbeit als Direktoren auch beschäftigt sind. Das wären vier Posten. Man muß halt auch die Kosten und Nutzen betrachten. Und daß hier überhaupt nichts gemacht werden kann, ist auch sehr blauäugig. Und wenn es hier schon sinnvolle Vorschläge gibt, die die Landesregierung eh schon macht, und jetzt regen sich auf einmal alle auf, aber wir werden vielleicht von der Frau Landesrat eine Aufklärung bekommen, wie der wirklich gehandhabt wird. Sie war ja auch nicht in der Ausschusssitzung. Vielleicht kann sie uns ja hier Aufklärung geben, wie das auch von der Landesregierung und vom Landesschulrat her gehandhabt wird bezüglich dieser Nachbesetzung. (Abg. Dr. Wabl: „Wir brauchen keine Aufklärung!“) Ein zweiter Punkt: Ich verstehe Sie auch nicht mehr, Kollege Kröpfel. Wie ist es nun, sind Sie jetzt für den Punkt 2 unseres Beschlußantrages oder gegen den Punkt 2? Wenn ich Ihre Rede angehört habe, dann haben Sie eigentlich gemeint, man muß bei den Verfahrensabläufen nichts einsparen. Es ist wichtig, daß es hier Kontrolle gibt, daß man alles doppelt macht. Dann sagen Sie aber, Sie stimmen unserem Punkt 2 zu. Ich freue mich, daß Sie diesem Punkt zustimmen, denn es geht darum, ein Konzept zu machen, wo man genau diese Dinge, die der Rechnungshof aufzeigt, verändern könnte, ein Konzept, das wir uns dann anschauen. Dann sehen wir ja, ob es sinnvoll ist, die Abteilung und den Landesschulrat zusammenzufassen oder nicht. Ich freue mich auch, daß die Kollegen der SPÖ bei unserem Antrag mitgehen.

Ich sage schon nichts mehr, damit ihr ja mitgeht bei dem Punkt. Ihr habt da aber scheinbar etwas mißverstanden, denn erst zu sagen, es läuft eh alles bestens, und dann zu sagen, man soll doch ein Konzept machen und dem zustimmen, das verstehe ich dann auch nicht, denn es sind ja einige Dinge im argen, und das wissen wir alle. Der eine Bereich macht Definitivstellungen, der andere Bereich macht die Pragmatisierungen. Die Lehrer müssen zur Rechtsabteilung rennen, müssen zum Landesschulrat rennen, wenn es um Personal-

angelegenheiten geht. Hier gibt es genug Möglichkeiten der Verfahrensvereinfachung, wobei nicht unbedingt herauskommen muß, daß hier die Rechtsabteilung 13 zu verstärken ist. Es kann ja auch herauskommen, daß vielleicht mehr im Landesschulrat angesiedelt wird. Hier bitte ich schon auch, es ist vielleicht eine sehr unverflorene Bitte, nicht nur Machtgedanken spielen zu lassen, weil der Schulbereich bei einer anderen Fraktion ist, daß man deshalb das Konzept in diese Richtung ausfallen läßt, wie es politisch vielleicht wünschbar ist, sondern daß das Konzept wirklich so ist, daß es für die Lehrer Vereinfachungen bringt, daß es hier wirkliche Verfahrensvereinfachungen bringt und dieses System nicht mehr so kompliziert ist, um auch dahintersehen zu können. Ich danke für die Zustimmung zu Punkt 2, sofern sie noch immer vorhanden ist. Ich bitte um getrennte Abstimmung bei diesen beiden Punkten unseres Beschlußantrages. (Beifall bei der FPÖ. – 19.52 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Meine Damen und Herren! Wir kommen nunmehr zu den Abstimmungen. Zunächst bitte ich Sie, sofern Sie dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Nunmehr kommen wir zum ersten Antrag, der seitens der freiheitlichen Fraktion eingebracht wurde, aber auch die Namen Dr. Brünner, Dr. Wabl, Keshmiri und Mag. Zitz enthält, und zwar mit dem Inhalt, innerhalb einer Frist von drei Monaten ab Zuweisung an den Landtag einen Bericht über die Umsetzung der noch nicht umgesetzten Anregungen des Rechnungshofes abzugeben. (Abg. Mag. Bleckmann: „Herr Präsident, ich weiß nicht, ob das geht. Dürfen wir die Frist auf sechs Monate ändern?“). Das ist in diesem Augenblick nicht mehr möglich. Es gibt aber einen Antrag des Liberalen Forums, der die sechsmonatige Frist enthält. Dem könnten Sie später zustimmen. Zur Geschäftsordnung, Herr Abgeordneter Dr. Brünner. (Abg. Dr. Brünner: „Wir haben keinen formellen Antrag gestellt, sondern einen verbundenen mit den Freiheitlichen. Unseren gibt es formell nicht!“) Dann ist dieses, wie mir auch der Herr Hofrat bestätigt, nach der Geschäftsordnung möglich. Wir stimmen jetzt mit der Maßgabe ab, daß diese Frist sechs Monate betragen soll.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist mehrheitlich angenommen.

Wir kommen nun zum zweiten Antrag der Abgeordneten Damen und Herren Mag. Bleckmann, List, Mag. Hartinger, Ing. Peinhaupt. Dieser Antrag enthält zwei Beschlußpunkte. Es wurde an mich herangetreten, hier getrennt abstimmen zu lassen. Ich gehe demnach so vor. Der erste Beschlußpunkt lautet folgendermaßen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, freiwerdende Stellen in Doppelschulen künftig nicht nachzubesetzen und somit eine kostengünstige Zusammenlegung zu erwirken.

Wer diesem ersten Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit erlangt.

Wir kommen zu Punkt 2 dieses Beschlußantrages.

Die Landesregierung wird aufgefordert, hinsichtlich der Festlegung der Kompetenzen zwischen der Landesregierung und dem Landesschulrat ein Konzept zu erarbeiten, welches eine Bereinigung der Zuständigen vorsieht, und diesbezüglich dem Landtag einen Bericht vorzulegen.

Wer diesem Punkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir haben diesen Tagesordnungspunkt somit erledigt.

**14. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 423/1, der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Dr. Wabl und Mag. Zitz, betreffend Änderung des Paragraphen 88 im Steiermärkischen land- und forstwirtschaftlichen Schulgesetz, LGBl. Nr. 12/1977, in der Fassung LGBl. Nr. 74/1995.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Margit Keshmiri. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Keshmiri (19.57 Uhr):** Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 6. Mai 1997 über den Antrag, Einl.-Zahl 423/1, der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Dr. Wabl und Mag. Zitz, betreffend Änderung des Paragraphen 88 im Steiermärkischen land- und forstwirtschaftlichen Schulgesetz, LGBl. Nr. 12/1977, in der Fassung LGBl. Nr. 74/1995, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt: Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß stellt den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der obgenannte Antrag, betreffend Änderung des Paragraphen 88 im Steiermärkischen land- und forstwirtschaftlichen Schulgesetz, LGBl. Nr. 12/1977, in der Fassung LGBl. Nr. 74/1995, wird mit nachstehenden Änderungen beschlossen: In der Einleitungsklausel ist der Ausdruck „LGBl. Nr. 74/1995“ zu ersetzen durch „LGBl. Nr. ..../1997“. Im Artikel I werden anstelle der „Z. 5“ die „Z. 6“ und anstelle „5“ „6“ gesetzt. Danke. (19.57 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Erste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Pußwald. Sie hat das Wort.

**Abg. Pußwald (19.57 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ist das landwirtschaftliche Schulwesen ein Fremdkörper in der steirischen Schullandschaft? Die Schülerzahlen bleiben nahezu konstant, obwohl ein rauher Wind geht. Was suchen die Eltern für ihre Kinder in diesen Häusern? Vor etwa 100 beziehungsweise rund 120 Jahren sind die ersten steirischen Fachschulen entstanden. Bekannte Namen und große Persönlichkeiten prägten diese Schulen und ganze Bauerngenerationen. Ekkehard Hauer, Betty Hinterer, Hans Alfons, um nur einige zu nennen. Schon damals galt die Vermittlung besonders realitätsbezogener Bildungsinhalte der Sicherung der bäuerlichen Existenzen. Allerdings waren diese Schulen nur von großen

freien und auch finanzkräftigen bäuerlichen Kindern erreichbar und zugänglich. Nach dem Krieg waren die freiwilligen Fortbildungsschulen während der Wintermonate beziehungsweise auch am Sonntag vormittag wichtige Informations-, Bildungs- und Kontaktzentren. Viele Volksschullehrer und Volksschulleiter unterrichteten die allgemeinbildenden Fächer, viele Beratungskräfte gaben ihr Fachwissen weiter, und damals zogen wenige Landwirtschaftslehrer meist als „Wanderlehrer“ von einer Fortbildungsschule zur anderen. Sie waren im ständigen Kontakt mit den Anliegen und Aufgaben ihrer meist erwachsenen Schüler. Mit der Einführung des neunten Schuljahres Anfang der sechziger Jahre wurde die Frauen- und Mädchenbildung im ländlichen Raum besonders aktiviert. Das Schlagwort „jeder Hofübernehmer ein Absolvent einer Fachschule“ sicherte den Bauern die Anerkennung und Achtung weiter Teile der steirischen Bevölkerung und ermöglichte vielen, neue Wege in der Landwirtschaft zu gehen. Der Zeitenlauf wurde kürzer, die Anforderungen an die Ausbildung und Weiterbildung veränderten sich permanent. Eine ständige Anpassung der Inhalte ist somit auch heute noch nötig. Wichtigste Aufgaben des landwirtschaftlichen Schulwesens sind a) nach wie vor die Sicherung der bäuerlichen Existenzgrundlagen durch betriebswirtschaftliche, fachlich praktische und theoretische Kompetenz und durch menschlich soziale Sicherheit, bäuerliches Denken, nachhaltiges Handeln und Wirtschaften, Sparsamkeit, Nachbarschaftspflege; b) die Sicherung der Umwelt durch Bodengesundheit, Erhaltung des Wassers, der Tiergesundheit und ganzheitliches Denken und Handeln in der Nachhaltigkeit im Umgang in der Natur. Aktivitäten und Muse im Ausgleich, aber auch Geduld im Heranwachsen. Und damit können körperliche und seelische Gesundheit auch für den Menschen als Ziel betrachtet werden; c) die Sicherung und die Stärkung des ländlichen Raumes durch ein gezieltes Bildungs- und Schulungsangebot in den vorher genannten Bereichen, wie diverse Kooperationen mit der Region zum Beispiel im Tourismus. Ich weise auf die Erhaltung der Kulturlandschaft hin, auf gesunde, hochwertige Lebensmittel, auf Dienstleistungen in den Gemeinden, beispielsweise Schneeräumen, Grünschnitte, Kompostierung, Wärmelieferung. Um all diesen Anforderungen entgegenzukommen, sind ständige Anpassungen der Inhalte nötig.

So wurde in den letzten Jahren gerade auch in der Mädchen- und Frauenbildung intensiv an Erneuerungen gearbeitet. Auch sollen die Frauen zunehmend die Chance haben, im Zuerwerb beziehungsweise im Nebenerwerb zur Existenzsicherung der Betriebe beizutragen. Wenn der Bauer im Nebenerwerb ist, ist er oft sehr weit außer Haus, er ist meist sogar ein Pendler. Auf sie kommt die doppelte, sehr schwere körperliche Belastung zur seelischen Belastung dazu. Es gilt, alle Chancen zu nutzen, um die jeweiligen betriebswirtschaftlichen Komponenten entsprechend aktivieren zu können. Ebenso ist es nötig, daß die jungen Frauen, die aus anderen Bereichen und aus anderen Berufen auf einen Hof kommen, die Grundinformation der bäuerlichen Wertewelt vermittelt bekommen. Allein die Ehe in ein festes Familiengefüge erfordert sehr viel Kraft, Einfühlungsvermögen und auch Aufgeschlossenheit. So sind die sprachliche Kompetenz, Konfliktlösungskompetenz, Teamfähigkeit, Genauig-

keit und Konsequenz wichtige Schlüsselqualifikationen. All diese Inhalte werden im Bereich der Schulen unter Soziales versucht abzudecken. Neben den Hauptgegenständen der Allgemeinbildung, den fachtheoretischen Unterrichtseinheiten, ist die Praxis ein besonders wichtiger Bestandteil. Erfahrungswerte, persönliche Erlebnisse festigen die theoretischen Grundlagen. Erst über die praktische Ausübung in den hauswirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Tätigkeiten können die theoretischen Grundlagen erkannt und gefestigt werden. In Anbetracht dieser Aufgaben ist eine breite Information und Zusammenarbeit im Beirat nur zu begrüßen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 20.06 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Gegenprobe, dieser Antrag ist somit angenommen.

Wir kommen nunmehr zu Punkt

**15. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über den Antrag, Einl.-Zahl 430/1, der Abgeordneten Pußwald, Beutl, Dr. Karisch und Wicher, betreffend geschlechtsunabhängige Arbeitsbewertungssysteme zum Abbau der Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Annemarie Wicher. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Wicher (20.06 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Berichten darf ich über den Antrag der Abgeordneten Pußwald, Beutl, Dr. Karisch und meiner Person, betreffend geschlechtsunabhängige Arbeitsbewertungssysteme zum Abbau der Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern.

Begründet wird dieser Antrag mit der Tatsache, daß Männer für vergleichbare Arbeiten im Schnitt zumindest 27 Prozent mehr bezahlt bekommen als Frauen, wenn man die Teilzeitbeschäftigten mit einbezieht, geht es sogar auf 42 Prozent hinauf. Das fußt auf dem Sozialbericht aus dem Jahre 1995. Die gesetzlichen Regelungen haben offenbar zu keinem Ergebnis geführt. Nun soll jetzt durch den Einsatz geschlechtsunabhängiger Arbeitsbewertungssysteme diesen Mißständen abgeholfen werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, gemeinsam mit den Sozialpartnern geschlechtsunabhängige Arbeitsbewertungssysteme zum Abbau der Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern auszuarbeiten und die Ergebnisse in den nächsten Bericht über die soziale Lage einzubeziehen.

Meine Damen, vor allem meine Herren, ich bitte um Zustimmung. (20.07 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete, für den Bericht. Erste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Pußwald.

**Abg. Pußwald** (20.07 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus!

„ABAKABA“ heißt das geschlechtsunabhängige Arbeitsbewertungsinstrument in der Schweiz, und es bewährt sich. Was sind die Inhalte? Zur Zeit wird die Schwere der körperlichen Arbeiten, der zeitliche Aufwand und die Vorbildung als Schwerpunkte für eine Einstufung und auch für die Bewertung der Arbeit herangezogen. Wie schaut es in diesem Schweizer Modell aus? Dort werden Fähigkeiten, zum Beispiel organisatorische Fähigkeiten, natürlich auch fachliche Anforderungen, aber auch das Nutzen von Handlungs- und Entscheidungsfreiheiten bewertet. Ebenso werden die sogenannten weiblichen Tugenden, die vom hohen Management zunehmend an Bedeutung und an Gewicht gewinnen, selbstverständlich miteingebunden. Beispielsweise Konfliktlösungsmöglichkeiten, mündliche Kommunikationsfähigkeiten, vermehrtes Einfühlungsvermögen, Kooperationsbereitschaft und Motivationskompetenz. Mit diesen Aufforderungen sind weder Männer noch Frauen besonders bestückt, sondern das ist eine klare geschlechtsneutrale Arbeitsgewichtung. Nicht nur die Muskelkraft und der Zeitaufwand, wie es in der Vergangenheit war, werden herangezogen, sondern es spielt eine Rolle, wie die Verantwortlichkeit gegenüber den Mitarbeitern und den Vorgesetzten wahrgenommen wird. Diese Dinge zehren sehr an Körper und an Psyche.

Es ist – wie erwähnt – egal, ob diese Leistungen von Männern oder Frauen erbracht werden. Es ist nötig, sich auf Bundesebene in der Sozialpartnerschaft zusammenzutun, diese neuen, in der Schweiz erprobten und auch bewährten Bewertungskriterien nachzuvollziehen und nach Möglichkeit auch bei uns die Arbeit in dieser Art und Weise zu bewerten. Nach dem EU-Recht Artikel 119 sollte es bereits jetzt keine formellen Ungleichheiten mehr geben. Nur die Tatsache ist in der Realität eine andere. Nicht nur, daß die Frauenarbeitslosigkeit, wie wir es heute schon gehört haben, in den letzten Jahren stark zugenommen hat, auch das Arbeitslosengeld von beinahe 60 Prozent der arbeitslosen Frauen liegt unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz für Alleinstehende in der Pensionsversicherung. Nur 20 Prozent der Männer sind davon betroffen. Die durchschnittliche Notstandshilfe für Frauen beträgt 6200 Schilling, für Männer immerhin 8000 Schilling. 30 Prozent aller Notstandshilfeempfängerinnen müssen mit einer monatlichen Leistung von 4900 Schilling über die Runden kommen. Gemessen am mittleren Einkommen unter Einbeziehung der Teilbeschäftigten beziehen die Männer sogar um 43 Prozent höhere Einkommen als die Frauen. Trotzdem ist der mittlere Bruttoverdienst der Frauen in den letzten 15 Jahren nominell um 103 Prozent gestiegen. In Prozentpunkten sind das sogar etwa 11,5 Prozent stärker als bei den Männern. Was ist dafür ausschlaggebend? Das strukturelle Ungleichgewicht wird durch das besondere Engagement der Frauen in der Aus- und Weiterbildung aufgehoben, wenn die Frauen zur Aus- und Weiterbildung zugelassen werden. Das Vordringen vieler Frauen in sogenannte qualifizierte Arbeitsplätze, auch in nicht frauenadäquate Arbeitsplätze, natürlich auch das Aufholen der Frauen bei der Schulung und Berufsausbildung und, und das soll auch nicht verschwiegen werden, auch die Lohnver-

handlungen der Gewerkschaften haben dazu das Ihre beigetragen. Wie die Frau Berichterstatterin schon gesagt hat, ich bitte Sie, daß Sie diesem Antrag zustimmen, so daß sich die Sozialpartnerschaft auf Bundesebene mit den neuen Bewertungskriterien über Arbeit auseinandersetzen kann. Danke. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 20.12 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nunmehr zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht. Nach ihr die Frau Abgeordnete Beutl.

**Abg. Dr. Reinprecht** (20.12 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich möchte eingangs etwas ganz Persönliches sagen. Mir ist aufgefallen, als die Kollegin Pußwald zu einem Frauenthema gesprochen hat, ist der Lärmpegel in diesem Haus plötzlich unglaublich gestiegen. (Abg. Gennaro: „Dafür sind wir bei dir ganz ruhig!“ – Abg. Tasch: „Ich gehe jetzt zu einer Männerberatungsstelle!“) Herr Abgeordneter Tasch, wenn Sie sich unbedingt erleichtern wollen, dann gehen sie hinaus. Dort ist eine Tür, wo „00“ draufsteht.

Wir sind natürlich für diesen Antrag der ÖVP-Frauen, weil die Zielrichtung die richtige ist, und weil wir auch dieser Meinung sind. Daher haben wir auch der Abgeordneten Pußwald Beifall geklatscht zu ihrer Wortmeldung. Trotzdem möchte ich eine politische Kritik anbringen. Ich finde es einigermaßen seltsam, wenn man sich in dieser Frage an der Tarifautonomie, noch dazu über Antrag an den Bund, abputzen will. Ich denke, wir als Landtag könnten auch einige Dinge selber tun. Es ist zwar so, daß die meisten Frauenangelegenheiten in der Bundeskompetenz liegen, aber wir könnten zum Beispiel den ersten Punkt des Frauenvolksbegehrens auch im Land verwirklichen, indem wir sagen, daß wir jene Betriebe bevorzugt in Auftrag nehmen, die Frauenförderungspläne haben. Das könnten wir zum Beispiel als Landtag machen. Per Gesetz ist die Anerkennung der Gleichwertigkeit bei uns nicht definiert, weil dies auf Grund der unterschiedlichsten Anforderungen und Tätigkeiten auch nicht möglich ist. Daher kann die Frage der Anerkennung der Gleichwertigkeit von Frauen- und Männerarbeit meiner Meinung nach in erster Linie nur innerbetrieblich gelöst werden. Deshalb hat auch die Europäische Kommission in der Empfehlung „Leitfaden zur Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgeltes für Männer und Frauen“ die Unternehmen als Hauptansprechpartner in dieser Frage erkannt, erst in zweiter Linie die Tarifpartner. Wir haben hier bei der Frauenarbeit mehrere Probleme. Ein Problem ist, es gibt durchaus geschlechtsneutrale Regelungen, die aber Frauen benachteiligen. Zum Beispiel, daß bei der Teilzeitarbeit geleistete Mehrarbeit nur als Mehrarbeit gilt, und nicht als Überstunde. Natürlich ist das für Männer und für Frauen gleich, aber es betrifft fast ausschließlich Frauen, weil 90 Prozent der Teilzeitarbeiterinnen eben Frauen sind. Der zweite Punkt ist, daß Frauen sehr häufig in Branchen arbeiten, die eine geringe Wertschöpfung haben, also Textilindustrie, Schuhindustrie, ähnliche Industrien, wo auch wirklich wenige Werte geschöpft werden. Der geringste Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen ist in Schweden. Dort hat man gar keine spezielle Frauen-

politik machen müssen. Man hat einfach konsequent immer die Mindestlöhne besonders angehoben. Wenn man das tut, werden die Einkommen zwischen Männern und Frauen sich mehr annähern. Gerade in diesen Branchen, die eine geringe Wertschöpfung haben, haben wir auch die Gefahr bei Anhebung der Mindestlöhne, daß diese Branchen abwandern in Billiglohnländer, wo für noch weniger Geld gearbeitet wird. Hier müßte man sich vielleicht eine spezielle Subventionspolitik überlegen. Der dritte Punkt: Wir haben einen geteilten Arbeitsmarkt. Es gibt sehr viele Berufe, in denen fast ausschließlich Frauen beschäftigt sind und wo die Vergleichbarkeit häufig sehr schwer gegeben ist. Es ist aber richtig, wie von der Kollegin Pufwald gesagt wird, daß diese speziellen Frauenfähigkeiten geringer entlohnt werden, weil es liege ja in der Natur der Frau, monotone Arbeit zu leisten, und daß Frauen psychisch schwerer belastbar seien als Männer. Es liegt aber auch in der Natur des Mannes, daß er stärker ist als Frauen. Warum wird das speziell entlohnt, und die speziellen Fähigkeiten der Frauen, und dabei ist es egal, ob sie natürlich sind oder nicht, nicht? Dann haben wir noch eine Berufsgruppe, und das betrifft die Mitarbeiterinnen von Ärzten, Anwälten und Notaren. Hier ist das Verhältnis zwischen Arbeitnehmerinnen und ihren Chefs so eng, daß eine gewerkschaftliche Organisation kaum möglich ist, und diese Frauen haben auch die niedrigsten Kollektivverträge. Zum Schluß noch eine kritische Anmerkung zur ÖVP hier in dieser Frage. Ich habe den starken Eindruck, daß dieser Antrag davon ablenken will, daß die Bundes-ÖVP das Frauenvolksbegehren nicht unterstützt und darüber nicht einmal reden will. Über diesen Antrag soll offenbar ein Alibi dafür geschaffen werden, daß sich auch die ÖVP um Frauenthemen kümmert. Abschließend möchte ich sagen, ich erinnere mich noch gut, es war auch das Stimmverhalten der ÖVP-Frauen, die eine besonders benachteiligte Berufsgruppe, nämlich die Frauen im Handel, um einen gesetzlichen Feiertag gebracht haben. (Beifall bei der SPÖ. – 20.18 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Vorläufig letzte Rednerin ist die Frau Abgeordnete Beutl. Sie hat das Wort.

**Abg. Beutl (20.18 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich möchte ganz kurz auf den letzten Vorwurf der Frau Dr. Reinprecht eingehen, daß das nur eine Alibiaktion gewesen sei. Ich möchte schon darauf hinweisen, daß dieses Bewertungssystem, das wir hier vorschlagen und in Österreich auch einführen und in Erwägung ziehen sollen, daß das von den ÖVP-Frauen lange, bevor das Frauenvolksbegehren initiiert wurde, bereits in internen Arbeitskreisen vorgestellt und in der politischen Akademie in Wien behandelt wurde. Wir sehen das eigentlich nur als weiteren zusätzlichen Beitrag, daß tatsächlich in diesem Bereich, der eigentlich seit der Ersten Republik ungelöst und eine Forderung von uns allen ist, von den ÖVP-Frauen gleichermaßen wie von allen anderen Frauengruppen in Österreich, und ich glaube, überhaupt in der westlichen Welt, daß nämlich gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ein wirklich dringliches Anliegen ist, etwas weitergeht. Wenn man Trendforschungen oder

Prognosen glauben darf, dann soll ja in der nächsten Zeit und in der nächsten Zukunft das goldene Zeitalter der Frauen beginnen. Es heißt tatsächlich, daß Frauen im Kommen sein sollen und die Zukunft den Frauen gehört. Das wäre schön, aber um das zu erreichen, muß also vieles noch an Verbesserungen und an Rahmenbedingungen geschaffen werden. Und eine dieser wesentlichen Forderungen ist eben die Abschaffung oder die Veränderung dieser Ungleichheit, die in der Arbeitswelt besteht. Vom Gesetz her gibt es Ansätze. Es wurde im Jahr 1979 ein Bundesgesetz über die Gleichbehandlung bei der Festsetzung von Löhnen beschlossen. Die Realisierung ist, wie wir leider immer wieder feststellen müssen und wie ich dann auch an einigen Beispielen darstellen möchte, nicht abgeschlossen, sondern wir haben kräftig daran zu arbeiten. Am ehesten oder generell finden wir das im Bundesdienst erreicht. Dort, glaube ich, können wir mit Fug und Recht auch sagen, daß Frauen und Männer tatsächlich für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten.

Es sind hier schon Zahlen von meinen Vorrednerinnen genannt worden, Frauen verdienen heute noch laut Sozialbericht aus dem Jahre 1995 um 27 Prozent weniger als Männer, auch für die gleichen Tätigkeiten, und unter Einbeziehung – ich glaube, die Kollegin Pufwald hat es erwähnt – von Teilzeit sind es sogar 42 Prozent weniger. Es gibt auch Fälle, Einzelfälle allerdings, wo der Gehaltsunterschied bis zu 50 Prozent beträgt. Ich möchte nun an einigen Beispielen auch diese Ungleichheit aufzeigen. Diese Beispiele sind entnommen aus einer Untersuchung des Bundesministeriums für Soziales und Arbeit unter dem Titel „Um wieviel weniger?“ Und zwar wird ziemlich deutlich auch an einzelnen Beispielen aufgezeigt, daß die Einstufung der Tätigkeiten innerhalb von Betrieben das Problem ist. Im Bereich der Arbeiter etwa werden Männer ohne Lehrabschluss zu 30 Prozent als Hilfsarbeiter eingestuft, Frauen ohne Lehrabschluss allerdings zu 45 Prozent. Bei Männern mit Lehrabschluss werden drei Viertel auf Arbeitsplätzen verwendet, die ihrer Lehre entsprechen, bei Frauen mit Lehrabschluss sind es nur die Hälfte, die eine Arbeit zugewiesen erhalten, die ihrer Lehre oder ihrer Ausbildung entspricht. Ein krasses Beispiel auch der Gegenüberstellung von körperlicher Arbeit und ihrer Bewertung ist etwa das Beispiel eines Arbeiters im Lager. Die Tätigkeit eines Lagerarbeiters, eines Staplerfahrers, wird als qualifizierte Tätigkeit eingestuft und bewertet. Eine Kassierin – da gibt es Untersuchungen, die sind wirklich handfest –, die innerhalb einer Woche an der Kassa mit der linken Hand die Waren jedesmal weiterschiebt und weiterhebt, bewegt innerhalb einer Woche bis zu fünf Tonnen Gewicht. Auch das ist eine körperliche Arbeit, und das – wie gesagt – nur mit einer Hand, weil sie ja mit der rechten den Preis eintippt. Das sind Bewertungen, die bei Frauen geringer eingestuft werden als bei Männern. Auch bei Angestellten setzt sich das fort. Angestellte mit Lehrabschluss, hier werden drei von vier Frauen als Hilfskräfte oder Angelernte eingestuft, aber nur die Hälfte bei den Männern. Bei Abschluß einer Fachschule werden in höherqualifizierten Tätigkeiten nur 8 Prozent der Frauen zu finden sein, aber 40 Prozent der Männer. Bei Maturanten in Angestelltenberufen finden wir im Bereich der mittleren Tätigkeiten 50 Prozent der Frauen,

nur 16 Prozent der Männer, in höheren Bereichen allerdings 45 Prozent der Männer, und in führenden Bereichen sind ein Drittel auf jeden Fall als führend eingestuft die Männer zu finden.

Das heißt, es ist unter anderem eine Frage der Einstufung innerhalb der Betriebe, wobei ich dazu sagen möchte, daß insgesamt diese Problematik dieser Lohn-differenzen sicherlich mehrfach angegangen werden muß. Auch in anderen Bereichen muß es hier zu Veränderungen kommen. Ich denke hier an die berufliche Ausbildung. Die Kollegin Dr. Reinprecht hat angemerkt, daß tatsächlich der Arbeitsmarkt für Frauen sehr schmal ist, daß Mädchen oder Frauen nur in vier oder fünf Lehrberufen zu finden sind und daß wir auch bei der betrieblichen Fortbildung verstärkt auf Frauenfördermaßnahmen setzen müssen, und zwar auch unter Rücksichtnahme auf ihre familiären Verhältnisse, auf wohnortnahe Ausbildung und Weiterqualifizierung. Ich glaube, daß es hier durchaus auch in unserem Sinne ist, und ich meine hiemit die ÖVP-Frauen, daß wir uns bemühen, um solche Frauenförderpläne in möglichst vielen Bereichen und Betrieben zu erreichen.

Ein Wort noch ganz kurz, die Frau Kollegin Pußwald hat es am Beginn ihrer Wortmeldung schon angeschnitten, zu dieser Neubewertung der Arbeit auf Grund eines Schweizer Systems, das abgekürzt einen sehr lustigen Namen hat, es heißt ABAKABA, hat nichts mit Aberakadabera zu tun, sondern kürzt sich ab von „Analytischer Bewertung von Arbeitstätigkeit“ nach zwei Wissenschaftlern, nämlich Katz und Peitsch, Schweizer Professoren, die dieses Arbeitsbewertungsinstrument, das unabhängig vom Geschlecht ist, in der Schweiz mit Erfolg auch eingeführt haben und das bereits in verschiedenen Betrieben, Verwaltungen und Organisationen erprobt wird oder wurde. Wir können hier auf Praxis verweisen. Dort gibt es die vier großen Bereiche, die mit Punkten bewertet werden und wo Punkte zugeordnet werden, und dann wird auf die Tätigkeit bezogen noch einmal gewichtet, welche dieser vier Bereiche dann der wichtigste ist oder höher bewertet wird. Und zwar im intellektuellen Bereich geht es hier um fachliche Anforderungen, Anforderungen an organisatorische Fähigkeiten. Es werden mit-

eingezogen auch Beeinträchtigungen von Handlungs- und Entscheidungsspielräumen. Im psychosozialen Bereich geht es um Anforderungen, die an die mündliche Kommunikationsfähigkeit gestellt werden, um die Kooperationsfähigkeit, an das Einfühlungsvermögen, aber auch um beeinträchtigende Bedingungen dieser Arbeit und dieser Tätigkeit. Im physischen Bereich werden bewertet: die Anforderungen an die Muskelkraft, an das Heben, Tragen und Bewegen, aber auch – und das finde ich, ist insbesondere auch für Frauen sehr wichtig – Anforderung an die Bewegungspräzision, das heißt, an das millimetergenaue Bewegen von Instrumenten und Werkzeugen und auch Gegenständen, und im Bereich der Verantwortung etwa, um nur einige Beispiele zu nennen, geht es um die Verantwortung, die eine solche Tätigkeit in bezug auf die Arbeitsergebnisse anderer Personen ausdrückt, und die Verantwortung für menschliches Leben, für wertvolle Materialien und Güter und um den Schutz der Umwelt.

Das sind Bereiche, die neu in einem solchen Bewertungssystem herangezogen werden, und ich denke, wenn es in der Schweiz durchaus zu erfolgreichen Veränderungen geführt hat, positiven Veränderungen, so sollten wir in Österreich ebenfalls diesen Weg beschreiten. Und ich bitte ebenfalls um Unterstützung und Zustimmung in der Hoffnung, daß tatsächlich auch mit Hilfe eines solchen Instrumentes das „Goldene Zeitalter“ für die Frauen beginnen möge. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 20.28 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Meine Damen und Herren, das war somit die letzte von heute insgesamt 63 Wortmeldungen. Es liegt keine weitere vor.

Wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe, der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erledigt, die nächste Sitzung wird wie immer auf schriftlichem Wege einberufen. Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 20.29 Uhr.)

